Nr. 26 | Halle a. S., Freitag den 31. Januar 1913 | 24. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis monatlich 60 Pfennig frei ins Haus, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.65 Mk. ohne Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.
Fernsprech-Anschlüsse: Schriftleitung: Nr. 888. Geschäftsstelle: Nr. 1047.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig, Anzeigen unterm Textteile die Zeile 75 Pfennig.
Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Haupt-Geschäftsstelle: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Schriftleitung: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2 12—1/2 1 Uhr mittags.

Begrabene Wahlreform.

Aus London, 28. Januar, schreibt uns unser Mitarbeiter:

Inmitten einer sorgfältig abgekarteten zeremoniellen Komödie wurde die englische Wahlreform, die das allgemeine Männerwahlrecht und mindestens ein beschränktes Frauenwahlrecht einführen sollte, im Unterhause abgeschlachtet und begraben. In feierlichem Tone fragte der Ministerpräsident Asquith den Sprecher (so nennt man hier den mächtigen Präsidenten), ob dieser die Annahme eines Frauenstimmrechtsamendements als eine so wesentliche Aenderung der Wahlreform betrachten würde, daß sie zurückgezogen und in Form einer neuen Vorlage wiedereingebracht werden müßte. Nachdem der Sprecher dem Unterhaus das rechte Verständnis für die besondere Wohltat beibrachte, die darin besteht, daß er mit seiner Entscheidung nicht solange wartete, bis das fragliche Amendement tatsächlich angenommen ist, erklärte er in ebenso feierlichem Tone, daß ein Frauenstimmrecht in der Tat unzulässig wäre. Worauf Herr Asquith dem Sprecher mit gebührender Eleganz dafür dankt, daß er das Haus schon jetzt in sein Geheimnis eingeweiht, über den Inhalt der Entscheidung höchstes Erstaunen äußert und ihre verfassungsmäßige Richtigkeit bezweifelt, aber als wohlerzogener Gentelman sich der Entscheidung beugt und daraufhin erklärt, daß die Regierung sich unter diesen Umständen genötigt sehe, die ganze Wahlreformvorlage zurückzuziehen.

Ein niederträchtiges Manöver hat die Hoffnung von Jahren mit einem Schlage zunichte gemacht. Denn der muß ein sehr unschuldiges Lämmlein sein, der da glaubt, daß der Sprecher allein für diesen Ausgang verantwortlich ist. Seine Entscheidung bildete nur im Gegenteil den Kulminationspunkt eines ganzen Wechselbalgs von Intrigen, um der Wahlreform den Garaus zu machen, wobei die maßgebenden Männer der beiden Regierungsparteien einander sehr gut verstanden.

Was wird nun aus den vielen feierlichen Verpflichtungen des ehrenwerten Asquith? Wie sollen vor allem die betrogenen Frauen entschädigt werden? Herr Asquith verspricht jetzt, einem unoffiziellen Mitglied des Unterhauses in der nächsten Session die Gelegenheit zur Einbringung und Weiterbetreibung einer separaten Frauenstimmrechtsvorlage zu geben, und die Entscheidung darüber dem freien Ermessen des Unterhauses zu überlassen.

Das ist eine Erklärung, die wie nichts anderes geeignet ist, die Frauenrechtlerinnen zu den verzweifeltsten Gewalttaten aufzureizen. Denn sie fügt zu dem Schaden noch den Hohn. Schon der Zeitverlust an sich ist, wie wir verschiedentlich ausgeführt haben, infolge der Bestimmungen des Parlamentsgesetzes ein unersetzlicher. Nur die Vorlagen, die das Unterhaus in dieser — Mitte März abschließenden — Session passieren, haben einige Aussicht, gegen den Widerstand des Oberhauses in absehbarer Zeit Gesetz zu werden. Daher die beispiellose Ueberlastung des Sessionsprogramms, die Durchpeitschung der Homerule und der englischen Kirchenentstaatlichung, sowie die Gefährdung der Osborne-Vorlage. Jede Vorlage, die erst in der nächsten Session eingebracht wird, ist in der Gewalt des Oberhauses — eine Gewalt, von der das Oberhaus ganz ungeniert Gebrauch machen wird, da sie doch vom Parlamentsgesetz selber ausdrücklich sanktioniert ist. Gerade in diesen Umständen liegt die Größe des Verrats, der an der Wahlreform geübt worden ist. Um ihn einigermaßen gutzumachen, hätte sich die Regierung zumindest verpflichten müssen, die Vorlage der nächsten Session sofort nach ihrer prinzipiellen Annahme im Unterhaus gänzlich zu der ihrigen zu machen und mit allen ihren Machtmitteln zu betreiben. Das forderten gestern mit aller Schärfe die beiden Redner der Arbeiterpartei im Unterhause Henderson und Keir Hardie. Statt dessen verspricht aber die Regierung für die nächste Session tatsächlich weniger als sie in dieser leisten sollte. Als neutral behandeltes Amendement einer Regierungsvorlage hatte das Frauenstimmrecht noch einige Aussicht. Als eine neutral behandelte separate Vorlage eines privaten Abgeordneten ist es schon im Unterhause völlig hoffnungslos. Das Frauenstimmrecht in England muß für die nächsten fünf Jahre als tot betrachtet werden. Wenn die Suffragettes nach diesen Erfahrungen alle Hoffnung auf die Wirksamkeit konstitutioneller Kampfesmethoden aufgeben und sich vollends auf die Propaganda der Tat werfen, dann hat die Regierung sich selber die Schuld dafür zuzuschreiben.

Wie steht es aber mit dem allgemeinen Männerwahlrecht? Da eben liegt der Hase im Pfeffer. Die Frauen erhalten wenigstens das gekennzeichnete Versprechen einer Vorlage in der nächsten Session. Die entrechteten Männer erhalten gar nichts. Darüber sagte Herr Asquith: „Die Zurückziehung der Vorlage bedeutet keineswegs, daß wir unsere Absicht aufgegeben haben, eine Wahlreform einschließlich der Reform der Wahllistenaufstellung und, was noch wichtiger, der Neueinteilung der Wahlkreise vorzunehmen, wenn die Gelegenheit sich dazu bietet. Insbesondere werden wir unser möglichstes tun, den Mißbrauch des Pluralvotums innerhalb der Dauer dieses Parlaments (1915) wirksam abzuschaffen."

Jedes politische Kind kennt diese Sprache. „Wenn die Gelegenheit sich dazu bietet", heißt mit ehrlichen Worten: niemals. Vielleicht wird die Regierung versuchen, das Pluralvotum abzuschaffen, wodurch eine Anzahl Mandate von den Konservativen an die Liberalen übergehen würde, aber im übrigen wenig Bedeutung hat. Aber das allgemeine Männerwahlrecht ist auf absehbare Zeit tot. Die Regierung hat die mit Hilfe des Frauenstimmrechts erzeugte Verwirrung nicht nur dazu benutzt, die Wahlreform zurückzuziehen, sondern auch alle ihre Verpflichtungen zur Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts unauffällig abzuschütteln.

Was ist nun zu tun? Daß das Frauenstimmrecht nicht vom Tapet kommen wird, ist sicher. Aber die Arbeiterpartei und die Sozialisten müssen sich noch andere Dinge vor Augen halten. Das allgemeine Männerwahlrecht wird ebensowenig wie das Frauenwahlrecht ohne intensive Agitation und rücksichtslosen Kampf erobert werden. Das Frauenwahlrecht dadurch erobern zu wollen, daß man mit der Ablehnung des allgemeinen Männerwahlrechts droht, ist der Gipfel der Verblendung, denn diese Taktik setzt voraus, daß die Regierung furchtbar erpicht darauf ist, das allgemeine Männerwahlrecht durchzuführen. Mit parlamentarischen Kunststücken ist da überhaupt nichts auszurichten, denn darauf verstehen sich die Asquith und Law alle Tage besser als Frau Pankhurst und Macdonald. Die Arbeiterpartei hat keine wichtigere Aufgabe, als der Regierung unverkennbar klar zu machen, daß die Arbeitermassen entschlossen sind, das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter durch Kampf zu erzwingen. Dazu gehört Arbeit, aber wenn sie geleistet wird, dann werden auch die parlamentarischen Schwierigkeiten zu überwältigen sein.

Abbruch der Friedensverhandlungen.

Der Krieg beginnt von neuem?

London, 29. Januar. Die Note, welche die Balkanverbündeten heute nachmittag den türkischen Delegierten überreichten, erklärt die Verhandlungen für abgebrochen.

Was die Balkandelegierten wiederholt angedroht haben, aber niemand für ernst genommen hat, ist nun doch zur Tatsache geworden: die Friedensverhandlungen sind endgültig abgebrochen worden. Wie das Reutersche Bureau erfährt, erschien der serbische Geschäftsträger Gruitsch am Mittwoch um 8 Uhr nachmittags im Carlton Hotel und überreichte Reschid Pascha formell die Note der Verbündeten. Er verließ das Hotel sogleich wieder und begab sich nach dem Auswärtigen Amt, um dem Staatssekretär Grey eine Abschrift der Note zu übermitteln.

Die Note der Balkanverbündeten

hat folgenden Wortlaut:

An Ihre Exzellenzen die Herren bevollmächtigten Delegierten der Hohen Pforte auf der Friedenskonferenz! Da die Bevollmächtigten der verbündeten Staaten seit der Suspension der Arbeiten der Friedenskonferenz vergeblich während dreier Wochen auf eine Antwort der ottomanischen Bevollmächtigten auf ihre letzte Forderung gewartet haben, und da, wie es scheint, die Ereignisse in Konstantinopel die Hoffnung beseitigen, zu einem Friedensschluß zu gelangen, sehen sie sich zu ihrem großen Bedauern gezwungen, zu erklären, daß die am 16. Dezember vergangenen Jahres in London angeknüpften Verhandlungen mit dem 28. Januar 1913 in London abgebrochen sind. Die Urkunde trägt die Unterschriften aller Delegierten der Balkanstaaten, als erste die Danews.

Obwohl der Abbruch der Friedenskonfereng noch nicht gleichbedeutend zu sein braucht mit der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, so ist die Fortsetzung des schrecklichen Kriegs doch sehr wahrscheinlich. Und was bis jetzt über den Inhalt der türkischen Antwort auf die Note der Botschafter, die morgen überreicht werden soll, verlautet, vermehrt diese Wahrscheinlichkeit sehr stark. Die Großmächte werden kaum imstande sein, oder etwas unternehmen, um den Wiederbeginn des Kriegs zu verhindern, und wenn die türkische Regierung nicht noch in letzter Stunde nachgibt, dann werden die Kanonen wieder reden und die Waffen entscheiden. Bulgarien rechnet anscheinend mit dieser Möglichkeit bereits als mit einer vollendeten Tatsache, wie sich aus der folgenden Meldung ergibt:

Bulgarien kündigt den Waffenstillstand?

Sofia, 29. Januar. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korr.-Bur.) **Laut einem Beschluß des Ministerrats wurde das Armeehauptquartier angewiesen, den Waffenstillstand mit dem morgigen Tage zu kündigen.**

Sofia, 29. Januar. General Sawoff hat folgenden

Tagesbefehl an die bulgarische Armee

gerichtet: Aus dem Gange der Friedensverhandlungen geht klar hervor, daß der Feind nicht einen Zoll breit des Landes abtreten will, das von unseren siegreichen Armeen erobert worden ist. Sollen die Helden von Kirkkilisse, Bunar Hissar, Lüle Burgas und Tschataldscha diese Beleidigung der ruhmreichen bulgarischen Armee hinnehmen, ohne sie zu vergelten? Bereitet euch deshalb auf neue Siege vor, und mit eurem unwiderstehlichen Vorwärtsstürmen beweist dem Feinde und der ganzen Welt, daß das bulgarische Vaterland mehr Rücksicht verdient.

Ist diese Nachricht richtig, so dürfte das mörderische Schlachten bereits wieder in den nächsten Tagen beginnen, und es wird sich dann zeigen, ob es klug war von den Jungtürken, es auf Biegen oder Brechen ankommen zu lassen! Wie die Dinge liegen, haben die Türken auf irgendeinen entscheidenden Waffenerfolg kaum noch zu rechnen. — Durch den jungtürkischen Putsch sind die im türkischen Offizierkorps vorhandenen Gegensätze und Zwistigkeiten wieder schärfer hervorgetreten, und allen offiziösen Ableugnungen zum Trotz hält sich hartnäckig das Gerücht, daß es in der Tschataldschaarmee zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen sei. Nach einem Telegramm der Kölnischen Ztg. aus Konstantinopel herrscht in der Armee namentlich deshalb allgemeine Unzufriedenheit, weil die angeblich zufällige Erschießung Nasim Paschas als absichtlich angesehen wird. Wie im vorigen Jahre ist das Heer von neuem in zwei feindliche Lager für und gegen das Komitee geteilt. Hier erzählt man, nicht nur in den Linien von Tschataldscha, sondern auch in den Befestigungen der Dardanellen, des Bosporus bei Bulair und St. Stefano sowie in der Kriegsschule von Pankaldi sei es zu Zusammenstößen zwischen beiden Parteien gekommen. In Hademköi sollen sie seit Sonnabend andauern und angeblich kommen täglich Verwundete von dort hier an, vorgestern 72, davon 32 Offiziere, gestern 123, davon 21 Offiziere. Die Zahl der Toten ist unbekannt. Der Militärbund, der dem Komitee feindlich ist, hält Versammlungen an verschiedenen Stellen der Stadt ab.

Abuk Pascha, der Kommandeur der Truppen in den Linien von Tschataldscha, und die dortigen Offiziere seien zwar immer für die Fortsetzung des Krieges gewesen. Aber sie seien auch Feinde des Komitees und **verlangen den Kopf des Mörders von Nasim Pascha und drohen mit einem Rachezug** nach Konstantinopel. Der Großwesir und Kriegsminister Mahmud Schewket fährt täglich im Automobil von einer Kaserne zur anderen und feuert die Truppen an, vor allem die berüchtigten kurdischen Reiter in der Selimiehkaserne in Skutari, die das besondere Vertrauen der Komiteeparteien genießen scheinen.

Steht es so um das türkische Offizierkorps und die Zustände im türkischen Heere, dann ist es ganz selbstverständlich, daß man mit Offizieren, die sich im eigenen Lager gegenseitig bekämpfen, keine Schlachten mehr gewinnen kann. Um so wahrscheinlicher ist es, daß, kommt es zur Fortsetzung des Krieges, der Zusammenbruch der Türkei nur um so vollständiger sein wird!

Die türkische Antwort an die Mächte.

London, 29. Januar. Wie der Daily Chronicle aus Konstantinopel zu berichten weiß, wird die türkische Regierung in ihrer Antwortnote die Großmächte in höflichen Worten für ihre Freundlichkeit danken, im übrigen aber mitteilen, daß sie weitere Konzessionen nicht machen könne.

Wien, 29. Januar. Der Neuen Freien Presse telegraphiert man aus Konstantinopel: Von türkischer diplomatischer Seite wird folgendes mitgeteilt: Unsere Antwort wird alle bis zur letzten Sitzung der Londoner Delegierten gemachten Zugeständnisse anerkennen, doch in entschiedener Form alle nach derselben gestellten Forderungen betreffend Adrianopel und den Archipel als unannehmbar ablehnen. Den Delegierten wurde auf eine Anfrage Reschids mitgeteilt, daß die neue Regierung ihre Mandate bestätige. Falls der Balkanbund wirklich das angedrohte Ultimatum in den nächsten Tagen überreichen sollte, sei es von den Delegierten zu ignorieren. Im Falle des Wiederausbruchs der Feindseligkeiten wird die angekündigte Einberufung der Altersklassen von 38—45 Jahren sofort unter Wahrung des Loskaufsrechts durchgeführt werden. Großwesir Mahmud Schewket Pascha soll in einer Unterredung erklärt haben, daß er fest entschlossen sei, die ihm übertragene Aufgabe in jeder Hinsicht durchzuführen. Es sei ihm aber sehr erwünscht, wenn die Komiteepartei allen Einfluß aufbiete, um die Meinungsverschiedenheiten im Heer und in der Beamtenschaft zu beseitigen. Andernfalls würde er einen Aufenthalt in Europa vorziehen.

Konstantinopel, 30. Januar. Wie im Ministerium des Auswärtigen versichert wird, wird die Antwortnote der Pforte, die noch einige Aenderungen erfahren haben soll, heute nachmittag den Botschaftern überreicht werden. Der Großwesir konferierte im Ministerium des Auswärtigen mit den Ministern und dem früheren Minister des Auswärtigen, Noradunghian, der, um seine Meinung befragt, die Note gebilligt haben soll. Dann wurde die Note wieder dem Ministerrat unterbreitet.

Keine Kriegsstimmung in Serbien.

Belgrad, 29. Januar. Der gestern hier abgehaltene außerordentliche serbische Ministerrat hat beschlossen, die Londoner Friedensdelegierten erst dann abzuberufen, wenn auch die türkischen Delegierten die Aufforderung zur Abreise erhalten haben. Mehrere Minister sollen sich gegen eine Fortsetzung des Krieges ausgesprochen haben; insbesondere hat Ministerpräsident Pasitsch die Erklärung abgegeben, daß Serbien momentan faktisch nicht in der Lage sei, das Beharren Bulgariens auf den Besitz von Adrianopel mit den Waffen zu unterstützen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130131-19/fragment/page=0001
DFG

Rumänien setzt seine Erpresserpolitik fort.

Sofia, 29. Januar. Die bulgarisch-rumänischen Verhandlungen werden mit größter Aktivität fortgesetzt. Ueber das Resultat derselben wird bisher strengstes Stillschweigen beobachtet. Es verlautet jedoch, daß Rumänien seine Forderungen bedeutend erhöht hat.

In dem von Mischu und Danew aufgesetzten Protokoll fordert Rumänien eine Grenzlinie, die sich von Turtukai, einem Punkt an der Donau, ungefähr zwanzig Meilen westlich von Silistria bis Paltschik am Schwarzen Meere erstreckt. Rumänien verlangt ferner Garantien für die Autonomie der Schule und Kirchen der Kutzowalachen in dem Gebiet, das Bulgarien zufallen wird. Es wird erklärt, daß Rumänien diese Zugeständnisse verlangt mit Rücksicht auf die großen, durch den Krieg hervorgerufenen Aenderungen des politischen Gleichgewichtes, die für die zukünftige Freundschaft zwischen Bulgarien und Rumänien weitere Garantien für Rumänien erforderlich machen. Das Protokoll gibt endlich an, was Bulgarien zuzugestehen willens ist.

Bulgarische Erbitterung.

Sofia, 30. Januar. Während die offiziöse Presse über die rumänischen Forderungen schweigt, verurteilen einzelne oppositionelle Blätter das Vorgehen Rumäniens in den schärfsten Ausdrücken. In der Oeffentlichkeit herrscht über das Vorgehen Rumäniens große Erbitterung.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 30. Januar 1913.

Bethmann erhält eine Ohrfeige!

Und zwar vom Reichstage! Das ist das sichere Ergebnis der gestrigen Verhandlungen über die berüchtigte preußische Polen-Unterdrückungs- und Enteignungspolitik. Der deutsche Reichstag wird bei der Abstimmung über die Polenpolitik der Regierung dem Reichskanzler ein glattes Mißtrauensvotum erteilen, was einer Brandmarkung Bethmanns und seines politischen Systems gleichkommt.

Vermutlich tröstet sich Herr v. Bethmann Hollweg mit dem Bewußtsein, daß in unseren unparlamentarischen Verhältnissen seine herrliche Ministeregistenz damit nicht gefährdet ist. Vielleicht wird er sogar die Gelegenheit nicht ungern benutzen, um zu demonstrieren, wie geringe unmittelbare Wirkungen ein Beschluß des Reichstags auslöst. Das mag sein. Aber die Genugtuung, die der Kanzler über die Rückständigkeit unserer Verfassung und unserer politischen Einrichtungen empfinden mag, ist ihm eben doch nicht mehr, als ein jämmerlicher Trost für die klatschende Ohrfeige, die ihm am heutigen Donnerstag appliziert werden wird, und von deren Derbheit er gestern schon eine deutliche Vorahnung erhalten hat. Und überdies wird durch sein voraussichtliches Bleiben dem deutschen Volke doch sehr aufreizend vordemonstriert, wie recht- und machtlos es noch ist. Auch das ist ein Gewinn.

Von vornherein — so wird uns über die Verhandlungen aus dem Reichstage geschrieben — suchte die Reichsregierung, wie zu erwarten war, den Schein zu retten, als ob das Parlament des Deutschen Reiches gar nicht berufen sei, seine Meinung über die Polenpolitik zu äußern. Der Kanzler erschien nicht, hinterließ vielmehr, wie Genosse Wendel mit netter Ironie sagte, ein Stück Papier und einen Staatssekretär. Herr Lisco hatte die Erklärung zu verlesen, in der der ebenso alte wie törichte Kompetenzeinwand erhoben und mit allerhand Formalien gedeckt wurde. Der Reichstag ließ sich hierdurch keineswegs stören, ebensowenig durch den programmäßigen Auszug der Regierungsvertreter, und beschloß die Besprechung der Interpellation, die von Herrn Seyda im Namen der polnischen Fraktion mit scharfer Energie begründet wurde. Er kündigte schließlich den Antrag auf Erteilung des Mißtrauensvotums an, nicht ohne zu bedauern, daß die Geschäftsordnung leider zu einer gar nicht beabsichtigten milden Form nötige.

Genosse Wendel, der früher schon über die Polenfrage gründlichere Studien veröffentlicht hat, sprach für unsere Fraktion. Seine Rede war ein Meisterstück sachlicher und rhetorischer Ueberlegenheit, und ihrem Eindruck vermochten sich auch die entschlossensten Hakatisten nicht zu entziehen. Die geschichtlichen Ausführungen, die übrigens Herrn Kaempf zu recht — ungewandten Einwendungen reizten, die rechtlichen Darlegungen waren in der Schärfe der Deduktion, in der präzisen Charakteristik der echt preußischen Methode außerordentlich wirkungsvoll. Den konservativen Junkern wurde besonders eigentümlich zu Mute, als Wendel ihnen den Präzedenzfall vorhielt, den sie mit diesem Versuch der Enteignung geschaffen haben — für die kommende größere Enteignung. Das Haus hörte diese Darlegungen, denen die geistreiche Eleganz des Vortrags einen besonderen Reiz verlieh, mit großer Aufmerksamkeit an.

Die Redner aus den übrigen Parteien äußerten sich so, wie man es hatte vermuten können. Der Zentrumsredner, Graf Praschma, überraschte freilich durch eine gewisse Schärfe, die wohl darauf hindeutet, daß das Zentrum mit seinen Verhandlungen über das Jesuitengesetz noch nicht zu Ende gekommen ist. Von den Nationalliberalen sprach Herr Schlee, von den Konservativen Graf Carmer-Zieserwitz, von der Reichspartei Herr Mertin mit den üblichen alldeutschen Redensarten zugunsten der Regierung, während der Fortschrittler Pachnicke nach einigem Schwanken zwischen materieller Mißbilligung der Politik und formalen Bedenken sich für die — Stimmenthaltung entschied. Echt freisinnig! Einen Anhänger fand die Regierung nur noch in dem unvermeidlichen Herrn Mumm, während der Pole Morawski, der Däne Hansen und der Elsässer Thumann sehr entschieden gegen sie Stellung nahmen. Auf die Einwände und Ausreden der Hakatisten antwortete Gen. Ledebour mit witzigen und treffenden Bemerkungen. Die Abstimmung findet am Donnerstag statt.

Die preußischen Domänen.

In der Mittwochsitzung des Dreiklassenhauses wurde der Domänenetat beraten. Der preußische Staat hat einen Grundbesitz in dem gewaltigen Umfang von 450 000 Hektar, fast durchweges gut benutzbares Land, das nicht in eigener Regie bewirtschaftet, sondern zu festen Gepräigen an Domänenpächter vergeben wird. Die Pachtsätze sind, wie Genosse Leinert in mehreren sachkundigen Reden ausführte, im allgemeinen recht niedrig, was sich daraus ergibt, daß die Domänenpächter gewöhnlich durchaus bereit sind, auch sehr respektable Erhöhungen der Pachtsummen in Kauf zu nehmen. Der Staat könnte also hier wohl mehr herauswirtschaften. Die Domänen könnten aber auch sehr viel dazu beitragen, die Fleischversorgung Deutschlands im Inlande sicherzustellen. Minister Schorlemer nannte zwar gewaltige Zahlen über die Viehhaltung auf den Domänen, aber Genosse Leinert wies nach, daß der Viehstand auf den Staatsgrundbesitzungen nicht größer ist, als im Staatsdurchschnitt, wobei aber in diesem letzteren Falle die weiten landwirtschaftlich unbenutzbaren Flächen des Staates mitgerechnet sind. Natürlich fielen alle Anregungen unseres Redners und auch die Kritik des Fortschrittlers Hoff an dem zähen Widerstand der Junker gegen die innere Ansiedelung auf steinigem Boden. Das Haus der Großgrundbesitzer hat dafür kein Interesse!

Morgen, Donnerstag, dürfte über den Verkauf des Grunewaldes an die Stadt Berlin beraten werden und nachher der Etat der Seehandlung.

Das preußische Herrenhaus und die Konsumvereine. Das sog. preußische Herrenhaus hielt am Mittwoch wieder einmal eine Sitzung ab, die die Merkwürdigkeit zeigte, daß eine ganze Anzahl Punkte erledigt wurden, ohne daß auch nur ein einziges Mal eine Debatte geführt worden wäre. Dafür unterhielten sich die Herren um so lauter privatim, so daß von den Worten der verschiedenen Berichterstatter fast nichts zu verstehen war. Das Schleppmonopolgesetz wurde einer Kommission überwiesen. Dann wurde eine Anzahl Petitionen erledigt, unter denen nur die des Zentralverbandes der Bäcker-Innung Germania zu Berlin Erwähnung verdient. Darin werden nämlich verschiedene Maßnahmen gegen die Konsumvereine und ihre Bäckereien verlangt. Es wurde nach einem Referat des Hannoverschen Innungsobermeisters Plate beschlossen, die Bitte um Erhöhung der Steuern für die Konsumvereine der Regierung als Material zu überweisen. Das weitere Verlangen, wonach die für Gewerbetreibende bestehenden Kontrollmaßregeln auch auf die Konsumbäckereien ausgedehnt werden sollen, wurde der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Dagegen wurde das Verlangen um ein Verbot des Backwarenverkaufs der Konsumvereine an Nichtmitglieder durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Das gleiche Schicksal blühte den meisten übrigen Petitionen, worunter insbesondere eine Anzahl Petitionen von Gemeindeverbänden war, die eine Erleichterung der Kommunalsteuern und dergleichen mehr verlangen.

Militaristischer Zahlenschwindel.

Im März schreibt Hermann Friedemann über die ziffernmäßigen Aufmachungen unserer Rüstungstreiber:

„Folgende Rechnung stammt vom Generalmajor Keim: Von den gesamten Staatseinnahmen werden für Heer und Flotte aufgewendet: In Deutschland 16 Prozent; in Rußland 23, Frankreich 29, Großbritannien 40, Schweiz 26 Prog. Schier aufreizend billig ist unsere Wehrmacht.“

Wer Etatsberechnungen kennt, wird bei den 16 Prozent nur flüchtig erstaunen und rasch den Irrtum des Generals begreifen. Das deutsche Budget unterscheidet sich von denen anderer Länder durch riesige Bruttobeträge. Da im Durchschnitt der letzten sechs Jahre Heer und Flotte in allem mindestens 1300 Millionen kosteten, hätte, nach Keimscher Rechnung, der deutsche Haushalt rund 8 Milliarden jährlich verbrauchen müssen; mehr als 20 Prozent des Volkseinkommens. Natürlich ist davon keine Rede; aber der Fehler durchsichtig. Das Reich (als solchens) hat im vorigen Jahre einen Etat von 2,7 Milliarden; rund 1 Milliarde entfällt auf Erwerbsausgaben und Matrikularumlagen, kommt also nur rechnerisch in Frage. Preußen, zur gleichen Zeit, verbrauchte 1100 Millionen bei einem buchmäßigen Etat von 3,745 Milliarden; entsprechend die übrigen Staaten. Rechnet man die Bruttobeträge zusammen, so ergibt sich die Riesensumme von 8,5 Milliarden; im Jahre 1906: 7,5. Daher also stammen Keims acht Milliarden. Tatsächlich ausgegeben, d. h. für allgemeine Staatszwecke aufgewendet sind im letzten Jahre dreieinhalb, fünf Jahre früher etwa drei Milliarden: durchschnittlich 3¼. Von dieser Summe aber sind 1300 Millionen nicht 16, sondern 40 Prozent. Man könnte meinen, der Rechenfehler gelte für die anderen Länder in gleichem Maße: das trifft nicht zu. Der Abstand zwischen Brutto- und Nettoetat ist dort verhältnismäßig gering: Es fehlen die großen Erwerbsausgaben (Eisenbahn!) wie die verzwickten Matrikularumlagen.“

Soweit der März. In Wirklichkeit entsprechen die Zahlen des Herrn Generalmajors Keim noch viel weniger den Tatsachen. Dem wenn man sämtliche militaristischen Ausgaben hinzurechnet, wozu doch auch die Ausgaben für die Militärpensionen, die Kolonien und die Zinsen derjenigen Schulden gehören, die für militaristische Zwecken dienende Anleihen kontrahiert worden sind, so betragen die Militärausgaben nicht 1300 Millionen Mark im Jahre, sondern 2000 Millionen. Die Militärausgaben machen dann aber nicht 40, sondern zirka 60 Prozent der Reichs- und Staatsausgaben aus, während Herr Keim nur 16 Prozent zugibt!

Der feine Offizierston.

Herrliche Blüten der Kadaver-Disziplin.

Im September v. J. mußten niederschlesische Bergleute als Landwehrmänner eine Uebung auf dem Truppenplatz Lamsdorf bei Neiße in Schlesien mitmachen. Hier wurden sie

---

11]

Die Getreidebörse. (Nachdr. verboten)

Eine Geschichte aus Chikago von Frank Norris.

Plötzlich stieß Landry einen Ruf der Ueberraschung aus.

„Was nennen Sie denn das hier? „Wanda“ von der Quida? Wenn das nicht modern ist!“

Sie errötete bis in die Haarwurzeln und riß ihm das Buch aus der Hand.

„Page hat's mitgebracht. Es gehört ihr.“

Aber ihre Verwirrung verriet sie, und Landry lachte spöttisch.

„Also, ich hab's gelesen“, erklärte sie trotzig. „Nein, ich schäme mich dessen gar nicht. Ja, ich hab's vom ersten bis zum letzten Buchstaben gelesen. Und ich mußte dabei so weinen, wie ich nicht mehr geweint habe, seit ich ein kleines Ding war. Sie können sagen, was Sie wollen, aber es ist wundervoll — eine wundervolle Liebesgeschichte — und edle, selbstlose Menschen kommen darin vor. Ich glaube schon, daß es seine Schwächen hat, aber man hat das Gefühl, ein besserer Mensch zu sein, wenn man's gelesen hat — und das bringen alle Ihre „Strandräuber“ in der ganzen Welt nicht fertig.“

„Ich versteh' ja nicht viel von so was“, entgegnete Landry, „Cortheil, der versteht's. Er kann Sie blind reden mit Literatur. Stundenlang hab' ich ihn immerfort reden hören. Er sagt, der Roman der Zukunft wird der Roman ohne Liebesgeschichte sein.“

Laura schüttelte ungläubig den Kopf.

„Wenn ich schon lange tot bin, wird das sein — das ist mein Trost“, sagte sie.

„Cortheil hat lauter verrückte Ideen im Kopfe,“ sagte Landry weiter, der ihr noch immer Bücher zureichte. „Er ist 'n guter Kerl, und ich hab' ihn ganz gern, aber dabei ist er so einer, der deswegen für einen besonders gescheiten Menschen und bedeutenden Künstler gehalten wird, weil er gerade das schlecht macht, was jedermann gefällt, und weil er ein Buch oder Bild oder ein Stück in den Himmel erhebt, von dem niemand je etwas gehört hat. Aber er geht auch in irgend 'ne Pfandleihe auf der Archer Avenue und gräbt dort 'ne alte kupferne Bratpfanne oder 'nen Kaffeetopf aus, den so 'n schmutziger alter russischer Jude weggeworfen hat; das Dings hängt er dann in seinem Atelier auf, macht seinen regelrechten Kotau (chinesische Ehrenbezeigung durch Berührung des Bodens mit der Stirn) davor und redet von der „Niedergange des amerikanischen Kunstgewerbes“. Ich hab' ihn gehört. Ich sag', es ist eine Tuerei, das ist's, reine Tuerei.“

Das Büchergestell war mittlerweile voll geworden, und Laura sagte:

„Genug, Landry. Mehr geht nicht 'rein.“

Sie schickte sich an, herabzusteigen. Um bis zu den höheren Fächern zu reichen, hatte sie fast bis zur obersten Stufe der Stehleiter klettern müssen.

„Vorsicht!“ mahnte Landry, als sie herunterkam. „Geben Sie mir Ihre Hand.“

Laura reichte sie ihm, und Landry hatte die Keckheit, seinen Arm um ihre Hüfte zu legen, wie wenn er ihr damit einen festeren Halt geben wollte. Er war über seine eigene Kühnheit erstaunt, denn er hatte das eigentlich nicht beabsichtigt; sein Arm umfaßte ihre Hüfte, ehe er es selbst wußte. Und doch beschlich ihn ein gewisses Unbehagen. Wie würde Laura das wohl aufnehmen? War er etwa nicht zu weit gegangen?

Aber Laura schien nichts zu merken; ihre ganze Aufmerksamkeit war augenscheinlich darauf gerichtet, sicher auf dem Fußboden zu landen. Sie stieg herab und schüttelte ihre Röcke aus.

„Damit wären wir fertig“, sagte sie. „Sehen Sie nur, ich bin ganz staubig.“

An der halboffenen Tür klopfte jemand; es war die Köchin. „Was wünschen Sie zum Abendessen, Fräulein Dearborn?“ fragte sie. „Wir haben nichts im Hause.“

„O weh,“ rief Laura ganz bestürzt. „Ich habe keinen Augenblick an das Abendbrot gedacht. Ist denn gar nichts im Hause?“

„Nichts als 'n paar Eier und Kaffee. Die Köchin nahm eine äußerst gleichgültige Miene an, als ob sie der Angelegenheit ganz ferne stände und sich auch nicht damit befassen wollte. Laura entließ sie mit dem Bescheide, daß sie danach sehen würde.

„Wir müssen ausgehen und was einkolen,“ sagte sie. „Wir wollen alle gehen, ich habe es satt, hier im Hause zu bleiben.“

„Nein, ich weiß was Besseres,“ erklärte Landry. „Ich lade Sie alle ein. Ich kenne ein Restaurant, wo Sie das beste Beefsteak in Amerika bekommen. Es hat aufgehört zu regnen.“ Er deutete auf das Fenster. „Sehen Sie nur.“

„Aber Landry, wir sind alle so schmutzig und abgearbeitet.“

„Wir gehen gleich jetzt und sind zeitig dort. Jetzt ist niemand da, und wir können ein Zimmer für uns haben; 's ist wirklich so. Sie können sich auf mich verlassen.“

„Wir wollen sehen, was Page und Tante Weß' dazu sagen. Tante Weß' müßte natürlich mitkommen.“

„Natürlich. Ich würde gar nicht daran denken, Sie ohne Ihre Tante aufzufordern.“

Kurze Zeit darauf traten die beiden Schwestern, Frau Wessels und Landry aus dem Hause; sie gingen aber, ehe sie die Trambahn nahmen, auf die andere Seite der Straße, weil Laura sehen wollte, wie sich ihre Salongardinen von draußen ausnahmen.

„Ich meine, sie sind gerade hoch genug gerafft,“ erklärte sie. „Es ist das hübscheste Haus im ganzen Viertel,“ versicherte Landry, der den Gesamteindruck auf sich hatte wirken lassen.

Das Haus war in der Tat nicht übel. Es stand auf dem Eckgrundstücke an der Kreuzung der Huronen- und Nordstadtstraße, gerade gegenüber von der St.-James-Kirche, und war als Amtswohnung des Oberpfarrers erbaut und von diesem bewohnt worden. Der Baustil hatte etwas ausgesprochen Kirchliches an sich; Fenster- und Türeinfassungen zeigten Anklänge an die Gotik. Auf starken Unterbau gegründet, aus gutem Material massiv und fest gebaut, nahm es nicht den größten Teil des Grundstücks ein. Der Erbauer schien es vorgezogen zu haben, mehr Fläche für den Garten übrig zu lassen, als größere Räume zu schaffen. Neben der unvermeidlichen „back-yard“ — halb Garten, halb Hof — an der Rückfront war das Haus auf den übrigen drei Seiten von Rasenplätzen eingefaßt; es hatte dadurch etwas Vornehmes, in sich Abgeschlossenes. Die Südmauer war dicht mit Ranken bewachsen; im Sommer blühten Fuchsien, Geranien und Stiefmütterchen auf beiden Seiten der zum Sitzplatze vor der Tür führenden Freitreppe. Der Rasenstreifen am Bordstein hatte ein paar Bäume aufzuweisen. Das Ganze war in seiner Eigenart sehr anheimelnd und unterschied sich vorteilhaft von all den gleichförmigen, aus Michigankalkstein erbauten Häusern, die in endlosen Reihen die benachbarten Straßen einsäumten.

„Mir gefällt das Haus sehr,“ rief Laura. „Ich hab' noch kein hübscheres in Chikago gesehen.“

„Und dann ist's auch nicht so funkelnagelneu,“ bemerkte Page. „Es macht nicht den Eindruck, als ob wir über Nacht reichgewordene Protzen wären.“

Aber Tante Weß' hatte noch ihre Bedenken. „Du wirst ja sehen, Laura,“ sagte sie, „ob du das ganze Haus mit dieser einen Einfeuerung wirst heizen können. Ich kann mir's nicht denken, muß ich sagen.“

Der Tramwagen aber vielmehr der nach Chikagoer Art aus drei zusammengekuppelten Wagen bestehende Zug kam, und Landry fuhr mit seinen drei Damen nach der Stadt. Von dem Leben und Treiben auf den Straßen unwiderstehlich angezogen, blickte Laura während der ganzen Fahrt zu den Fenstern hinaus.

„Du wirst dich verraten,“ sagte Page. „Jeder kann sehen, daß du vom Lande bist.“

„Das bin ich auch,“ gab sie zurück. „Aber es ist ein Unterschied, ob man bloß „vom Lande“ oder aus Massachusetts ist, und ich schäme mich dessen nicht.“

Die Großstadt Chikago fesselte sie in jedem Augenblicke und unter allen Umständen. Ob ihr die Stadt auch gefiel, darüber war sie sich noch nicht klar; über die Unsauberkeit der Straßen und den unglaublichen Schmutz mancher ärmeren Bezirke, die hier und dort wie krebsartige Wucherungen mitten in das Herz vornehmer Villenviertel hineinwuchsen, konnte sie sich noch nicht wegsetzen. Der rauchige, alle Aussicht in den Geschäftsstraßen verhüllende Dunst drückte sie nieder, und der Ruß, der bei jedem Ausgange Wäsche und Handschuhe beschmutzte, verursachte ihr endlosen Aerger.

Das Leben und Treiben aber war von überwältigender Großartigkeit. Ringsum und überall rasselte und dröhnte vom Morgengrauen bis in die späte Nacht und wieder bis zum Morgengrauen fortwährend das ungeheure Triebwerk eines gewaltigen Gemeinwesens. Seine Schwingungsbewegungen konnte Laura auch jetzt, während der Tramwagen sie weiter in den Geschäftsbezirk entführte, sehen, hören und in jeder Faser ihres Körpers fühlen. Das schwarze Wasser des Flusses, auf den Laura beim Ueberfahren der Nordstraßenbrücke einen Augenblick durch die Geländerpfosten herabsehen konnte, verschwand unter den Flotten der Schlepp- und andern Dampfer, der Holzbarken von Sheboygan und Mackinac, der Getreideboote von Duluth, der Kohlenprahme, von denen feiner Staub auftieg, der schwerfälligen, mit Landeserzeugnissen beladenen Schoner und der rußigen, dem Bug und den Schaufelrädern der Dampfer geschickt ausweichenden Ruderboote, während in allen Himmelsrichtungen zahlreiche rotgestrichene und mit Brobdignag- (Land der Riesen und Riesenverhältnisse in Gullivers Reisen von Swift) Buchstaben bezeichnete Getreide-Elevatoren riesig und krummschultrig emporragten und die Fernsicht ringsum versperrten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130131-19/fragment/page=0002

in unglaublicher Weise von einzelnen Offizieren mit Schimpfworten belegt. „Himmelhunde" und „Tränentier" waren noch Kosenamen. Ein Unteroffizier der Landwehr wurde so angeredet: Du verfluchter Kassenrendant, in Zivil magst Du ja ein ganz tüchtiger Kerl sein, hier taugst Du aber nichts." Zu seinem Pferde pflegte der Hauptmann folgendes zu sagen: „Liese, sieh Dir einmal diese Affengesichter an," und zu den Landwehrleuten gewandt, schimpfte er mit Vorliebe: „Mein Pferd wird ja scheu vor Euch Affengesichtern." Eine andere sehr geläufige Anrede an die verheirateten Männer war die: Ihr Hurenjungs, Du Hurenjunge.

Mit diesen und noch anderen unflätigen Schimpfereien wurden die Mannschaften während der Uebungszeit fast täglich bedacht. Nach Schluß der Uebung wurden der in Waldenburg erscheinenden Schlesischen Bergwacht eine Menge Zuschriften und mündliche Darstellungen dieser Vorgänge überbracht. Nach Informationen bei etwa anderthalb Dutzend Landwehrleuten konnte gar kein Zweifel bestehen, daß sich die Offiziere in der Tat in dieser unerhörten Weise der Beleidigung ihrer Untergebenen schuldig gemacht hatten. Die Bergwacht schilderte in einem längeren Artikel diese Dinge und forderte die Militärbehörde zur Untersuchung auf. Der Artikel hatte Erfolg. Das Bezirkskommando erbat von der sozialdemokratischen Redaktion die Angaben von Zeugen. Mit Zustimmung der Gewährsmänner konnten eine ganze Anzahl Namen angegeben werden, und 22 Landwehrmänner und einige aktive Unteroffiziere beschworen, daß die in der sozialdemokratischen Zeitung wiedergegebenen ordinären Schimpfereien in der Tat vorgekommen sind. Am 18. und 22. Januar fanden vor den Gerichten der 11. und 9. Division Kriegsgerichts-Verhandlungen gegen den Hauptmann Voß vom 38. Infanterie-Regiment in Glatz und den Leutnant Vokittel von einem Liegnitzer Infanterie-Regiment statt. Gegen den Hauptmann beantragte der Ankläger drei Monate Festungshaft; es blieb aber nur bei vier Wochen Stubenarrest. Der Leutnant erhielt zehn Tage Stubenarrest. — So niedrig die Strafen auch sind, sie waren überhaupt erst möglich durch die Kritik des sozialdemokratischen Blattes.

Im übrigen zeigen die Fälle wieder, was deutsche Staatsbürger vom deutschen Militarismus widerstandslos ertragen und erdulden müssen.

Gegen die Volksfürsorge.

Von Köln aus ist ein Zirkular des „Gründungsausschusses der Hohenzollern, Versicherungs-Aktiengesellschaft in Köln" an die katholische Geistlichkeit versandt worden. Wir entnehmen daraus diese Stellen:

Es handelt sich um die Schaffung einer Versicherungsanstalt auf ganz neuer Basis, welche ausschließlich den lang gehegten Bedürfnissen des sog. Mittelstandes gerecht werden soll, um die Lösung eines volkswirtschaftlichen Problems, mit dem sich vornehmlich die Parlamentarier der Zentrumsfraktion seit langem befaßt haben, weshalb denn Eurer Hochwürden auch Abgeordnete dieser Fraktion in der ersten Reihe der Unsrigen finden. Es handelt sich aber auch um nichts geringeres als um ein Gegenmittel gegen das von der Sozialdemokratie soeben geschaffene Versicherungsunternehmen Volksfürsorge, das letzten Endes nur bezweckt, sich die Parteikasse zu Agitationszwecken füllen zu lassen.

Von diesen Gesichtspunkten aus halten wir eine Unterstützung unserer Sache durch den Klerus von der größten Bedeutung. Wir haben deshalb Veranlassung genommen, die Unterlagen der hiesigen kirchlichen Behörde zu unterbreiten und die Angelegenheit mit derselben eingehend zu bereden und hoffen gerne, daß Euer Hochwürden dem Unternehmen gleichfalls das ihm gebührende Interesse entgegenbringen werden.

Das Zirkular ist unterzeichnet von dem Reichstagsabgeordneten Chrysant (Bonn) im Auftrage des Gründungsausschusses. Erstaunlich ist die Kühnheit, womit dieser gewesene Bäckermeister die Volksfürsorge verleumdet, daß sie „letzten Endes nur bezweckt", die sozialdemokratische Parteikasse zu Agitationszwecken zu füllen. Das ist bekanntlich satzungsgemäß ausgeschlossen.

Im übrigen offenbart dies nicht für die Oeffentlichkeit bestimmte Schriftstück wieder mal das intime Verhältnis des „interkonfessionellen" Zentrums zum Klerus, vom letzten Kaplan angefangen bis zur „kirchlichen Behörde", mit der die Sache „eingehend beredet" wurde.

Deutsches Reich.

— **Kostspielige „Verjüngung" der Armee.** Alljährlich nach dem gewaltigen Ordenregen kriselt es in den Kreisen der höheren Militärs und eine größere Anzahl dieser Erstklassigen purzelt. So auch jetzt wieder. Einer Militärkorrespondenz zufolge ist der Admiral v. Holtzendorff, Chef der Hochseeflotte, von dieser Stellung enthoben. Auch von einschneidenden Personalveränderungen im Heer wird berichtet. Die Frage, ob diese Veränderungen auf die neuen Heeres- und Flottenvorlagen zurückzuführen sind, möge unberührt bleiben; um so mehr aber muß betont werden, daß durch diese Arbeit der großen Säge der Pensionsfonds und somit der Reichssäckel wieder erheblich mehr belastet wird.

— **Liberale Wahlrechtskämpfer.** Der liberale Wahlverein für die Kreise Konitz, Schlochau, Tuchel hat an die konservative Partei des dortigen Landtagswahlkreises den Antrag gestellt, das zwischen den beiden Parteien seit längerer Zeit bestehende deutsche Kompromiß für die nächste Landtagswahl zu erneuern. Das Kompromiß bestand bisher darin, daß „zur Erzielung deutscher Wahlen" je ein nationalliberaler und ein konservativer Kandidat aufgestellt und auch gewählt wurde. Bei diesem famosen Kompromiß sind natürlich auch die Fortschrittsmannen mitbeteiligt, die auf diese Weise den Kampf für das — Reichstagswahlrecht in Preußen führen.

— **Jesuitenmoral.** Die Germania, das führende Zentrumsorgan, bringt jetzt sogar die Kaisergeburtstagsfeier mit dem Jesuitengesetz in Verbindung. Sie findet es unerträglich, daß ein Jesuit nicht einmal am Geburtstage des Kaisers eine stille Messe zelebrieren dürfe. Dann klagt sie:

Die Sozialdemokraten, die vor dem ganzen Lande das Kaiserhaus beschimpfen, sich ungescheut zur Republik bekennen, die Minister des Königs und die Staatssekretäre mit grenzenloser Verachtung vor dem ganzen Lande behandeln, dürfen Kaisergeburtstagsfeern nach ihrer Art veranstalten, wenn sie sich nur klüglich vor dem Strafgesetzbuch zu hüten wissen. Sie dürfen ungestört ihre destruktiven Tendenzen mit ihrer „Kaiserfeier" verfolgen. Nur ein deutscher Jesuit darf nicht Liebe und Vertrauen zu Kaiser und Reich aufbauen! Es wäre ein Staatsverbrechen!

Der Schmerz im Uebermaß, den die Germania jeden Tag zum Ausdruck bringt, trägt doch recht unverkennbar den Charakter der Heuchelei. Das Zentrum samt seiner Presse ist ja nicht immer so eunuchenhaft kaisertreu gewesen. Solange die Zentrumsfraktion des Reichstages nicht ernstlich darauf besteht, daß ihr Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes verhandelt wird, muß man annehmen, daß den schwarzen Demagogen in Wirklichkeit nicht viel an der Sache gelegen ist.

— **Die mückerischen Sittlichkeitshetzer an der Arbeit.** In Saargemünd in Lothringen wurde am Landgerichtsneubau eine Sandsteingruppe modelliert, die zwei nackte Knaben vorstellte. Die klerikale Lothringer Volksstimme schlug Lärm, der katholische Männer- und Jünglingsverein protestierte und die Sandsteinarbeiten wurden daraufhin tatsächlich auf Anordnung des reichsländischen Ministeriums unterbrochen. Eine Kommission, bestehend aus Künstlern von Straßburg und Karlsruhe, einigen höheren Beamten und dem klerikalen Landtagsabgeordneten Universitätsprofessor Dr. Müller reiste im Auftrage der Regierung nach Saargemünd, um die schreckliche Knabengruppe in Augenschein zu nehmen. Und siehe da, man fand nichts Anstößiges an den nackten Knaben. Diese Sittlichkeitshetzerei der schwarzen Männer und Jünglinge hat aber dem Lande 1000 Mk. Unkosten verursacht.

— **Aus der Wahlprüfungskommission des Reichstages.** Die Prüfung der Wahl des Abg. Kölsch (natl.) konnte am Mittwoch noch immer nicht zu Ende geführt werden. Es handelt sich bei einem Wähler darum, erst festzustellen, ob er badischer Staatsangehöriger oder amerikanischer Staatsbürger ist. Der Mann hat 1873 das amerikanische Staatsbürgerrecht erworben, wohnt aber seit 1885 wieder in seinem Geburtslande Baden. Da es sich bei dieser Wahl um jede einzelne Stimme handelt, muß nun das staatsrechtliche Verhältnis dieses Wählers festgestellt werden.

Gegen das Mandat des Abg. Meyer-Herford (natl.) lag ein Protest vor, in dem behauptet wurde, daß vor der Stichwahl der Wahlkommissar, Landrat v. Borries, in einer Versammlung konservativer Vertrauensmänner des Wahlkreises Herford-Halle für eine Unterstützung des Nationalliberalen eintrat. Diese Behauptung entspricht den Tatsachen. Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, das Mandat für ungültig zu erklären, weil amtliche Wahlbeeinflussung vorliegt. Die Kommissionsmehrheit trat diesem Standpunkte nicht bei. Mit 9 gegen 5 Stimmen wurde diese Wahl für gültig erklärt. Diese Entscheidung steht in direktem Widerspruch zu denen, die in den Fällen Braun und Buchwald gefällt worden sind. Allerdings handelte es sich damals um sozialdemokratische Mandate — das ist der kleine Unterschied.

Marokko.

Frankreich in Marokko. Nach einer offiziösen Meldung wird die neue marokkanische Anleihe ungefähr 150 Millionen betragen, wovon 35 Millionen für die Liquidierung der Schuld des Machsen, 46 Millionen für die Ende März zur Submission gelangenden Hafenbauten von Casablanca und der Rest für den Bau von Straßen, Spitälern, Schulen und Baulichkeiten für die verschiedenen Dienstzweige der Generalresidentschaft verwendet werden sollen. Der Anleiheentwurf wird in kurzem dem Parlament vorgelegt werden.

Wie aus Safi gemeldet wird, hat die Schützlingsfrage abermals einen Zwist zwischen den französischen und spanischen Behörden verursacht. Ein unter spanischem Schutz stehender marokkanischer Jude hatte einen französischen Wachtposten mit dem Stock bedroht und war von einem französischen Gendarm festgenommen und vor den spanischen Konsul geführt worden, welcher gegen dieses Vorgehen Einspruch erhob und den Verhafteten freiließ. Einige Tage später wurde der Jude im Auftrage des französischen Platzkommandanten auf der Straße verhaftet. Es heißt, daß er vor ein Kriegsgericht gestellt werden soll.

Mogador, 29. Jan. Die genauen Verluste der Franzosen bei der Einnahme der Kasbah der Anflus betrugen: 18 Tote, darunter ein Major, und 72 Verwundete, darunter vier Offiziere. Die Kolonne bleibt an Ort und Stelle und nimmt fortdauernd „Unterwerfungs-Erklärungen" der Stämme entgegen.

Kleine Auslandsnachrichten. Das Programm der liberalen Partei in Spanien soll angeblich von dem Ministerium endgültig angenommen werden. Die „religiöse Frage" werde keinerlei Schwierigkeiten bereiten, da bereits alles „mit Rom vereinbart" worden sei. — Das russische Handelsministerium hat eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet, welche die Auswanderung der russischen Arbeiter regelt. Um den Arbeitern im Auslande „zu helfen", werden besondere Kommissare eingesetzt. — Chinesische Niederlage in Tibet. Nach einem Telegramm aus Tschengtu in Tschechuan haben die Truppen von Batang gemeutert. Die Chinesen haben bei Litang eine Niederlage erlitten. General Tschu, der von Litang gegen Norden vorrückte, wurde gefangen genommen und getötet. Das Gebiet von Litang ist in den Händen der Tibetaner.

Volkswirtschaftliches.

700 Millionen Mark in die Luft gepafft!

Diesen ungeheuren Wert repräsentieren die im Jahre 1911 verbrauchten Zigarren und fabrikmäßig hergestellten Zigaretten. In der Wertschätzung dieser beiden Genußmittel ist im Laufe der Jahre ein starker Wandel erfolgt. Noch vor 20—30 Jahren galt der Zigarettengenuß in Deutschland als mannesunwürdig, als etwas, das man großmütig Jünglingen und Ausländern überließ. Aber wie in der ganzen Lebensweise ist der Mensch auch im Genusse hastiger geworden. Die zum Rauchen zur Verfügung stehenden Erholungsstunden wurden immer kürzer. Aus den Fabriken verschwanden Pfeife und Zigarre mehr und mehr und an ihre Stelle trat die Zigarette, die schnell verglüht. Heute hat der Zigarettenverbrauch den Zigarrenkonsum überflügelt. 1875 fabrizierte man in Deutschland erst 152 Millionen Zigaretten neben 8234 Millionen Zigarren, 1903 bereits 3200 Millionen Zigaretten und 7834 Millionen Zigarren, während im Jahre 1911 rund 9,5 Milliarden Zigaretten und nur etwa 8 Milliarden Zigarren hergestellt wurden. Während die Zigarrenproduktion stagniert, nimmt die Zigarettenfabrikation reißenden Aufschwung, worüber sich nicht zuletzt Vater Staat freut, dem die Zigarettensteuer riesige Einnahmen bringt. Nach der Steuerstatistik läßt sich der Gesamtwert der 1911 in Deutschland fabrizierten Zigaretten ungefähr berechnen: er beträgt rund 200 Millionen Mark. Nimmt man für Zigarren einen sehr niedrig bemessenen Durchschnittspreis von 6 Pf. an, so würde die 1911 erzeugte Anzahl etwa 480 Millionen Mark kosten. Demnach wären in besagtem Jahre für rund 700 Millionen Mark Erzeugnisse der deutschen Zigarren- und Zigarettenindustrie in Rauch verwandelt worden, pro Kopf der Bevölkerung also für über 10 Mark.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, Lokales Wilhelm Koenen, Provinzielles Gottl. Kaspareck. — Verleger und für die Inserate verantwortlich A. Jähnig. Sämtlich in Halle. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.).

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Im Genuß liegt der Wert!

„Unsere Marine"

2 Pf.-Cigarette.

Georg A. Jasmatzi A.-G., Dresden

Größte deutsche Cigarettenfabrik.

*20/9

Lebensmittel

Freitag = Sonnabend

Nussbaum

Schinkenspeck	Pfund 1.15	Erbsen	Pfund 14 Pf.	Mischobst	Pfund 28 Pf.	Apfelsinen	10 Stück 20 Pf.
Gekocht. Schinken	1/4 Pfd. 38 Pf.	Linsen	Pfund 16 Pf.	Pflaumen	Pfund 28 Pf.	Zitronen	5 Stück 20 Pf.
Rauchfleisch	Pfund 95 Pf.	Linsen grosse	Pfund 18 Pf.	Apfelschnitte	1/2 Pfund 24 Pf.	Feigen	Pfund 30 Pf.
Mettwurst	Pfund 1.05	Bohnen	Pfund 16 Pf.	Aprikosen	1/2 Pfund 33 Pf.	Datteln	1/4 Pfund 12 Pf.
Fetter Speck	Pfund 85 Pf.	Gerste	Pfund 15 Pf.	Birnen	1/2 Pfund 30 Pf.	Kamerun-Nüsse	1/4 Pfd. 9 Pf.
Knackwurst	Pfund 90 Pf.	Graupen	Pfund 16 Pf.	Prinellen	1/2 Pfund 40 Pf.	Ananas	Pfund 78 Pf.
Geräuch. Lachs	98 Pfund Pf.	Brühwürstch.	35 6 Stück Pf.	Marmelade	1.38 5 Pfund-Eimer	Casseler Rippespeer	95 Pfund Pf.
Th. Rotwurst	Pfund 55 Pf.	Karotten	2 Pfd.-Dose 32 Pf.	Gem. Früchte	2 Pfd.-Dose 84 Pf.	Pfefferminzbruch	1/4 Pfund 8 Pf.
Landleberwurst	Pfund 65 Pf.	Erbsen	2 Pfd.-Dose 42 Pf.	Bienenhonig	Glas 88 Pf.	Konfekt	1/4 Pfund 9 Pf.
Palmbutter	Pfund 58 Pf.	Leipz. Allerlei	2 Pfd.-Dose 42 Pf.	Bratheringe ohne Kopf	Dose 50 Pf.	Bonbons	1/4 Pfund 10 Pf.
Delikatess-Salat	1/4 Pfd. 18 Pf.	Spinat	2 Pfd.-Dose 40 Pf.	Rollmöpse	Stück 4 Pf.	Spitzkuchen	1/4 Pfund 20 Pf.
Bouillon-Würfel	10 Stck. 15 Pf.	Erdbeeren	2 Pfd.-Dose 92 Pf.	Hering in Gelee	1/4 Pfd. 9 Pf.	Kakao	Pfund 65 Pf.
Russ. Sardinen	Glas 23 Pf.	Pflaumen	2 Pfd.-Dose 42 Pf.	Pfeffergurken	1/4 Pfund 9 Pf.	Schokolade	Pfund 65 Pf.

5894

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130131-19/fragment/page=0003

Eine Ausnahme-Woche

Leinen- u. Baumwollwaren

Soweit Vorrat! Soweit Vorrat!

Handtücher

Drell und Gerstenkorn Ausnahmepreis Stück **15** Pf.

Grau Drell solides Halbleinen, diverse Streifen, Ausnahmepreis ½ Dutzend 2.50 2.10 **1.45**

Weiss Drell gestr. u. kariert, Ausnahmepreis ½ Dtz. 2.50 **1.90**

Gerstenkorn 46×105, schwere Qualität, ½ Dutzend **1.80**

Weiss Gerstenkorn 48×110 Ia. Schles. Halbleinen früh. Dutzend 7.80 jetzt ½ Dutz. **3.40**

Weiss Jacquard 48×110, sol. Halbleinen, früh. Dutzend 6—8.50 jetzt ½ Dtzd. 3.40 **2.40**

Reinleinen-Jacquard 48×110, schw. Schl. Reinleinen jetzt ½ Dtz. 6.25 4.75 **3.75**

Militär-Handtücher 100 lang, gesäumt u gebänd. früh. Dtz. 4.80, jetzt ½ Dtz. **1.90**

Wischtücher kariert, Ausnahmepreis ½ Dutzend 1.25 95 **45** Pf.

Reinleinen Wischtücher schwere Qual., teils gesäumt, Ausnahmepr. ½ Dtz. 2.30 1.75 **1.45**

Tischtücher

Damast-Tischtücher gute Qualität Ausnahmepreis . . . . . Stück **90** Pf.

Tischtücher Drell u. Jaquard, leicht angestaubt Ausnahmepr. Stck. **65** Pf.

Drell-Tischtücher 120×130, Ausnahmepreis Stück **95** Pf.

Halbleinen Tischtücher Ia. Schlesisches Fabrikat Ausnahmepreis 1.95 1.65 **1.25**

Reinleinen Tischtücher extra groß, schwere Qualität, Ausnahmepreis 4.95 3.95 **2.50**

Reinleinen Servietten 60×60 gesäumt, schwere Qualit., früh. Dtz. 6.50—8.50 jetzt ½ Dtz. 3.75 **2.75**

Drell-Servietten 60×60 Ausnahmepreis ½ Dutzend **1.45**

Halbleinen Servietten 60×60, teils gesäumt, sehr solide Qualität, Ausnahmepreis ½ Dutzend 3.00 2.50 **2.25**

Schles. Tischdecken weiss m. Rand u. Fransen Ausnahmepreis **50** Pf.

Ganz bedeutend unter Preis

haben wir auffallend grosse Posten Leinen- u. Baumwollwaren an den massgebendsten Industrieplätzen Schlesiens, Westfalens, Sachsens und dem Elsass erstanden. Diese enormen Warenposten stellen wir, ohne Rücksicht auf den eigentlichen Wert, in dieser Woche zu extra billigen

Ausnahme-Preisen

zum Verkauf, womit wir den weitesten Kreisen der Bevölkerung eine

selten günstige Kaufgelegenheit

bieten.

Dringend zu empfehlen ist die Besichtigung unserer

Spezial-Schaufenster.

Bett-Wäsche

Bunte Bettbezüge mit 2 Kissen, fertig genäht Ausnahmepreis 3.95 2.95 **2.15**

Weisse Bettbezüge m. 2 Kiss., a. solid. Hemdentuch u. Lin., Ausnahmepr. 5.75 4.50 **2.95**

Damast-Bezüge mit 2 Kissen, sauber genäht Ausnahmepreis 8.75 6.75 **5.75**

Stangenleinen-Bezüge mit 2 Kissen, sauber gearbeitet, Ausnahmepr. 7.50 6.50 **5.90**

Dowlas-Bettücher selten billig . . . . . Ausnahmepreis 2.75 1.95 **1.80**

Halbleinen-Bettücher richtig gross, teils mit Hohlsaum, Ausnahmepr. 2.95 2.25 **1.75**

Schlafdecken Jacquard und Karomuster . Ausnahmepreis 3.95 2.95 1.85 **1.35**

Kamelhaar-Decken u. imit., schwere, gediegene Qual. Ausnahmepr. 12.50 10.50 7.50 **2.25**

Bunte Bettücher ca. 140×190 . . . . . Ausnahmepreis Stück **95** Pf.

Jacquard-Schlafdecken imit. schwere Qualität, ca. 140×190 Ausnahmepreis Stück **2.25**

Bett-Stoffe

Bettkattun 80/82 breit waschechte, lebh. Muster Ausnahmepr. Mtr. 48 38 28 **22** Pf.

Bettkattun prima Qualität, moderne Muster Deckbettbreite Mtr. 95 75 **65** Pf. Kissenbreite . Mtr. 55 45 **38** Pf.

Bettzeug kariert hell und dunkle Karos Ausnahmepreis Mtr. 48 38 **28** Pf.

Bettuch-Dowlas 150/160 breit schwere Els. u. südd. Ware Ausnahmepreis 1.20 95 **82** Pf.

Bett-Damast mit Seidenglanz, neueste Muster Kissenbreite . . . 80 65 **48** Pf. Deckbettbreite . 1.25 95 **78** Pf.

Stangenleinen schwere Qualität Kissenbreite . . . 82 65 **52** Pf. Deckbettbreite . 1.25 95 **82** Pf.

Bett-Inlett federdicht, glatt, rot und gestreift Kissenbreite . . . 1.15 85 **65** Pf. Deckbettbreite . 1.85 1.35 **95** Pf.

Bett-Stout 80/82 breit, federdicht, in grau, rot und gestreift Ausnahmepreis Meter 75 **48** Pf.

Baumwollwaren

Hemdentuch spottbillig Ausnahmepreis Meter 22 **16** Pf.

Weiss Croisé-Barchent selten vorteilhafte Qualit. Ausnahmepreis Mtr. 65 42 **28** Pf.

Weiss Piqué-Barchent vorwiegend kleine Dessins Ausnahmepreis Mtr. 75 55 **38** Pf.

Hemden-Barchent hell und dunkel gestreift Ausnahmepreis Meter 45 **28** Pf.

Schürzen-Leinen ca. 120 cm breit, div. Strf. Ausnahmepreis Mtr. 75 58 **48** Pf.

Schürzen-Druck ca. 120 cm breit, schwere Qualität, gar. waschecht, 90 **75** Pf.

3 besondere Schlager!

Ein grosser Posten **Hemdentuch** 80/82 breit, Ia. elsäss. u. süddeutsche Qualitäten, in stark- und mittelfädig

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4
m 25 ₰	m 35 ₰	m 45 ₰	m 55 ₰

Ein grosser Posten **Renforcé** 80/84 breit, Ia. süddeutsche u. elsäss. Qualität.

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4
m 28 ₰	m 38 ₰	m 48 ₰	m 58 ₰

Ein grosser Posten **Bettuch-Halbleinen** allererstes Fabrikat, ganz vorzügliche Qualitäts-Ware.

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4
m 85 ₰	m 95 ₰	m 1.10 ℳ	m 1.35 ℳ

Jeder Rest zum Aussuchen **95** ₰ **Reste und Coupons** von 1 bis 4 Meter lang, in Bettkattun, Hemdentuch, kariert Bettzeug, Hemdenbarchent, Gingham, Schürzen-Leinen, Schürzendruck, Negligé-Barchent usw. usw. **95** ₰ Jeder Rest zum Aussuchen

Gedecke

Tischdecken-Stoffe neue waschechte Muster Ausnahmepreis m 1.50 1.25 **95** Pf.

Künstler-Tischdecken neueste Zeichnungen Ausnahmepr. Stck. 4.95 3.50 **1.95**

Tee-Gedecke mit 6 Servietten Ausnahmepreis 3.95 **2.50**

Tee-Gedecke mit 12 Servietten, früh. Verk. bis 21.—, jetzt 14.50 10.50 **6.50**

Waschbare Tischdecken moderne Muster früh. Verk. b. 3.—, jetzt 1.95 **95** Pf.

Tee-Servietten weiss und farbig Stück **10** Pf.

Ein Waggon Linoleum!!

In dieser Woche gelangt ferner in unserer bedeutend vergrößerten Linoleum-Abteilung ein ganzer Waggon Linoleum zum Verkauf. Darunter befindet sich auch irreguläre Ware, die — zu spottbilligen Preisen — nur soweit Vorrat, abgegeben wird.

Linoleum 200 cm breit, für Zimmer-Belag, moderne Dessins . . . . . □ Meter **1.10**

Linoleum 200 cm breit, für Zimmer-Belag, hochmoderne kleine Dessins u. Parkett-Muster . . . . . □ Meter 1.65 1.45 **1.25**

Linoleum-Vorlagen

45×45	45×65	60×90	70×90	70×115
28 Pf.	58 Pf.	88 Pf.	95 Pf.	1.45

Sensationelles Angebot!

Ein Posten **Linoleum-Teppiche** abgepasst, mit Kante, kleine Fehler

150×200	200×250	200×300
2.75	7.25	8.75

Linoleum-Läufer

moderne kleine Dessins und Parkett-Muster

50 cm breit p. Mtr. 65 **48** Pf. — 67 cm breit p. Mtr. 95 **78** Pf. — 90 cm breit p. Mtr. 1.35 **1.10** — 110 cm brt. per Meter **1.65** — 130 cm brt. p. Mtr. 2.35 **1.95**

:: Linoleum-Teppiche ::

Sämtliche Teppiche sind mit Kante und nicht vom Stück geschnitten.

Nur ausgesprochen moderne Muster.

Druck-Teppiche! Allerneueste Dessins!

Grösse 150×200	6.75	5.75
Grösse 200×250	10.75	9.50
Grösse 200×300	13.75	11.50

Inlaid-Teppiche! Muster durch und durch gehend!

Grösse 150×200	9.75	8.25
Grösse 200×250	17.50	14.50
Grösse 200×300	19.50	16.50

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Granit-Linoleum Muster durchgehend, 200 cm breit, in vielen Farben . . . . . □ Meter **1.85**

Inlaid-Linoleum Muster durchgehend, 200 cm breit, in hochsparten Dessins und Parkett-Muster □ Meter 3.25 2.75 **2.35**

:: China-Matten :: enorm grosse Auswahl **95** Pf. **75** Pf. **38** Pf.

Inlaid-Teppiche — Muster durchgehend, mit kleinen Fehlern, —

150×200	200×250	200×300
4.50	8.50	10.50

LEOPOLD NUSSBAUM.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130131-19/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 26 Halle a. S., Freitag den 31. Januar 1913 24. Jahrg.

Wer soll feiern?

Von Fr. Mehring.

Das große Jubeljahr hat begonnen, und alle Patrioten rüsten sich, mit gewaltigem Klimbim und Trara die Jahrhundertfeier von 1813 zu begehen. Immerhin gibt es ruchlose Leute, die Freiligraths Wort: „Die Sache scheint uns zwar konfus, jedennoch sehr erhaben", umkehren und die ungeitige Frage stellen: Wer soll feiern und was soll denn eigentlich gefeiert werden?

Versuchen wir diese Lästermäuler zu stopfen und beginnen wir gleich von oben. Wenn anders die geschichtlichen Zeugnisse wahrheitsgetreu berichten, so hat freilich die preußische Monarchie keinen Anlaß, das Jubeljahr zu feiern. Ihr damaliger Vertreter benahm sich im Jahre 1813, wie übrigens auch vor- und nachher, so überaus kläglich, daß selbst die preußischen Historiker darauf verzichtet haben, diesen Mohren weiß zu waschen. Gerade vor einem Jahrhundert, im Januar 1813, hat er noch um die Gunst des Landesfeindes gebuhlt, indem er für seinen Kronprinzen um die Hand einer bonapartistischen Prinzeß warb, irgendeiner Beauharnais oder Murat, denn Napoleon selbst hatte keine Töchter, und seine Schwestern waren längst verheiratet. Leider hatte dieser elende Emporkömmling gar keine Empfindung für die Ehre, mit dem erlauchten Geschlecht der Hohenzollern verschwägert zu sein, und daran scheiterte der schöne Plan. Solange er irgend konnte, widerstand der König dem stürmischen Begehren seiner „Untertanen" nach Krieg gegen Frankreich, und die wegwerfenden Urteile, die damals, wie vordem und nachdem, seine fähigsten Berater, die Stein, Gneisenau, Scharnhorst, über ihn gefällt haben, lassen sich nun einmal nicht in Ruhmeslieder umdichten. Auch nach den Berichten der auswärtigen Gesandten gab der König schließlich nur nach, weil sehr deutlich an seine Ohren klang: Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt.

Aber die anderen deutschen Monarchen! Je nun, die standen ja Kopf bei Kopf im Jahre 1813 zum Landesfeinde. Nur die mecklenburgischen Herzöge ließen sich schon im Frühling dieses Jahres durch Kosakenschwärme zu teutscher Gesinnung bekehren; die anderen alle hielten dies Kriegsjahr bei Napoleon aus. Der sächsische König wurde in der Schlacht bei Leipzig gefangen genommen, und der bayrische König witterte Verrat bereits kurz vor dieser Schlacht. Der ganze übrige Troß flammte erst in teutscher Begeisterung auf, als die Niederlage Napoleons durch seinen Rückzug über den Rhein niet- und nagelfest gemacht worden war. Sind nun wirklich die Ratten, die das sinkende Schiff verließen, so heldenhafte Erscheinungen, daß sie noch nach hundert Jahren gefeiert werden müssen?

Nun freilich das deutsche Heer, das doch mit hoher Genugtuung auf seine Taten im Jahre 1813 blicken darf. Schon gut, aber mit dem Feiern ist es nun doch so eine eigene Sache. Die hessischen Truppen haben bei Lützen und die württembergischen Truppen bei Bautzen mit ausgezeichneter Tapferkeit gekämpft, allein der Feind, den sie in die Flucht schlugen, waren preußische Truppen. Umgekehrt sind die Tage von Großbeeren und Dennewitz Ehrentage der preußischen Landwehr, aber der Feind, den sie besiegten, waren sächsische Truppen. In der Schlacht bei Leipzig hatten diese Truppen das gegenseitige Würgen satt und gingen zu den preußischen Truppen über, aber es geschah unter Bruch ihres Fahneneides, gegen den Willen ihres Kriegsherrn, und das neue Deutsche Reich muß doch in seinen Grundvesten erbeben, wenn so etwas noch nach hundert Jahren gefeiert werden soll. Die Sachsen brachen bei Leipzig ihren Fahneneid, weil sie nicht mehr auf ihre preußischen Landsleute schießen wollten, und heute soll der deutsche Soldat sogar auf Vater und Mutter schießen, wenn der Kriegsherr so befiehlt.

Kommen die Junker! Die Junker mit der schönen Devise: Lieber drei Schlachten von Jena als ein Oktoberedikt, die Junker, die einen vertraulichen Brief des Freiherrn vom Stein an die französischen Unterdrücker verrieten und in dieser erhebenden Art den Reformminister beseitigten, der die Ausbeutung der Bauern durch die Junker ein klein wenig einschränken wollte. Immerhin waren das Siege, die vor 1813 lagen, und dies glorreiche Jahr ist doch glorreich eingeleitet worden durch die kühne Tat eines Junkers, durch die Konvention von Tauroggen, die der General York auf eigene Faust mit den Russen abschloß. Schade nur, daß diese kühne Tat wieder unter Bruch des Fahneneides geschah. Und York verstieß noch ärger als die sächsischen Truppen bei Leipzig gegen die hehrsten Grundsätze des neuen Deutschen Reiches. Denn er brach seinen Fahneneid schon, weil er nicht auf die Kosaken schießen mochte, während die Sachsen bei Leipzig doch nur nicht auf ihre eigenen Landsleute schießen wollten.

In der Tat sprach der König seine tiefste Abscheu vor Yorks Tat aus; da möchte Einen gleich der Schlag rühren, erklärte er, als er sie erfuhr, und denunzierte den eidbrüchigen General bei Napoleon. Indessen ging es bei der Stimmung der Bevölkerung nicht an, York vor ein Kriegsgericht zu stellen, und so wurde denn das Märchen zu verbreiten gesucht, er habe auf Befehl des Königs gehandelt. Damit ging nun wieder die „kühne Tat" Yorks flöten, denn wenn er auf Befehl des Königs die Konvention von Tauroggen abgeschlossen hat, so hat er kein größeres Verdienst, als jeder Feldwebel sich jeden Tag erwirbt. Hier ergibt sich also wieder ein ganz verteufeltes Dilemma.

Neuerdings ist es gar lebensgefährlich geworden, Yorks kühne Tat zu feiern. Ein Flügeladjutant des damaligen preußischen Königs, ein Major v. Wrangel, der sich nach dem Zeugnis Boyens als eine Art Lustigmacher seine hohe Würde verdiente, hat behauptet, er habe geheime Befehle des Königs an York überbracht, die den General zum Abschluß der Konvention von Tauroggen berechtigt hätten. Diese Behauptung ist nun von den preußischen Geschichtsschreibern als eitle Mär aufgedeckt worden. Daraufhin erklärte vor einigen Tagen das edle Geschlecht derer v. Wrangel in der Kreuzzeitung, daß es jeden, der an den Worten seines verehrten Ahnherrn zweifle, als nichtswürdigen Verleumder betrachten und danach behandeln werde. Aus dem Junkerlichen ins Deutsche übersetzt heißt das: Wer Yorks „kühne Tat" feiert und dadurch den Major von Wrangel auf eine Stufe mit den Freiherrn v. Münchhausen stellt, verfällt dem Revolver des edlen Geschlechts derer von Wrangel. Man muß gestehen, die Feier des Jubeljahres fängt gut an.

Bleiben die Bürger und die Bauern, zumal der altpreußischen Provinzen, die sich vor hundert Jahren in tapferem Kampfe gegen das drückende Joch der Fremdherrschaft erhoben. Sie hätten wohl Anlaß und Recht, ihre Taten zu feiern, wenn nur das dicke Ende nicht nachgekommen wäre. Alle die herrlichen Verheißungen, die ihnen vor dem Kampfe gemacht worden waren, erfüllten sich nach dem Frieden für die Bauern in der berüchtigten Deklaration von 1816, die die Masse der bäuerlichen Bevölkerung ins besitzlose Proletariat stieß, ihre Minderheit um eine Masse Acker und schweres Geld prellte, für die Bürger in den Karlsbader Beschlüssen von 1810 und in der infamen Demagogenjagd, die Hunderte und Tausende schwärmerischer Jünglinge im Kerker verkommen ließ oder über die Grenzen des Vaterlandes, die sie mit rüstigen Armen verteidigt hatten, ins Elend der Fremde jagte. Die Bürger und Bauern also könnten das Jubeljahr feiern, aber nicht mit Pauken- und Trompetenschall, sondern im stillen Kämmerlein, mit bußfertigen Gedanken über erlauchte Schwüre, die nicht einmal, wie die Schwüre der Liberalen, in verrinnendes Wasser geschrieben sind, sondern höchstens in verwehende Luft.

Auf die Frage: Wer soll feiern? bleibt keine andere Antwort, als: die Sozialdemokratie. Sie verschmäht natürlich allen tosenden Lärm, aber sie darf sich mit gutem Gewissen sagen, daß sie den arbeitenden Massen der Nation jene blinde und blöde Vertrauensseligkeit ausgepaukt hat, die den Landwehren von 1813 so teuer zu stehen gekommen ist. Und wenn es abermals heißen sollte: das Volk steht auf, der Sturm bricht los, so wird um höhere Menschheitsziele gerungen werden, als um die Wiederherstellung zertrümmerter Fürstenkronen und Junkerwappen.

Aus der Partei.

Die Organisation der englischen Arbeiterpartei.

Man schreibt uns aus London: Die Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei, die nächste Woche in London stattfindet, wird sich mit den unhaltbaren Organisationsverhältnissen, die in den Wahlkreisen einer ganzen Anzahl von Arbeiterabgeordneten bestehen, zu beschäftigen haben. Das Exekutivkomitee der Arbeiterpartei hat einen Antrag auf die Tagesordnung gesetzt, der die Parteiinstanzen ermächtigen soll, Abgeordnete, die in ihrem Wahlkreise die Parteistatuten verletzen, aus der Arbeiterfraktion des Unterhauses auszustoßen.

Niemand wird den Parteivorstand im Verdacht haben, daß er ohne Not einen internen Streit vom Zaune brechen will. Aber selbst in der englischen Arbeiterbewegung sind sich nur wenige darüber klar, wie empörend die Zustände in manchen Wahlkreisen sind und wie dringend not ein gründlicher Wandel tut. Der Labour Leader, das Organ der Independent Labour Party, hat einen Spezialberichterstatter in die in dieser Beziehung verrufensten Wahlkreise entsandt. In der letzten Nummer des Blattes veröffentlicht er seinen ersten Bericht, der sich auf den Wahlkreis Nuneaton in Warwickshire, den der Bergarbeiter Johnson im Unterhause vertritt, behandelt. In diesem Bericht heißt es:

„Nuneaton ist wahrlich eine Schmach für die Arbeiterpartei. Man vergegenwärtige sich ein Mitglied der Arbeiterfraktion, das die Statuten der Arbeiterpartei gezeichnet hat und die Direktiven der Arbeiterfraktion empfängt, dessen Wahlkosten von dem Britischen Bergarbeiterverband getragen wurden, und in dessen Wahlkreis trotz alledem bis in die jüngste Zeit keine Spur von einer politischen Arbeiterorganisation vorhanden war. Neun Zehntel der Wähler leben unter dem Eindrucke, daß Mr. Johnson den Wahlkreis Nuneaton für die liberale Partei vertritt und nichts ist geschehen, um dieser Auffassung entgegenzuwirken. Mr. Johnsons Versammlungen sind stets unter den Auspizien der liberalen Partei abgehalten worden; seine Kandidatur wurde bei verschiedenen Wahlen mit Hilfe eines komplizierten liberalen Organisationsapparates — einschließlich eines permanenten Wahlagenten und Beamten der liberalen Zentrale — aufgestellt und gefördert. Die Liberalen betrachten den Wahlkreis offen als den ihrigen. Mr. Johnson zahlt jedes Jahr einen Beitrag in die Kasse der liberalen Parteiorganisation. Er wohnt der Jahresversammlung der liberalen Parteiorganisation des Kreises bei, erstattet Bericht über seine Tätigkeit und lädt die Delegierten zum Tee ein! — Dagegen sind Arbeitergrundsätze nie propagiert, die Gründung einer Arbeiterorganisation nie versucht worden. Es besteht nicht einmal eine Ortsgruppe der I. L. P. Man stelle sich eine Wahl vor, bei der ein Mitglied der Arbeiterfraktion kandidiert, aber keine Versammlung der Arbeiterpartei stattfindet und keine Arbeiterliteratur verteilt wird!" — Erst in der letzten Zeit, als Johnson erkannte und die Möglichkeit einer Ersatzwahl ins Auge gefaßt werden mußte, unternahm die Zentrale der Arbeiterpartei die ersten Schritte zur selbständigen Agitation und zur Schaffung einer selbständigen Arbeiterorganisation — was von den entrüsteten Liberalen als verräterischer Eingriff in ihre Eigentumsrechte betrachtet wurde!

Der Labour Leader bemerkt dazu, daß dieser Fall keineswegs einzig dastehe. In den Bergarbeiterdistrikten von Derbyshire; einiger Teile Yorkshires und South Glamorgan in Südwales seien die Zustände ganz ähnlich.

Es ist ein Zustand, den die Arbeiterpartei, wenn sie nicht innerlich verkommen will, nicht länger dulden kann. Die Bergarbeiter haben sich bekanntlich erst vor drei Jahren der Arbeiterpartei angeschlossen. Bis dahin gehörten ihre Parlamentsvertreter zur liberalen Partei. Auch haben sich nicht die Distriktsverbände einzeln, sondern mit dem Britischen Bergarbeiterverband gemeinsam der Arbeiterpartei angeschlossen. Eine unbefriedigende Uebergangsperiode war deshalb in den zurückgebliebeneren Distrikten nur vorauszusehen. Aber diese Uebergangszeit zieht sich viel zu lange hin und es werden keine Anstalten getroffen, sie abzukürzen. Während die Bergarbeiter dieser Kreise in ihrem alten Zustande politischer Zurückgebliebenheit gelassen werden, lähmen ihre Vertreter im Unterhause den Kampfesgeist der ganzen Fraktion. In andern Distrikten hat die politische Entwicklung der Massen der Bergarbeiter geradezu staunenswerte Fortschritte gemacht, aber in politischen Organisationsfragen haben die einzelnen Distriktsverbände volle Autonomie und der Britische Bergarbeiterverband keinen Einfluß.

Die geistige Assimilation und politische Erziehung der zurückgebliebenen Bergarbeiterschichten und die mit Takt aber rücksichtslos betriebene Ausmerzung der unentwicklungsfähigen Bergarbeiterpolitiker ist die dringendste Aufgabe der Arbeiterpartei. „Wenn dabei einige Wahlkreise der Partei verloren gehen, dann müssen sie eben durch ehrliche Agitations- und Aufklärungsarbeit zurückgewonnen werden.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Nach zweitägigen Kommissionssitzungen wurden die Verhandlungen, über die wir fortlaufend berichtet haben, am 27. Januar wieder im Plenum aufgenommen. Eine Einigung war auch in der Kommission nur über wenige der vielen strittig gebliebenen Tarifbestimmungen möglich gewesen. Nach längeren Verhandlungen ersuchten darum die beiderseitigen Parteien die Unparteiischen um unverbindliche Vorschläge über die zurückgestellten Positionen. Diese Vorschläge wurden den Parteien am Abend des 27. Januar unterbreitet. Die noch am selben Abend und am 28. Januar daher gepflogenen Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß die Unternehmer über drei, die Gehilfenvertreter über zwei Positionen Schiedssprüche wünschten. Das so zustande gekommene Verhandlungsergebnis über das Tarifschema enthält vornehmlich in einer größeren Anzahl Bestimmungen eine genauere und zu verschiedenartigen Deutungen weniger als bisher auszumatzende Formulierungen. Unter anderem wurde festgesetzt, daß die Zuschläge für Nachtarbeit (50 Prozent) auch für die Stunden zu zahlen sind, die vor Beginn der täglichen Arbeitszeit liegen und bisher mit 25 Prozent vergütet wurden, sofern sie sich an Nachtarbeit anschließen. Die Bestimmungen über Stundenlöhne wurden gleichfalls präziser gefaßt. Für Gehilfen im ersten Gehilfenjahr soll dann die freie Vereinbarung der Löhne unzulässig sein, wenn sie das 20. Lebensjahr erreicht haben. Nicht nur die Empfangnahme und Ablieferung, sondern auch die Bestellung der Materialien soll in Zukunft nur während der Arbeitszeit geschehen.

Von grundlegender Bedeutung ist die Umgestaltung der bisherigen drei Tarifinstanzen. Danach entscheiden in Zukunft die Ortstarifämter nicht nur bei Streitigkeiten zwischen einzelnen Unternehmern und Arbeitern, sondern auch bei Streitigkeiten zwischen örtlichen Organisationen. In den ersteren Fällen entscheiden die Ortstarifämter endgültig, wenn das Preisobjekt nicht höher als 100 Mk. ist; bei letzteren ist Berufung an das Gautarifamt zulässig.

Das Haupttarifamt ist nicht mehr wie bisher Berufungsinstanz, sondern entscheidet nur in grundsätzlichen, das ganze Vertragsgebiet berührende Angelegenheiten. Ferner wurde dem ganzen Paragraphen folgender Zusatz angefügt: „Wenn Ortstarifämter oder Gautarifämter die Erledigung der bei ihnen anhängig gemachten oder zu ihrer Zuständigkeit gehörenden Streitfällen verzögern, so hat der geschäftsführende Unparteiische des Haupttarifamts eine angemessene Frist für die Erledigung zu bestimmen, nach deren erfolglosem Ablauf ohne weiteres die nächsthöhere Instanz für diese Streitsache zuständig wird."

Durch eine weitere protokollarische Erklärung wurden den Organisationen bei Maßnahmen gegen die Mitglieder, die sich den Entscheidungen der Tarifinstanzen nicht fügen, bestimmte Direktiven gegeben. Alle diese Bestimmungen entsprechen dem Sinne nach den Forderungen der Gehilfenschaft, die eine schnellere und möglichst einfache Erledigung aller tariflichen Streitigkeiten im Auge hatte. Zu den Maßnahmen bei Tarifübertretungen wurde eine, bisher gegen solche Gehilfen, „die auf Minderung der Arbeitsleistung" hinwirken, gerichtete Ausnahmebestimmung gestrichen.

Die Bestimmungen über die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise sind zwar anders formuliert, dem Sinne nach aber wenig geändert worden. Sämtliche Forderungen der Arbeitgeber" über eine höhere Hinaufschraubung der Altersgrenze für die tarifliche Entlohnung, über die Schadenersatzpflicht, Stellung einer Kaution für Tarifübertretungen einzelner Mitglieder oder der örtlichen und der zentralen Organisationen u. a. m. wurden abgelehnt.

Die Debatte über die Lohnfrage wurde am 29. Januar fortgesetzt. Wir werden über deren interessanten Verlauf noch berichten. Am Schlusse der allgemeinen Aussprache unterbreiteten die Unparteiischen den Parteien den Vorschlag, die zentragen Verhandlungen am 22. Februar fortzusetzen. In der Zwischenzeit sollen bis spätestens 15. Februar d. J. die bestehenden Gautarifämter unter dem Vorsitz je eines Unparteiischen über die Forderungen der Lohn- und Arbeitszeitfrage beraten und entscheiden. Dem Vorsitzenden ordnen die beiderseitigen Parteien je einen nicht zum Berufe gehörigen Vertrauensmann bei. Die Resultate dieser Verhandlungen sind binnen drei Tagen mit Gründen versehen und unter Beifügung des einschlägigen Materials an den geschäftsführenden Unparteiischen Magistratsrat b. Schulz-Berlin einzusenden. Sie werden am 22. Februar von den drei Unparteiischen und den Vertretern der Zentralorganisationen geprüft. Die eventl. Genehmigung aller bisherigen und zukünftigen Verhandlungsresultate ist bis 28. Februar d. J. dem geschäftsführenden Unparteiischen einzureichen. Der am 15. Februar ablaufende Tarifvertrag behält bis zur endgültigen Genehmigung des neuen Vertrages, jedoch nicht über den 28. Februar hinaus seine Gültigkeit.

Die Verhandlungen in der Binnenschiffahrt gescheitert.

Die Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband für die Binnenschiffahrt und dem deutschen Transportarbeiterverband und dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer sind am 28. Januar gescheitert.

Der Unternehmerverband hatte am 29. Dezember in einer Erklärung bestimmt zugesagt, daß mit Beginn des Jahres 1914 eine Arbeitszeitregelung vorgenommen werden sollte. In der Verhandlung am 28. Januar traten die Unternehmer von diesem Vorschlag zurück. Sie wollen wohl die gemeinsamen statistischen Erhebungen veranstalten, aber die Vorschläge der Kommission sollen nicht der Einführung der Nachtruhe im nächsten Jahre dienen, sondern diese Erhebungen sollen der Regierung unterbreitet werden, mit dem Ersuchen, die gesetzliche Einführung der Nachtruhe zu beschleunigen.

Der Transportarbeiterverband und der Verband der Maschinisten und Heizer waren bereit, an den Erhebungen mitzuwirken, sie wollten das Jahr 1913 als Uebergangszeit zur Einführung der Nachtruhe betrachtet wissen. Aber sie konnten ihre Zustimmung nicht dazu geben, daß die Einführung der Nachtruhe von den Regierungsmaßnahmen abhängig gemacht würde, sie bestanden darauf, daß die Einführung der Nachtruhe mit Beginn des Jahres 1914 erfolgen müsse. Der neue Vorschlag der Unternehmer wurde also von beiden Arbeiterorganisationen abgelehnt.

Die geforderte Lohnerhöhung, namentlich für die Oderschiffer wurde von den Unternehmern auch abgelehnt. Außerdem machten sie auch keine Zugeständnisse in der Bemannungsfrage, zur Ueberstunden- und Sonntagsarbeit, Arbeitszeitverkürzung an den Stationen und zu den anderen Forderungen,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130131-19/fragment/page=0005

Nach dem Scheitern der Verhandlungen muß also die Frage der Nachtruhe in der Binnenschiffahrt durch Kampf entschieden werden. An der Bewegung sind beide Arbeiterverbände mit rund 12 000 Mitgliedern beteiligt.

Achtung, Lithographen!

Die Firma G. Bergmann in Leipzig hat ihren Lithographen gekündigt, weil diese sich Akkordarbeit nicht aufzwingen lassen wollten. Es wird erwartet, daß kein Lithograph durch Arbeitsannahme bei der Firma sich dazu hergibt, die an sich schon ungünstigen Verhältnisse noch weiter herabzudrücken.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 30. Januar 1913.

Achtung, Parteifunktionäre!

Am Donnerstag, den 30. Januar, abends 8½ Uhr, findet im Volkspark eine gemeinschaftliche Sitzung der Funktionäre nach § 12 der Vereinssatzungen statt. Die Distriktsführer, welche am Erscheinen verhindert sind, werden ersucht, ihren Stellvertreter zu entsenden.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für Halle a. S. und den Saalkreis.

Der Fabrikarbeiterverband im Jahre 1912.

Trotzdem eine Reihe von Umständen die Organisationsbestrebungen der hiesigen Zahlstelle ungünstig zu beeinflussen drohten, sind die einzelnen Fortschritte doch als besonders erfreulich zu bezeichnen. In einer ganzen Reihe von Orten, wo es fast unmöglich erschien, der Organisation Eingang zu verschaffen, wurde Bresche geschlagen. Hunderte von Arbeitern, die die jahrzehntelange kapitalistische Entwicklung indifferent über sich ergehen ließen, wurden dem Verbande zugeführt.

Wer die Schwierigkeiten der ländlichen Agitation kennt, wird auch ermessen können, was es heißt, diesen steinigen Boden der modernen Arbeiterbewegung dienstbar zu machen. Am Schlusse des Jahres 1911 waren 2526 Mitglieder vorhanden, 1912 dagegen 2920, also ein Mehr von 394. An Neuaufnahmen waren 1002 zu verzeichnen, stellt man diese mit der Mitgliederzahl in Vergleich, so zeigt sich, daß die Fluktuation immer noch ganz bedeutend ist, trotz der eminenten Aufklärungsarbeiten, die geleistet wurden.

Die Gesamteinnahme betrug rund 79 000 Mk., gegenüber 71 000 Mk. im Jahre 1911. Auch der Markenumsatz war dementsprechend höher. Im Jahre 1911 wurden 126 748 Stück verkauft, 1912 dagegen 138 856 Stück. Für Unterstützungen wurde verausgabt ein Gesamtbetrag von 43 351,85 Mk. An 1101 Erwerbslose gelangten allein 21 039,95 Mark zur Auszahlung. Bei Streiks und Maßregelungen wurden 16 356,05 Mk. ausgezahlt und für 20 Sterbefälle 2700 Mk., der Rest wurde für Umzüge, für in Not geratene Mitglieder, für auf der Reise befindliche Kollegen sowie für Rechtsschutz ausgegeben.

Die Lohnbewegungen waren weniger zahlreich als im Jahre 1911. An drei Streiks waren 164 Mann beteiligt. Der Streik in Bertels Futterkuchenfabrik wurde nach 1½stündiger Dauer zugunsten der Arbeiterschaft beigelegt, nachdem die Löhne durch schriftliche Vereinbarung festgesetzt waren. In der Stärkefabrik von Dettenborn wurde der Streik als aussichtslos nach einer Woche beendet. Dieser Betrieb, der sich jetzt in der Liquidation befindet, hätte auch keine Garantien für irgendwelche Erfolge bieten können. Der dritte Streik wurde den Arbeitern der Ostrauer Zement- und Steinindustrie durch Lohnabzüge aufgezwungen, aber nach sechswöchiger Dauer zugunsten der Arbeiter beendet. Dieser Betriebsleitung war es besonders unangenehm, daß der Zuzug fast gänzlich verhindert werden konnte und daß sie an den Ausreißern auch keine rechte Freude erlebt haben, was sicherlich für die Zukunft nicht unbeachtet bleiben wird.

Weiter wurden durch sechs Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung für 460 Personen recht nennenswerte Erfolge erzielt. Zwei weitere Bewegungen waren ohne Erfolg, für einen Betrieb wurde aber doch für 1913 Lohnzulage zugesichert. Drei Lohnbewegungen wurden der ungünstigen Konjunktur halber abgebrochen und vertagt.

Nicht unerwähnt darf die alljährlich wiederkehrende Erscheinung der großen Arbeitslosigkeit, besonders im ersten und vierten Quartal, bleiben, unter der die Fabrikarbeiter besonders infolge des starken Arbeitsangebots der Saisonarbeiter zu leiden haben. Dieser Erscheinung sind auch die gänzlich unhaltbaren Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Zuckerfabriken zuzuschreiben, wo noch wie vor 20 Jahren Löhne von 18 bis 22 Pf. pro Stunde gezahlt werden können und 12-, 18- und 24stündige Arbeitszeiten an der Tagesordnung sind. Das Bedauerlichste hierbei ist, daß diese Saisonarbeiter zum Teil organisierte Gewerkschaftsgenossen sind, die sich im Winter den Unternehmern selbst für die niedrigsten Löhne anbieten. Aus diesen Gründen sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zuckerfabriken die denkbar traurigsten. Das sollten sich die Arbeiter, die es angeht, für die Zukunft merken und danach handeln.

Die Verbandsleitung gibt sich auch für das Jahr 1913 der Hoffnung hin, in der Mitgliederzahl einen ähnlichen Aufschwung wie im verflossenen Jahre zu erreichen, und für die Mitglieder noch mehr als im letzten Jahre von den Unternehmern herauszuholen. Denn bei den gedrücktesten der Arbeiter, der sogenannten ungelernten Fabrikarbeiter, bleibt noch viel zu erkämpfen übrig. Aber nicht nur die Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch das Organisationsverhältnis muß noch bedeutend günstiger gestaltet werden. Darum muß jedes Mitglied mit helfen bei der Gewinnung neuer Mitglieder und zur mustergültigen Ausstattung aller Organisationseinrichtungen. Werde jeder ein Agitator für unsere Organisation, damit sie ein festes Bollwerk bilden möge zum Schutze der Mitglieder und zum Trutz unserer Feinde.

Aus Ueberfluß zum Dieb geworden.

Der Opiumgenuß soll retten.

Der vornehme Eisenbahndieb Emil Dreyer, über dessen Tun und Treiben die bürgerliche Presse schon mehrere Tage vor der Verhandlung sensationelle Berichte in die Welt sandte, steht heute vor der Strafkammer. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Panse; die Verteidigung Rechtsanwalt Dr. Halpert-Berlin. Es sind 34 Zeugen geladen. Der Andrang zum Zuhörerraum ist sehr stark. Es sind auch Berichterstatter aus Berlin erschienen. Zur Begutachtung des Geisteszustandes des Angeklagten sind vier Sachverständige, darunter der bekannte Nervenarzt Prof. Aschaffenburg, der früher in Halle tätig gewesen ist, geladen. Was dem Angeklagten zur Last gelegt wird, ist in unserem Vorbericht mitgeteilt. Es handelt sich im wesentlichen, so weit eine Ueberführung möglich war, um größere Diebstähle in D-Zügen von Berlin nach Halle, Berlin—Gotha, um kleinere Entwendungen in Speisesälen und um einen Schwindel mit Fahrkarten. Der Angeklagte ist bisher unbestraft und Vater von zwei Kindern. Seine Frau ist als Zeugin geladen und will aussagen. In zwei Fällen hat er Wertsachen in Höhe von 23 000 Mk. entwendet. Auf Befragen, ob er sich schuldig bekennen wolle, erklärt Dreyer, so viel er weiß, sei er nicht schuldig. Er erzählt dann, daß sein Vater Fabrikbesitzer ist und ein sehr wohlhabender Mann war. Nachdem er eine sehr gute Schulbildung genossen, habe er die technische Hochschule besucht und sei Zivilingenieur geworden. Als junger „Pfänd" von 23 Jahren habe er gegen den Willen seines Vaters seine jetzige Frau geheiratet. Dadurch sei es zum Bruch zwischen ihm und seinen Eltern gekommen. Sein Vater, „ein harter Kopf", aber doch guter Charakter, versagte ihm zeitweise die Unterstützung. Schließlich ließ er ihm monatlich wieder 170 Mk. zukommen, als seine Frau von Zwillingen entbunden wurde. Er machte sich schließlich mit einem Sozius, der Kaufmann war, selbständig; das Geschäft florierte nicht und er kam in Schulden. 35 000 Mk., die er nach dem Tode seines Vaters erhielt, waren bald verpulvert. Er nahm dann gegen Provision Stellungen in mehreren Fabriken, konnte aber mit den Mitteln, die ihm zur Verfügung standen, nicht auskommen, da er von Hause aus ein sehr gutes Leben gewohnt war. Im August 1911 zog er nach Gr.-Lichterfelde-Berlin, wo er eine Wohnung für 2000 Mk. mietete, obwohl er nur ein Jahreseinkommen von etwa 4000 Mk. hatte. Von dem Erbteil seines Vaters hatte er persönlich nichts mehr zu erwarten, da im Testament festgelegt worden war, das Erbteil von 187 000 Mk. erhalten die Kinder, wenn sie mündig geworden wären.

Der Angeklagte erzählt dann, wie er seine Sachen auf dem Leihhause versetzt, in Zahlungsschwierigkeiten geraten und schließlich im Verdruß zum Opium gegriffen habe. Das Gift habe er sich unter falschem Namen oder als Arzt verschafft und mit Süßigkeiten in großen Mengen genommen. Nach dem Genuß habe er immer größere Erleichterungen verspürt. Im Januar 1911 will er in verschiedenen Apotheken allein 44 Flaschen Opium, à Flasche 2 Mk., gekauft haben. Er habe „unter Zwang" gestanden und im Jahre 1911 mindestens für 1500 Mark Opium, rund 300 Flaschen, gekauft. Da er sich gelegentlich Kleinigkeiten in Gastwirtschaften und bei Einkäufen angeeignet habe, sei möglich, aber er wisse es nicht. Sein Silberzeug, Uhren und Ketten, sowie auch die Pfandscheine hatte er in Berlin versetzt. Haushaltungsgegenstände im Werte von 6000 Mark hatte er auf Kredit entnommen. Er befindet sich jetzt in Konkurs. Ueber den Diebstahl vom 18. November 1911 im D-Zuge gegen die Eheleute Rittmeister von Kleist will er nicht mehr das geringste wissen. Wenn Sachen, die von dem Diebstahl herrühren, in seinem Besitze gefunden worden sind, so wisse er nicht, wie er dazu gekommen sei. Er habe sich seine Tagestaten und -Ereignisse immer in ein Notizbuch eingetragen, so auch den Besitz eines Werkstückes aus einem angeblichen Diebstahl herrührend. Wie er dazu gekommen, wisse er nicht. Jenes Notizbuch habe er leider vernichtet. Daß er bei seinen Reisen gefälschte Freifahrscheine benutzt habe, sei wohl möglich. Er habe wohl 50 Stück besessen; diese aber später vernichtet.

Zu seinen Fahrten auf den Berliner Lokalbahnen besaß er Abonnementskarten. Von dem Diebstahl, den er am 14. Dezember im Berlin-Halleschen D-Zuge — Entwendung der Juwelen im Werte von 20 000 Mark — begangen hat, will er keine Ahnung, keine dunkle Erinnerung haben. Seiner Erinnerung nach sei ihm das Paket — wie bereits berichtet — von einem Manne aus dem D-Zuge zugeworfen worden.

Vorsitzender: „Sind Sie selbst vielleicht der Mann gewesen, der das Paket aus dem Fenster des Zuges hinaus geworfen hat." Angeklagter: „Ja, Herr Vorsitzender, das ist auch möglich." Eines Tages wurde der Angeklagte im Café Bauer in Berlin dabei betroffen, wie er sich sämtliche Pfandleihgeschäfte aus dem Adreßbuch in Magdeburg abschrieb. Er will davon nichts mehr wissen, gibt aber zu, daß er in Magdeburg Wertsachen versetzt hat. Der Angeklagte redet sehr viel und fließend; bei den springenden Punkten verläßt ihn aber merkwürdigerweise das Gedächtnis. Zuweilen spricht der Angeklagte sehr energisch und meint, wie komme man dazu, ihm alles Mögliche zur Last zu legen. Mit demselben Recht könnte man ihn sämtliche in Berlin begangenen Raubmorde zur Last legen, ohne daß er einen Menschen kalt gemacht habe. — Die Verhandlung dauert bei Schluß der Redaktion fort und wird zwei Tage in Anspruch nehmen.

---

* **Der Lichtbildervortrag,** der gestern abend für die Arbeiterjugend im Volkspark veranstaltet war, hatte unter verschiedenen Störungen zu leiden. Der Redner des Weißenfelser Jugendausschusses, der den Apparat für seine Veranstaltungen angeschafft hat, traf verspätet ein und dann stellten sich bei der Montage noch einige Schwierigkeiten heraus, was zusammen zu einer erheblichen Verzögerung des Vortrages führte. Die Jugend, über 200 an der Zahl, trug das aber mit viel Geduld und gutem Humor. Und der Vortrag selbst: Eine Wanderung durch den Harz, fand dann trotz der großen Verspätung sehr aufmerksame Hörer und die vorgeführten Bilder gefielen allgemein recht gut. Ein zweiter Vortrag, der dann sicher pünktlich beginnen kann, wird hoffentlich noch stärkeren Besuch und vermehrten Anklang finden.

Es wurde noch mitgeteilt, daß am 12. Februar eine große öffentliche Jugend-Versammlung stattfindet, in der vom Pfingstjugendtag her noch bekannte Jugendsekretär Max Peters-Berlin sprechen wird.

* **Die Aufnahme der schulpflichtigen Kinder** bei den städtischen Mittel- und evangelischen Volksschulen findet Montag, den 3. Februar d. J., nachmittags von 2—5 Uhr statt.

Die allgemeinen Bedingungen und Vorschriften für die Schulaufnahme brachten wir bereits am Montag. Heute seien noch einige Mitteilungen über die Mittelschulen nachgetragen. Mittelschulen sind die Luisenschule, Mädchen-Mittelschule in der Gr. Steinstraße, die Klosterschule, Knaben-Mittelschule in der Klosterstraße, die Mittelindschule, Mittelschule für Knaben und Mädchen in der Friedenstraße, die Martinschule, Knaben-Mittelschule in der Charlottenstraße, die Torschule, Mittelschule für Knaben und Mädchen in der Torstraße.

Die Bezirke der Luisenschule in der Gr. Steinstraße und der Klosterschule werden im Norden begrenzt von der Lafontaine-, Händel-, Hohenzollernstraße, Paulusstriche. Die Kinder aus diesen Straßen und dem nördlich davon gelegenen Stadtteile gehören zum Bezirke der Mittelindschule. Die südlich dieser Grenzstraßen bis Mansfelder-, Talamt-, Rathaus-, Hagen- und Krausenstraße belegenen Stadtteile gehören zur Klosterschule, und zwar ausschließlich dieser Straßen. Die Mansfelder Straße, die Talamt-, Rathaus-, Hagen- und Krausenstraße, sowie die südlich der Talamt-, Rathaus-, Hagen- und Krausenstraße belegenen Stadtteile bis einschließlich der Herrenstraße, des Moritzzwingers, der Neuen Promenade, Schlippe, Linden-, Thomasiusstraße, Pfännerhöhe, Raffineriestraße gehören zu dem Bezirk der Martinschule. Die südlich des zuletzt genannten Straßenzuges gelegenen Stadtteile bilden den Bezirk der Torschule. Der Bezirk der Luisenschule reicht im Süden bis einschließlich Mansfelder- und Herrenstraße, Moritzzwinger, Neue Promenade, Königstraße und dem in der Verlängerung der letzteren liegenden Teile der Raffineriestraße. Die südlich des letztgenannten Straßenzuges gelegenen Stadtteile bilden den Bezirk der Torschule.

Diejenigen Schüler und Schülerinnen, die Ostern 1913 von der Volksschule nach der Mittelschule umgeschult werden sollen, sind gleichfalls am 3. Februar d. J. dem betreffenden Mittelschulrektor anzugeben.

* **Halle a. S.** Herr Professor Dr. Otto Bremer schreibt als Vorsitzender der Ortsgruppe des deutschen Sprachvereins den Zeitungen: Unsere Stadt heißt amtlich Halle (Saale), aber nicht Halle a. S., wie zumeist geschrieben wird. Daß Halle a. S., d. i. Halle an Saale, eine falsche Abkürzung — gemeint ist Halle a. d. S. — und eine gedankenlose Nachbildung von Frankfurt a. M. ist, liegt auf der Hand. Also bitte „Halle (Saale)", soweit ein Anlaß vorliegt, die amtliche Form zu gebrauchen. Sonst genügt durchaus der einfache Name „Halle". — Sehr richtig!

* **Freifahrt für Kinder auf der Straßenbahn.** In dem dieser Tage endlich von der Verwaltung veröffentlichten Nachtrag zum Fahrgeldtarif der städtischen Straßenbahn heißt es: Kinder unter vier Jahren in Begleitung von zahlenden Fahrgästen werden frei befördert, wenn für sie kein besonderer, für zahlende Fahrgäste benötigter Platz in Anspruch genommen wird. Der Beschluß, den die Stadtverordneten vor einigen Wochen faßten, ist damit in Wirksamkeit getreten.

* **Aerztliche Elternsprechstunde zur Berufswahl.** Die Eltern der Ostern zur Schulentlassung kommenden Volksschüler und -Schülerinnen seien darauf hingewiesen, daß gesundheitliche Ratschläge zu der bevorstehenden Berufswahl durch den Stadtschularzt Dr. Peters schon jetzt erteilt werden. Desgleichen werden gesundheitliche Ratschläge betr. etwaiger Schädigungen von Schulkindern durch gewerbliche Beschäftigungen erteilt.

Auch Kinder, welche Ostern 1912 schulpflichtig werden, aber aus Gesundheitsrücksichten noch für ein Jahr zurückgestellt werden sollen, können jetzt dem Stadtschularzt zur ärztlichen Untersuchung vorgeführt werden, ebenso Schulkinder mit schlechten Schulleistungen, bei denen als Ursache der schlechten Schulleistungen ein körperliches Leiden vermutet wird. Die Sprechstunden des Stadtschularztes finden im Stadthause, Schmeerstraße 1, und zwar: Montags und Donnerstags von 8 bis 9 Uhr vormittags, Dienstags und Freitags von 3 bis 4 Uhr nachmittags statt. Schulkinder müssen stets

Vor dem Umzug!

haben wir noch zu **„extra billigen Preisen"** abzugeben: 5899

Kostüme in blauen u. engl. Stoffen (viel Frühjahrs-Neuheiten dabei), **Farbige Ulster-Mäntel** und **Schwarze Frauen-Paletots, Samt-Mäntel** und **Jacketts, Kleider** für jeden Zweck — auch **Ballkleider! Blusen** praktische u. elegante Sachen in allen Stoffarten; **Röcke** praktische Strassenröcke, gute blaue u. bessere schwarze Röcke - etc.

Konfirmanden-
Kostüme, Kleider, Paletots,
Blusen und **Röcke**
besonders preiswert!

Loewendahls.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130131-19/fragment/page=0006

den Gesundheitsbogen aus der Schule mitbringen. Die Beratungen sind unentgeltlich.

* **Achtung, blaue Bohnen!** Nach einer behördlichen Bekanntmachung wird in der Zeit vom 10. bis 15. Februar von dem 1. Bataillon des Füsilier-Regiments Nr. 86 in dem Gelände nördlich der Grube Glückauf südlich Bergholz, Kütten und Sandberg, westlich Oppin, ein gefechtsmäßiges Schießen mit scharfen Patronen in der Schußrichtung auf das Bergholz abgehalten. Das gefährdete Gelände wird von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags durch militärische Posten, deren Weisungen unbedingt Folge zu leisten ist, abgesperrt.

* **Leuchtender Meteor.** Den nächtlichen Straßenpassanten hat sich in letzter Nacht ein gewichtiges Schauspiel dargeboten. Nachts gegen 4 Uhr 37 Min. durchzog den südlichen Himmel von Westen nach Osten ein Meteor in einem Winkel von etwa 45 Grad. Sein Durchmesser erschien ungefähr halb so groß wie der des Mondes; er verbreitete mit seinem langen Schweif trotz der mondhellen Nacht ein außergewöhnlich helles, hellblaues Licht.

* **Die Eisbahn Ziegelwiese ist seit zwei Tagen wieder in vollem Betrieb.** Der Frost der letzten beiden Tage hat die Eisdecke ganz erheblich verstärkt. — Heute nachmittag ist großes Konzert.

* **Diebstahl.** Von einem Wächter der Wach- und Schließgesellschaft wurde in der vergangenen Nacht die Ladentür einer Südfruchthandlung auf dem Alten Markt offenstehend vorgefunden. Ob Waren entwendet sind, konnte mit Bestimmtheit nicht festgestellt werden. Es sollen aber in der Ladenkasse 7 bis 8 Mk. Wechselgeld fehlen.

* **Portemonnaie gefunden.** Am 25. November 1912 ist auf dem Schulhof in Klitzschmar ein Portemonnaie mit 8,95 Mark gefunden worden. Verliererin soll eine Handelsfrau von hier sein. Sie wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Polizeiverwaltungsgebäude, Zimmer 37, zu melden.

* **Von der Straße.** In der Delitzscher Straße stieß ein Lastgeschirr mit einer Pferdedroschke zusammen, wobei an letzterer das Verdeck leicht beschädigt wurde. — Von einem Kraftwagen wurde in der Poststraße ein Hund überfahren und getötet. — In der Gr. Steinstraße wurde ein Handwagen von einem Lastgeschirr stark beschädigt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

* **Das 5. Sinfonie-Konzert des Stadttheater-Orchesters** am Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 Uhr, in den Thaliasälen, ist dem Andenken Richard Wagners gewidmet, dessen 30. Todestag in den Monat Februar fällt. Die Leitung eines der Konzerte hat in jedem Jahre ein berühmter Gast-Dirigent übernommen. Auf Nikisch, Richard Strauß, Mottl, Siegfried Wagner und Weingartner folgt diesmal der Dessauer General-Musikdirektor Franz Mikorey, der hier von den Meistersinger-Festspielen her noch in bester Erinnerung steht. Das Programm besteht in der Hauptsache aus den Vorspielen zu sämtlichen Wagnerschen Werken und bringt außerdem noch den Liebestod aus Tristan und Isolde und unter solistischer Mitwirkung des Großherzogl. Sächs. Kammersängers Franz Schwarz Wotans Abschied und Feuerzauber aus der Walküre und den Wahnmonolog aus den Meistersingern. Kartenvorverkauf zu gewöhnlichen Preisen in der Hofmusikalienhandlung Reinhold Koch.

***Stadttheater.** Heute abend 8¼ Uhr einmalige Abendaufführung des Mysteriums Jedermann in der gleichen Besetzung wie in der Matinee am vergangenen Sonntag. Freitag Gastspiel des Komikers Ernst Gerlach als Jasomirgott in Der liebe Augustin. Sonnabend Abschiedsgastspiel des Hofopernsängers Hans Bergmann Don Juan. — Carl William Büller, der in diesen Tagen in verschiedenen Nachbarstädten Gastspiele absolvierte, tritt am Sonntag nachmittag in seiner Glanzrolle als Babberly in Charleys Tante auf. Beginn der Vorstellung 4 Uhr bei ermäßigten Preisen. Abends 8 Uhr Die Fledermaus.

* **Im Apollo-Theater** geht am 1. Februar Kismet — zu deutsch Schicksal — erstmalig in Szene. Das Schicksal eines armen Bettlers in Bagdad ist es, das durch Tiefen und über Höhen geführt wird von der ewigen Macht des Goldes. Es ist ein Märchen, in einem Traum gesehen, aus dem der Bettler auf demselben Steine aufwacht, auf dem er im Vorspiel eingeschlafen ist. In Neuyork, London und Paris wurde dieses Märchen pathetisch und opernhaft gegeben, während die deutsche Aufführung, dem deutschen Empfinden entsprechend, das Hauptgewicht auf die Verinnerlichung der Gestalten legt. Dazu passen auch die in Farbenpracht und Phantastik stilvollen Dekorationen und Kostüme, die ein Bild des Orients geben, wie es der letzten in Deutschland gesehenen orientalischen Ausstellung entspricht. Das Traumspiel wird in der Inszenierung und Darstellung des Theaters am Nollendorfplatz in Berlin bezw. des Münchner Künstler-Theaters, wo es im vergangenen Sommer seine Uraufführung in deutscher Sprache erlebte, vorgeführt. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Die Damen: Ellen Richter, Ilse von Tasso-Land, und die Herren: Lind, Runkel, Walther, Wahrmann, Sarto und der Zwergschauspieler Ulpis. Ferner noch über 100 Darstellende und im Chor Mitwirkende. Die vorkommenden Tänze sind nach japanischen und siamesischen Originaltänzen von Mlle. Tortola Valencia einstudiert; sie werden von acht englischen Girls getanzt. Die Musik stammt von dem Komponisten Gustav M. Mraczek, dessen Oper: Der Traum im vergangenen Jahre in Berlin großen Erfolg hatte.

* **Selbstmord.** Der Arbeiter Ihlo aus Bruckdorf, der kürzlich wegen Sittlichkeitsvergehens, das er an seinen Kindern begangen haben soll, verhaftet wurde, hat sich in der Sonnabendnacht im Untersuchungsgefängnis erhängt.

* **Kinderelend.** Ein seinen Eltern in Diemitz entlaufener 13jähriger Schulknabe wurde in der vergangenen Nacht im Wartesaal des hiesigen Personenbahnhofes aufgegriffen.

* **Unfall bei der Arbeit.** In einer hiesigen Wagenfabrik wurde heute vormittag dem Lehrling Hoffmann beim Fräsen ein Glied des rechten Zeigefingers abgerissen. Der Verunglückte wurde zum Arzt gebracht.

* **Schwerer Straßenunfall.** Heute morgen gegen 10 Uhr fiel der an Krämpfen leidende Arbeiter Schumann in der Torstraße an der Ecke der Röpzigerstraße von dem Perron eines Wagens der Stadtbahn herunter. Er erlitt bei dem schweren Fall anscheinend außer Hautabschürfungen im Gesicht einen Bruch des linken Armes.

Nietleben. Jung-Deutschland in der Welt voran. Wer wagt das zu bestreiten? Am Kaisers Geburtstag, vormittags ½10 Uhr, kam die Kröllwitzer Straße herauf die erste Knabenklasse mit Trommeln und Pfeifen heranmarschiert. Fast alle in die bekannte Burenuniform eingekleidet. Man sieht, die Eltern lassen sich's was kosten, wenn es gilt, den Patriotismus zur Schau zu tragen. Wenn es nur die Söhne unserer wohlhabenden Klassen wären, bei denen die gefüllten Fleischtöpfe und Kompottschüsseln alltäglich auf dem Tische stehen, dann würde man sich darüber nicht wundern. Aber leider sind es durchweg Arbeiterkinder. Kinder, deren Väter jeden Pfennig sauer verdienen müssen. Sieht man sich nur einmal die Kinder an, so erkennt man sofort Kinder organisierter Arbeiter, die schon jahrelang organisiert sind. Arbeiter, die schon oft an Streiks und Aussperrungen beteiligt waren, die sich auf der Baustelle, auf der Straße und in den Fabriken als radikale Klassenkämpfer hinstellen. Wir sind nicht boshaft genug, die Betreffenden namhaft zu machen. Aber, wer noch einen kleinen Rest von Selbstachtung besitzt, der wird es niemand sagen, daß er in Nietleben wohnt. Bei der Reichstagswahl haben in unserem Orte zwei Drittel aller Wähler rot gewählt. Bei den Gemeinderatswahlen schicken die Arbeiter ihre Vertreter ins Gemeindeparlament, und in den Schulen werden die Arbeiterkinder zum Hurrapatriotismus erzogen. Schon im zarten Kindesalter wird den Knaben der Keim des Kadavergehorsams in die Seele gelegt, damit sie späterhin, wie das bei unserer bewährten Wirtschaftspolitik nicht anders zu erwarten ist, bei vorkommenden Streik- oder gar Hungerrevolten auf Vater und Mutter schießen. Arbeiter, dorthin steuert der Kurs, sagt das euren Kindern. Kein Mensch kann gezwungen werden, seine Kinder an den Jungdeutschland-Uebungen teilnehmen zu lassen. Also haltet sie fern!

Unterpeißen. Gefährliche Behandlung eines Schulknabens. Am 6. September v. J. hatte der zehnjährige Schulknabe Franz Mähne nach dem Zwiebelziehen auf dem Feld mit der Tochter des Bergmanns Blei Hasche gespielt und das Mädchen mit einer Zwiebel geworfen. Als der Vater Blei herbeikam, dachte er wunder was mit seiner weinenden Tochter geschehen sei und gab dem Jungen eine derbe Ohrfeige. Dann soll er den Jungen mit dem Fuß in den Rücken getreten, ihn hochgehoben und niederfallen gelassen haben. Als der Junge dann nach Hause gehen wollte, brach er unterwegs zusammen, so daß ihn seine Mutter schließlich nach Hause tragen mußte. Der Knabe blieb mehrere Tage der Schule fern, wurde aber bald wieder gesund und hat glücklicherweise keine nachteiligen Folgen erlitten. Blei kam wegen der Mißhandlung vor das Schöffengericht Könnern, das sich für unzuständig erklärte, da Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdeten Behandlung vorliege. Der Fall wurde der Halleschen Strafkammer überwiesen. Dort erklärte B., er habe den Jungen nicht gefährlich behandelt; er sei aber auf ihn ärgerlich gewesen, da er seine Tochter öfter beschimpft und geschlagen habe. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 60 Mk. Das Gericht erkannte aber auf eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen, da die Behandlung des Knaben doch hätte sehr gefährliche Folgen haben können.

Soziales.

Ein neuer „Sieg" der Aerzte.

Die Reichsversicherungsordnung hat in größerem Umfange die Beamten der Reichspost und Telegraphenverwaltung der Krankenversicherung unterstellt und es sind daher die Postbetriebs-Krankenkassen neu organisiert worden. Seit Wochen schwebten Verhandlungen zwischen Vertretern des Reichspostamtes und des deutschen Aerztevereinsbundes über die eine immer größere Bedeutung erlangende Frage der Aerztehonorare. Es ging bereits einmal eine Mitteilung durch die Zeitungen, nach welcher die Verhandlungen gescheitert seien. Das ist aber offenbar nur ein „Bluff" gewesen. Die Verhandlungen haben vielmehr den Abschluß eines Vertrages gezeitigt, der soeben die beiderseitige Unterschrift fand.

Die wichtigsten Bestimmungen des Vertrages bestehen in der Einführung der freien Aerztewahl. Mit den einzelnen zugelassenen Aerzten wird jedoch ein Dienstvertrag abgeschlossen. Die Kassenmitglieder sind in zwei Gruppen eingeteilt: Gruppe I enthält alle Mitglieder bis 2000 Mk., Gruppe II alle mit mehr als 2000 Mk. Jahreseinkommen. Die kassenärztliche Behandlung erstreckt sich nur auf die Mitglieder der Gruppe I und deren Familienangehörige. Die Honorare werden nach Einzelleistungen auf Grund der Mindestsätze der staatlichen ärztlichen Gebührenordnung berechnet. In den Städten der Ortsklasse A und B kommt ein Zuschlag dazu; bei Besuchen außerhalb des Wohnortes des Arztes kommt allgemein Wege- und Zeitversäumnisgebühr dazu. Für die Behandlung der Mitglieder in Gruppe II und deren Angehörige stellt der Arzt den Mitgliedern die Rechnung selbst zu, ohne an die Mindestsätze der Taxe gebunden zu sein. Die Kasse ist verpflichtet, jedem Mitglied einen Ausweis dem Arzte gegenüber auszuhändigen, aus dem hervorgeht, ob das jährliche Gesamtdiensteinkommen über 2000 Mk. beträgt. Der Vertrag sieht noch Prüfungsstellen für die Arztrechnungen, paritätische Einigungsausschüsse und ein Schiedsgericht vor.

Damit sind so alle Wünsche, welche die Aerzte jemals den Krankenkassen gegenüber gehabt haben, erfüllt worden. Bemerkenswert ist besonders die nunmehr erstmalig bei Krankenkassen eingeführte Teilung der Mitglieder in solche mit niederen und höheren Einkommen und die hierauf gegründete Verschiedenartigkeit der Honorarberechnung. Es steht außer Zweifel, daß die Aerzte versuchen werden, die erzielten Einrichtungen bei allen übrigen Krankenkassen durchzuführen und daß sie die Forderungen in dem von den Aerzten längst vorbereiteten Kampf gegen die Krankenkassen bilden werden. Der bei dem großen Entgegenkommen der Behörden den Aerzten gegenüber von diesen errungene „Sieg" ist also von größter Bedeutung für alle Krankenkassen.

Die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung

sind bekanntlich von den Unternehmern zu entrichten, die ihrerseits das Recht haben, die den Versicherten auferlegten Beitragsanteile diesen vom Lohne abzuziehen. Ueber diese Lohnkürzungen entsteht nicht selten Streit zwischen den Unternehmern und Arbeitern. Soweit das Gebiet der Krankenversicherung in Frage kommt, ist in § 4 Abs. 1 Ziff 5 des Gewerbegerichtsgesetzes vorgesehen, daß die Gewerbegerichte über die Berechnung und Anrechnung der von den Arbeitern zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge und Eintrittsgelder zu entscheiden haben. Für das Gebiet der Invalidenversicherung bestimmte § 140 des Invalidenversicherungsgesetzes, daß Streitfälle auf Antrag von der unteren Verwaltungsbehörde endgültig entschieden werden.

Die Reichsversicherungsordnung hat hierin eine einschneidende Veränderung gebracht. Für die Krankenversicherung bestimmt § 405 und für die Invalidenversicherung § 1427, daß entstehender Streit zwischen dem Arbeitgeber und seinen Beschäftigten über die Berechnung und Anrechnung ihrer Beitragsanteile vom Versicherungsamt (Beschlußausschuß) endgültig entschieden wird. Diese Neuerung wird für die Krankenversicherung mit 1. Januar 1914 in Kraft treten, für die Invalidenversicherung ist sie schon seit 1. Januar 1912 in Wirksamkeit.

Diese Veränderung wird die Tätigkeit der Gewerbegerichte etwas, aber nicht erheblich, einschränken. Dafür bringt sie eine Einheitlichkeit in die Regelung der fraglichen Streitigkeiten. Nicht selten mußte seither in ein und demselben Fall sowohl das Gewerbegericht als auch die untere Verwaltungsbehörde angerufen werden, denn die Beiträge werden doch in der Regel für beide Versicherungen gemeinsam abgezogen. Ein weiterer Vorteil ist, daß nunmehr bei der Entscheidung aller Streitigkeiten vor dem Versicherungsamt ein Vertreter der Versicherten mitwirkt. Das war seither nur der Fall, wenn zufällig das Gewerbegericht zuständig war.

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur
ist das Werben neuer Leser
für das Volksblatt!

Eine reizende Neuheit, welche die Kinder spielend Geschicklichkeit erlangen läßt und gleichzeitig Anregung verschafft, erhält auf Wunsch jeder Leser dieser Zeilen kostenfrei von Nestle's Kindermehl G. m. b. H., Berlin W. 57. Es ist dies eine Ausschneidepuppe mit drei verschiedenen allerliebsten Gewändern, womit die Kinder sehr gern und lange spielen. Auf Wunsch wird auch eine Probedose des berühmten Kindermehls umsonst beigefügt. *2067

Billiger Verkauf!
Um jedermann Gelegenheit zu bieten, sich billige Hosen zu beschaffen, offeriere 5879
über 2000 Stoffhosen.

Serie I	Serie II	Serie III
Männerhose in dunklen Mustern glatt u. gestreift Stück jetzt nur **1.45** Mk.	Männerhose in den feinsten u. vornehmsten Modemustern Stück jetzt nur **1.85** Mk.	Männerhose in den neuesten Großstadtmustern Stück jetzt nur **2.45** Mk.

Bitte: der Ueberzeugung halber, die Auslagen meiner Schaufenster zu besichtigen.
Trotz der Ausnahmepreise noch 5% Rabatt.
Ernst Renner
Nur 14 Marktplatz 14.

Seefische billiger!
Heute, Donnerstag sowie Freitag und Sonnabend
täglich
Riesenzufuhr zirka

5000 Pfund
Kabliau ohne Kopf . . . Pfund nur **19** Pf.
Bratschellfisch . . . . Pfund **22** Pf.
Schellfisch ohne Kopf . . . . Pfund **35** Pf.
Angelschellfisch . . . . . Pfund **35** u. **25** Pf.
Karbonaden, bratfertig . . . . . Pfund **28** Pf.
Grüne Heringe Pfund **15** Pf.
Die Ware kommt direkt vom Fischereihafen in hervorragender Qualität. — Ferner: *2079
Echte Kieler Sprotten ca. 2 Pfd.-Kiste nur **80** Pf.
Kieler Fisch-Börse,
An der Moritzkirche 5, Steinweg 17,
sowie Sonnabend früh auf dem Hallmarkt.
Telephon 3617.

Pflaumen-Mus
in neuen guten Gefäßen

br. ca. 10 Pfd.	Emaille-Eimer . .	M.	2.—
„ „ 10 „	Emaille-Kochtopf .	„	2.20
„ „ 10 „	Emaille-Ringtopf .	„	2.30
„ „ 10 „	Em.-Kaffeekanne .	„	2.30
„ „ 10 „	Em.-Essenträger .	„	2.30
„ „ 28 „	Emaille-Eimer	„	4.85
„ „ 28 „	Emaille-Wanne . .	„	5.80
„ „ 56 „	Emaille-Wanne . .	„	10.25
„ „ 34 „	Em.-Küchenschüss.	„	6.75
„ „ 19 „	Em.-Schmortopf .	„	4.50
„ „ 34 „	Em.-Schmortopf .	„	6.75

Wirklich guter Kunsthonig

br. ca. 10 Pfd.	Emaille-Eimer . .	M.	2.50
„ „ 10 „	Emaille-Kochtopf .	„	2.70
„ „ 10 „	Emaille-Ringtopf .	„	2.80
„ „ 10 „	Em.-Kaffeekanne .	„	2.80
„ „ 34 „	Emaille-Eimer . .	„	7.80
netto 50 „	Holzkübel	„	12.25

Versand ab Magdeburg unfr. geg. Nachnahme.
E. Henkelmann, Magdeburg 85.
*1962

Standesamtliche Nachrichten

Halle-Süd (Steinweg 2), 29. Januar

Aufgeboten: Stallschweizer Müller und Klara Henneberg (Eismannsdorf u. Domstr. 1). Handelslehrer Strech u. Klara Steinmeß (Halle a. S. u. Berlin-Friedenau).

Geboren: Gastwirt Wolf S. (Martinstr. 9). Friseur Modes T. (Alt. Markt 13). Kaufm. Richter aus Hettstedt T. (Klinik). Bergarbeiter Hempel aus Holzweißig T. (Klinik). Steinsetzer Zimmermann T. (Gr. Klausstr. 13). Maurer Brescher T. (Unterplan 9). Fenster-Reiniger Bauwerker S. (Jakobstr. 27). Klempner Bräuniger T. (Alter Markt 5).

Gestorben: Obersteuerinspektor a. D. Gothe, 73 Jahre (Beesenerstraße 15d). Witwe Engling geb. Bahling, 69 J. (Freimfelderstr. 20). Hausmanns Wrobel aus Büschdorf S., 11 J. (Klinik). Restaurateurs Ganz Ehefrau geb. Schulz gen. Schön, 43 J. (Fleischerstr. 25). Geschiedene Amalie Engel geb. Köhler, 55 J. (Schmiedstraße 31). Arbeiters Kuzia Ehefrau Anna gebor. Regener aus Förderstedt, 48 J. (Klinik). Pastor Reinert aus Klostermansfeld, 55 Jahre (Krukenbergstraße 27). Arbeiter Wildmann aus Diemitz, 53 Jahre. Privatmanns Heise Ehefrau Karoline geb. Kästner, 70 J. (Hackebornstraße 3).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a) 29. Januar.

Geboren: Photographen Leiter T. (Bernburgerstraße 28).

Gestorben: Witwe Grübler, geb. Große, 57 J. (Lessingstr. 6). Marie Grübler, 22 J. (Lessingstraße 6). Witwe Steuck geborne Müller, 70 J. (Humboldtstr. 12).

Ernst Haeckel
Volksausgabe. Preis 1 Mk.
empfiehlt
Volksbuchhandlung Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130131-19/fragment/page=0007

Rossfleisch.
Diese Woche wieder ff.
Alles übrige wie bekannt nur delikat bei
A. Thurm,
Beilstrasse 10. 2513

Ring-Aepfel
jährig, Pfund 25 Pfennig, empfiehlt: 5891
F. H. Weber,
Gr. Steinstr. 46, neb. Walhalla.

Unter Kunden, Komödianten und wilden Tieren.
Lebens-Erinnerungen von Robert Thomas.
Preis 1.00 Mk., Porto 30 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung
Halle a. S., Harz 42/43.

Arbeitsmarkt

Offene Stellen aller Berufe enthält stets die Zeitung: Deutsche Bakanzen-Post, Eßlingen 156. *1903.

Knechte, Tagelöhner, Großknechte und Kutscherfamilien 1./4. ges. **Richard Kenner,** gewerbsmäßiger Stellenvermittler, Kl. Ulrichstraße 3. Obige Leute können sof. zu mir kommen, um angenommen z. werd. [*2051

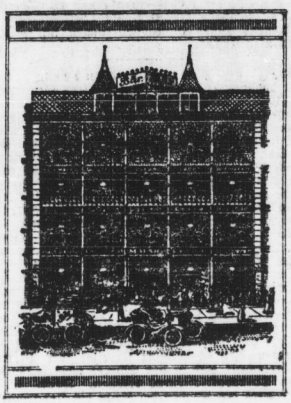
Tüchtige Hausierer
für einen hochfeinen gart. reinen
Bienenhonig
gesucht. Gefällige Offerten unter **V. H. 213** an die Expedition dies. Blattes erbeten. *2049

Hoher Verdienst *2065
für Jedermann allerorts durch **Haar-Aufkauf.** Näheres durch **Lüscher, Berlin** N., Oranienstr. 39.

Schlosserlehrstellen weist nach d. Arbeitsnachweis der Schlosser-Innung, Königstraße 5. *2077

BÄR's 95 Pfg.-Woche!

Beweise unserer **Leistungsfähigkeit.**



Wir bieten **Vorteile.**

5895

Beginn: Sonnabend den 1. Februar.

Die **Prostitution** weiblich. Bühnenmitglieder. Paschawirtschaft an deutschen Hoftheatern.
Preis 50 Pf. Porto 10 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Harz 42/43.

Kaufe nur Sonnabend, den 1. Februar, von 12–6 Uhr, ganze und zerbrochene
Künstl. Gebisse
im Hotel Stadt Berlin, Leipzigerstraße 45, Zimmer 5, 1. Etg. Frau Willig aus Bremen.
NB Zahle pro Zahn bis 1 Mark. *2066

Goldsachen
werden billigst repariert von
R. Voss, Gelbstr. 46.
Eigene Goldschmiede - Werkstätte. Elektr. Betrieb. Vergolden u. Vernik. Kaufe altes Gold u. nehme in Zahlg.

Pflaumen-Mus
gar. rein, mit Raffinade, à ℔ 25 4, 5890 empfiehlt:
F. H. Weber, neben Walhalla

Masken hat zu verleih. 5901 Frau Semmler, Große Gosenstr. 13, II.

Freitag: 2514 **Schlachtefest.** R. Fromme, Liebenauerstraße 5.

Freitag 2518 **Schlachtefest.** Fr. Peters, Blumenthalstraße 27.

Merseburg.
*779 Heute Freitag
Schlachtefest
bei Rich. Tepper, Neumarkt 45.

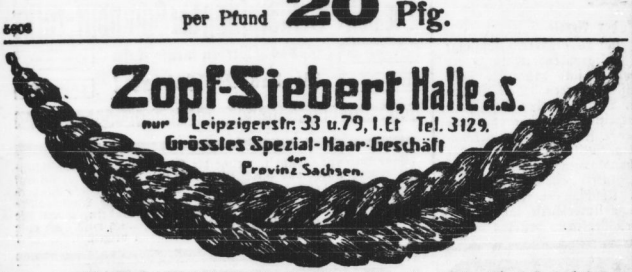
Allgemeiner Konsum-Verein
für Halle a. S. und Umgegend.

Wir empfehlen:

Kopflosen Kabliau,

per Pfund **20** Pfg.

5908



Serie 1	Nr. 1	2	3	4	5
schwer zirka	40	60	70	75	90
lang zirka	60	65	70	75	80
Preis M.	3.50	5.50	9	10	14

Serie 2	Nr. 1	2	3
schwer zirka	60	60	65
lang zirka	70	75	75
Preis M.	6	7	8

Serie 3	Nr. 1	2	3	4
schwer zirka	50	60	60	75
lang zirka	60	65	70	75
Preis M.	2	2.60	4	5

Bitte die hochverehrten Damen von diesem Angebot recht ausgiebigen Gebrauch zu machen.
Trotz den spottbilligen Preisen noch 10 % Rabatt. 5887
Beachten Sie meine Schaufenster!

Konsum-Verein, Ammendorf
(eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).

Wir empfehlen:

Kopflosen Kabliau

*2080 à Pfund **20** Pfg.

Bester kerniger Schmer Pfund nur **78** Pf.

Ia. Fetter Speck extra stark Pfund nur **98** Pf.

Delikater Schinkenspeck Pfund nur **118** Pf.

Gekochter Schinken hochfein in Dosen, Pfund **128** Pf. 1/4 Pfund nur **40** Pf.

Freitag — Sonnabend
Ia. Cassler Rippespeer Pfd. nur **98** Pf.
Diese Woche besonders zarte Stücke ::: von nur jungen Schweinen. :::

Hochfeine **Cervelat u. Salami** Pfund nur **128** Pf.

Hochfeine **Braunschw. Mettwurst** Pfd. nur **118** Pf.

F. H. Krause

5896 **16 Filialen.**

Die letzten 58 Stück
Getragene Ulster und Paletots
jetzt nur

Serie I	II	III
Mk. 1.50	3.50	6.50 usw.

11 Leipzigerstrasse 11.
5897

Vom *2078
Abbruch!
Lagerplatz: Thomaskirchstr. 4
wegen Räumung des Platzes billig zu verkaufen: 30 zweifl. Türen, 100 gr. Fenster, Oberlichte, 200 Treppenstufen, Sandkrippen, große Kochmaschine, Öfen, Handgriffe, Säulen, Ziegel, 10000 gr. Mauersteine, Gartenhäuschen, Bauholz, Brennholz und vieles mehr.
G. Lindner.

Parteischriften empf. Volksbuchhandl.

Das sozialdemokratische Programm.
Eine gemeinverständliche Erläuterung seiner Grundsätze.
Von Robert Danneberg.
Preis 40 Pfg. Preis 40 Pfg.
Volksbuchhandlung, Harz 42/43

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen sagen wir allen, die seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, herzlichen Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Dietz für die trostreichen Worte am Grabe. *2070
Lettin, d. 30. Januar 1913.
Familie Ludwig Arndt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130131-19/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 26 Halle a. S., Freitag den 31. Januar 1913 24. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

100. Sitzung. Mittwoch, den 29. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Lisco.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Polen über die

Enteignung polnischer Gutsbesitzer.

Die Interpellation lautet: Die preußische Staatsregierung hat die Enteignung polnischer Gutsbesitzer für die Zwecke der Ansiedelungskommission in Angriff genommen. Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um dieser mit dem Geist der Reichsverfassung und mit der Reichsgesetzgebung unvereinbaren, in politischer wie sozialer Beziehung die Bevölkerung aufs tiefste erregenden Maßnahme entgegenzutreten?

Auf die Frage des Präsidenten, ob und wann die Interpellation beantwortet werde, erwidert

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco im Namen des Reichskanzlers: Die Interpellation betrifft die Handhabung des preußischen Gesetzes vom 20. März 1908 über die Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen, das dem Staate das Recht verleiht, für die Ansiedelungskommission Grundstücke zu enteignen. Den gleichen Gegenstand betraf schon die Interpellation der Polen im Januar 1908 vor Erlaß dieses Gesetzes. Damals erklärte mein Amtsvorgänger: Die Reichsverfassung enthält keine Bestimmung, die dem gesetzgeberischen Vorgehen eines Bundesstaates, das die Enteignung von Grundstücken zum Gegenstand hat, entgegensteht. Auch das bürgerliche Gesetz enthält solche Bestimmungen nicht. Die Maßnahme, auf welche die Interpellation sich bezieht, gehört somit zur Zuständigkeit der Landesgesetzgebung, die dabei nach den Vorschriften und dem Geiste der Reichsverfassung einer Einwirkung der Organe des Reiches nicht unterliegt. Dieselben Erwägungen, die damals zur Ablehnung der Beantwortung jener Interpellation führten, gelten auch heute. Das preußische Gesetz vom 20. März 1908 steht mit der Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung in keiner Weise im Widerspruch. (Oho! bei den Polen.) Seine Ausübung und Handhabung ist lediglich eine innere Angelegenheit Preußens. (Hört! hört!) Die Interpellation betrifft mithin Maßnahmen, die außerhalb der Zuständigkeit des Reichstags liegen. (Chorufe bei den Polen und Sozialdemokraten.) Ich habe hiernach zu erklären, daß der Reichskanzler die Beantwortung der Interpellation ablehnt. (Bravo! rechts. Unruhe bei den Polen, im Zentrum und den Sozialdemokraten.)

Auf Antrag des Abg. v. Czarlinski (Pole) wird die Besprechung der Interpellation gegen die Stimmen der Rechten und Nationalliberalen beschlossen.

Staatssekretär Dr. Lisco verläßt den Saal.

Abg. Seyda (Pole): Vor fünf Jahren bereits begründete ich eine ähnliche Interpellation, als der Entwurf über die Enteignung polnischen Besitzes im Herrenhaus noch nicht verabschiedet war. Dieser Entwurf widersprach dem Geist und Wortlaut der Reichsverfassung und war geeignet, die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft, das Vertrauen in die Sicherheit des Eigentums, zu untergraben. Der Versuch des damaligen Reichskanzlers, die Behandlung der Frage hier zu verhindern, wurde von der überwiegenden Mehrheit als eine Flucht vor der Verantwortung schwerwiegender Regierungsmaßnahmen bezeichnet und als Mißachtung der Rechte des Reichstags. Auch heute wird die Mehrheit des Reichstags sich ihr Recht nicht nehmen lassen. Damals handelte es sich um einen Entwurf, heute um eine vollendete Tatsache. Es ist Tatsache geworden, daß aus politischen Gründen enteignet wird, um an die Stelle von Staatsbürgern, die der Regierung nicht genehm sind, andere ihr genehme zu setzen. Diese Tatsache ist eine Schmach des 20. Jahrhunderts. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.) Im Herrenhause erhielt Fürst Bülow damals nur mit Mühe eine Mehrheit, eine Mehrheit aus liberalen Bürgermeistern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und Polen.) Diese Mehrheit erhielt er nur durch die Zusicherung, das Gesetz solle als Drohung wirken und nicht angewendet werden. Noch im vorigen Frühjahr erklärte der Landwirtschaftsminister ähnliches. Jetzt sollen vier Güter enteignet werden. Das Gesetz läßt die Enteignung nur zu zur Abrundung bestehender deutscher Niederlassungen und nur bei Gütern, die in der letzten Zeit die Besitzer gewechselt haben. Frau Liskowska, die enteignet werden soll, hat das Gut in der Erbauseinandersetzung mit ihren Kindern erworben, ihr Ehemann besaß es acht Jahre. Kolban, der ebenfalls enteignet werden soll, hat sein Gut ehrlich erworben, um darauf zu wirtschaften. Er ist der Nachkomme eines Offiziers, der 1870 schwer verwundet und für seine Tapferkeit mit dem Eisernen Kreuz dekoriert worden ist. (Hört! hört! bei den Polen.) Beide Güter grenzen nicht an deutsche Ansiedelungen. Trotzdem erwiderte das preußische Ministerium auf die Beschwerde, für den Begriff der Abrundung sei nicht erforderlich, daß das zu erwerbende Gut unmittelbar an die abzurundenden deutschen Niederlassungen grenze, es genüge vielmehr eine Nachbarlage, die die Anknüpfung gegenseitigen Verkehrs und Handels ermögliche. So treibt das preußische Ministerium in seiner Interpretation mit der Logik und Juristerei in geradezu zynischer Weise Hohn. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen und Sozialdemokraten.) (Präsident Kaempf rügt diesen Ausdruck!) Jedes Vertrauen zu Gesetz und Recht und zu den Behörden muß bei solcher Interpretation verloren gehen. (Sehr richtig! bei den Polen.) Ein zweiter Punkt ist die volle Entschädigung. Als ob irgendeine Entschädigung möglich ist für die zwangsweise Vertreibung von Haus und Hof. (Sehr wahr! bei den Polen.) Kolban aber hat für sein Gut 850 000 M. gezahlt, die Taxe stellte für die Enteignung nur einen Wert von 530 000 M. fest, und der Präsident der Ansiedelungskommission will davon noch 100 000 M. heruntersetzen. (Zuruf bei den Polen: Das ist Konfiskation!) Als ich diese Tatsachen in einer Versammlung vorbrachte, rief man mir zu: Diebstahl! Raub auf offener Straße! So urteilt das Volk nicht mit unrecht. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.) Wir erachten das Gesetz vom 20. März 1908 für rechtsungültig. Reichsrecht geht vor Landesrecht, und das Gesetz widerspricht der Reichsverfassung. Die Anwendung dieses rechtsungültigen Gesetzes muß auf die ganze polnische Bevölkerung revolutionierend wirken, und das Ziel, die Dezimierung der Polen, wird sich nicht erreicht werden! (Sehr wahr! bei den Polen.) Wir werden den Antrag stellen: „Der Reichstag wolle beschließen, die Zulassung der Enteignung polnischer Gutsbesitzer für die Zwecke der Ansiedelungskommission durch den Reichskanzler entspricht nicht den Anschauungen des Reichstages." Zu dieser milden Form sind wir durch die Geschäftsordnung gezwungen. Stimmt der Reichstag unserem Antrag zu, so verurteilt er damit, wie sie es verdient, die Enteignungspolitik der Regierung auf das schärfste. (Lebhafter Beifall bei den Polen.)

Abg. Wendel (Soz.):

Sie sehen, die Regierung hat zu dieser Interpellation einen sehr bequemen Standpunkt eingenommen, sie will einfach nichts damit zu tun haben, räumt das Feld und verschwindet. Statt daß der Reichskanzler es für notwendig gehalten hätte, in dieser außerordentlich wichtigen politischen Angelegenheit persönlich hier zu erscheinen, schickt er uns lediglich ein Stück Papier und einen Staatssekretär (Heiterkeit) und läßt sich berufen auf alte Erklärungen, die dadurch nicht besser und richtiger werden, daß man sie hier wiederholt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Haltung des Kanzlers ist gewiß nicht geeignet, den deutschen Parlamentarismus in ein helleres Licht zu rücken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Vertreter der Regierung beruft sich auf eine Erklärung, die hier von der Regierung vor Jahren abgegeben worden ist. Aber die Interpellation Brandys, unterschrieben von 73 Mitgliedern dieses Hauses, ist neu, ist von gestern, und diese 73 Mitglieder stellen sich mit dieser neuen Interpellation auf den Standpunkt, daß die Anwendung des Enteignungsgesetzes eine Verletzung der Reichsverfassung darstellt. Selbst wenn die Regierung der Ansicht ist, daß die Polenpolitik und die Enteignung lediglich preußische Landessache sind und nicht hineingreifen in die Interessensphäre des Reichstages, so wäre es angesichts der neuen Interpellation doch ihre Pflicht gewesen, das wenigstens einigermaßen ausführlich zu begründen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Verfahren, das die Regierung beliebt, läßt eigentlich nur zwei Deutungen zu. Entweder ist der Regierung die Reichsverfassung und ihre Verletzung derart eine quantité negligeable, eine Nichtigkeit, daß sie glaubt, darauf gar nicht eingehen zu brauchen, oder die 73 Vertreter des deutschen Volkes sind ihr eine solche quantité negligeable, daß sie glaubt, sich über die Beantwortung hinwegsetzen zu können. Aber wenn man das Verhalten der Regierung auch vom politischen Standpunkt aus keineswegs billigen kann, vom menschlichen Standpunkt finde ich es außerordentlich begreiflich. Ein gutes Gewissen hat es nicht nötig, sich hinter dem Wandschirm der Formalien zu verstecken. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierung darauf rechnen könnte, hier mit ihrer Politik Erfolge einzubringen, hätte sie das auch sicher nicht getan. Aber wir befinden uns hier nicht im preußischen Landtag, wo die durch das Dreiklassenwahlrecht durchfiltrierten Abgeordneten in ihrer Mehrheit mit der Polenpolitik der Regierung durch dick und dünn gehen, sondern wir sind hier im Deutschen Reichstag, wo immerhin die Meinung der Massen draußen im Lande unverfälschter und kräftiger zum Ausdruck kommt als hinter den schallbämpfenden Türen der preußischen Landstube. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb ist es sehr erklärlich, daß die Regierung den besseren Teil der Tapferkeit, die Vorsicht, gewählt hat. Wenn wir Sozialdemokraten hier mit aller Entschiedenheit gegen die Enteignung von Grundbesitzern, die Gegenstand der Interpellation ist, auftreten, so geschieht das nicht ohne boshafte Schadenfreude darüber, daß die Weltgeschichte hier wieder einmal die Dinge auf den Kopf gestellt hat. Denn in diesem Falle müssen wir, die „Umstürzler von Beruf", die Verfassung stützen gegen die „Staatsretter von Beruf". (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir, die Internationalen, müssen uns des nationalen Rechts eines unterdrückten Stammes annehmen gegen die Bannerträger des nationalen Gedankens, und wir, die vielberufenen Feinde des Privateigentums, müssen das Privateigentum verteidigen gegen seine allersantisozialen Anhänger. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir das tun, so geschieht es wahrhaftig nicht um der schönen Augen der Polen wegen. Ganz im Gegenteil, meine Parteifreunde in den östlichen Provinzen beschweren sich sehr lebhaft über die nationalpolnische Presse, die mit einer gewissen unschönen Geflissentlichkeit darüber hinweggeht, daß auch die Sozialdemokratie sich der nationalen Rechte der polnischen Bevölkerung annimmt. Die Nationalpolen wollen aus naheliegenden Gründen das Monopol dieser Vertretung haben. Vor allem liegt uns natürlich an den polnischen Junkern genau so wenig wie an ihren Klassengenossen, den preußischen Junkern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber wir machen gegen die Polenunterdrückungspolitik Front aus dem tiefen Gefühl für Recht und Gerechtigkeit heraus, das der modernen Arbeiterklasse und ihren politischen Vertretern unausscheidbar im Blute sitzt wie die roten und weißen Blutkörperchen. Es wäre allerdings zwecklos, den Schwärmern für die Hakatistenpolitik, die natürlich zugleich ihre Nutznießer sind, mit Rechtsgründen zu kommen, das wäre ein Versuch an durchaus untauglichem Objekt. Daß ihr Vorgehen mit den Geboten der Ethik nicht im Einklang steht, ist ja für die Hakatisten an sich ein Gegenstand minderer Bedeutung, und wenn etwas an diesen unerfreulichen Dingen erfreulich ist, so die Offenherzigkeit, mit der sich die Hakatisten zu ihrer ethischen Dickfelligkeit, will ich einmal sagen, bekennen. Einer ihrer hitzigsten Vorkämpfer, Justizrat Wagner, hat auf einem Ostmarkentage erklärt: „Wir wollen den polnischen Besitz verringern, was dabei aus den Polen wird, geht uns nichts an." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er sagte weiter: „Die „Frankfurter Zeitung" hat kürzlich ironisch gesagt, ob den Polen Recht oder Unrecht geschehe, sei wohl Nebensache. Das ist auch Nebensache." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und ein Mitglied des Reichstages, der Abg. v. Liebert, hat für die Polenpolitik den Grundsatz proklamiert: „Macht geht vor Recht", — er nicht mir bestätigend zu — ein sehr lapidarer Grundsatz, der aber eigentlich besser paßt zum preußischen Kasernenhof, auf dem ja Herr v. Liebert Bescheid weiß, als zum

kleinen Katechismus,

in dem er wenigstens Bescheid wissen sollte. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diesen Grundsatz mit den Prinzipien der Ethik in Einklang zu bringen, dazu gehören schon die Eigenschaften eines Schlangenmenschen, der sich durch die Sprossen einer Leiter hindurchwindet. (Heiterkeit.) So wenig ich an die Ethik der Hakatisten appelliere, so wenig will ich appellieren an ihr Kulturschamgefühl. Als die Enteignungsvorlage eingebracht wurde, hat der bekannte polnische Dichter Sienkiewicz die Meinungen hervorragender Leute aller Länder darüber in einem Buche gesammelt. Es befinden sich Namen von Weltruf darunter, das Werk ist in seiner Art ein Kulturspiegel, aber wenn man hineinblickt, ist man nicht gerade entzückt davon, ein Deutscher zu sein, denn alle diese Stimmen sind einig in der Brandmarkung dieser Gesetzgebung, und was peinlicher wirkt als die Entrüstung, ist das Erstaunen bei vielen, das Befremden darüber, daß in einem Volke, das stolz ist auf seine Zivilisation, stolz auf seine großen Dichter, bei einem Volke des 20. Jahrhunderts, derartiges überhaupt möglich ist. Es finden sich darunter Männer aller Parteien, wie ich ausdrücklich betonen möchte, auch viele Freunde deutschen Wesens, die nicht nur im Namen der Gerechtigkeit, sondern auch im Namen des Christentums Einspruch erheben gegen die Enteignungswillkür. Da schreibt z. B. der Pfarrer Naggaß — er ist der Rechten allerdings verdächtig, denn er ist der Pfarrer jenes Vaseler Münsters, das am 24. November 1912 von der gewaltigen Friedenskundgebung des Sozialismus widerhallte. Dieser Pfarrer schreibt: „Es verleiht sich m. E. ganz von selbst, daß jeder, der das Evangelium predigt, oder sich dazu bekennt, solche Dinge verurteilt, denn sie schlagen seinem Geiste ins Gesicht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da in Deutschland ein evangelisch-orthodoxes Blatt, der „Reichsbote", es fertig gebracht hat, zu schreiben: „Im Namen des Christentums muß gegen die Friedensbewegung protestiert werden", (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), so zweifle ich nicht daran, daß sich auch hier Diener des Christentums finden werden, die es für die erhabenste Blüte der christlichen Weltanschauung ausgeben, wenn Leute ohne Schuld von ihrem Haus und Hof verjagt werden. Wir Sozialdemokraten sind auch deshalb Gegner des Enteignungsverfahrens, weil es sich um die brutale Anwendung eines brutalen Ausnahmegesetzes handelt, mit dem ja nach Cahours bekanntem Wort jeder — ich will den Satz aus dem Zoologischen ins Parlamentarische übertragen — geistig Minderbegabte (Heiterkeit) regieren kann. Vor allem wenden wir uns dagegen, weil es sich hier handelt um eine eklatante Verletzung der Reichsverfassung. Das so benannte Indigenat, das im § 3 der Reichsverfassung den Angehörigen jedes Bundesstaates in jedem anderen Bundesstaate u. a. festen Wohnsitz und Erwerb von Grundstücken gewährleistet, wird dadurch verletzt. Es heißt ausdrücklich: Kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Befugnis durch die Obrigkeit seiner Heimat oder die Obrigkeit eines anderen Bundesstaates beschränkt werden. Ich will nur theoretisch folgenden Fall annehmen. Ein bayerischer Staatsangehöriger kauft sich im Bereich des Enteignungsparagraphen ein Gut, und die Ansiedelungskommission hält gerade dieses Gut geeignet für ihre Zwecke und expropriiert den Bayern. Der Bayer beschwert sich bei seiner Regierung und mit vollem Recht wird dann der bayerische Bundesratsgesandte beim Reichskanzler Beschwerde erheben wegen Verletzung der Reichsverfassung durch Anwendung dieses preußischen Gesetzes, und da nach Artikel 4 der Verfassung die Bestimmungen über Niederlassung der Beaufsichtigung durch das Reich unterliegen, so wird in diesem Falle schleunigst und energisch der Reichskanzler v. Bethmann gegen den preußischen Ministerpräsidenten v. Hollweg (Heiterkeit) einschreiten müssen. Das wäre die Pflicht des Reichskanzlers, er dürfte aber dann auch nicht abwarten, bis dieser Fall sich praktisch ereignet, sondern müßte sich im Prinzip gegen das preußische Gesetz wenden, das die Reichsverfassung durchlöchert, und wenn er das nicht tut, wenn er pflichtvergessen handelt, so ist es Aufgabe des Reichstags, wenigstens der konstitutionellen Partei, dem Reichskanzler mit allem Nachdruck zum Gehör zu bringen, was seines Amtes ist, um so mehr, als die Herren Junker ja jederzeit geneigt sind, aus dem Papier, auf dem die Reichsverfassung steht, Fidibus zu drehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf einem Hakatistentag in Bromberg hat bekanntlich Herr v. Tiedemann gesagt: „Wir dürfen uns nicht bange machen lassen, wenn der eine oder andere in übergroßer Gewissenhaftigkeit sagt: Das ist gegen die Verfassung!" (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist auch das Bekenntnis einer schönen Seele, auf ein bißchen Verfassungsbruch kommt es den Polenfressern nicht weiter an. Es kommt ihnen auch nicht an auf ein bißchen Revolution, denn die Enteignung ist, darüber wollen wir uns im klaren sein, ein Stück Umsturz, allerdings ein Stück Umsturz von oben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unlängst hat Kollege Gröber hier wegen der Anwendung des Jesuitengesetzes den Bundesrat in Parallele gerückt mit dem französischen Nationalkonvent von 1793. Ich will nicht entscheiden, ob mit Recht oder Unrecht, aber bei der Polenenteignung trifft allerdings der Vergleich des preußischen Ministeriums mit dem französischen Konvent ins Schwarze. (Glocke des Präsidenten, lautes Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kaempf: Wenn Sie vorhin dem Reichskanzler Pflichtvergessenheit vorgeworfen haben, so überschreitet das die Grenzen des Parlamentarismus.

Abg. Wendel (fortfahrend):

Es ist mir allerdings wohl bewußt, daß ein gewisser Unterschied besteht, zwischen dem Bürger Robespierre und dem Bürger Bethmann Hollweg (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Aber der Vergleich fällt in diesem Falle noch zugunsten des französischen Konvents aus, denn damals wurden nur Leute enteignet, die gegen ihr Vaterland die Waffen getragen hatten, hier aber werden Leute von Haus und Hof gejagt, ohne daß auch nur ihre Gesinnung dabei in Frage kommt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Enteignung in Preußen verstößt gegen jedes christliche und juristische, gegen jedes politische und allgemein menschliche Empfinden. Sie darf aber in dem Bilde Preußens, in dem Bilde des Staates, der die Arbeiterklasse unterdrückt, der den Angehörigen einer Konfession, den Juden, das Stigma der Minderwertigkeit aufdrückt, nicht fehlen. Preußen hat schon mehr enteignet als ein paar Rittergüter. Die Weisen werden wissen, daß das Volk den Spruch am Helm der preußischen Garde „Suum cuique" (jedem das Seine) übersetzte mit „Jedem das Seine rauben". (Heiterkeit.) Auch die Polenenteignung ist den Preußen nichts Neues. Friedrich II. war der erste preußische König, der mitschuldig war an dem politischen Verbrechen der Teilung Polens. (Präsident Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.) Dieser Ausdruck ist nicht von mir formuliert, sondern von einem Manne, der gerade in dem Jubiläumsjahr 1913 als einer der größten Männer Deutschlands gefeiert wird, vom Freiherrn v. Stein. (Stürmische Heiterkeit.)

Präsident Kaempf: Ich habe hier zu verhindern, daß unparlamentarische Ausdrücke gebraucht werden.

Abg. Wendel (Soz.):

Friedrich II. hat auch die Polenenteignung bereits in Angriff genommen und sich dabei der Spitzelei bedient. Er ließ polnische Gutsbesitzer in den neueroberten Landesteilen aufwiegeln, damit sie den Huldigungseid verweigern, und er so einen Vorwand bekäme, ihnen die Güter wegzunehmen. So wenig das zu rechtfertigen ist, so zeigt sich doch darin ein gewisses Anstandsgefühl; er schuf Hochverräter, weil er nur Hochverräter enteignen wollte. Heute aber wird drauflos enteignet, ohne nach Schuld und Verdienst zu fragen. In der vormärzlichen Zeit hielt man ein Edikt, das auf die systematische Verdrängung der Polen hinwirken sollte, geheim, man, schämte sich damals noch. (Zuruf: Das ist schon lange her!) Inzwischen hat man ein robusteres Gewissen bekommen, und prostituiert, wie zu den Zeiten des Marius und Sulla. Dem Vater der preußischen Polenpolitik, dem Fürsten Bismarck, erschien es als ein Kinderspiel, mit den Polen fertig zu werden. Aber der Verlust ist auf der Seite des Deutschtums gewesen, und der Gewinn wird — dessen können Sie sicher sein — bei Rom sein. (Große Heiterkeit und Zurufe: Sehr wahr!) In den 25 Jahren vor der Ansiedelungspolitik hat sich der polnische Besitz um 195 000 Hektar vermehrt, in den 21 Jahren der Ansiedelungspolitik hat er sich um 100 000 Hektar vermehrt. (Hört! hört!) Und so wird es mit dem Enteignungsgesetz weiter gehen. Man wollte die Preistreiberei durch dieses Gesetz verhindern und hat sie erst recht gefördert. Deshalb begreift man, warum die Konservativen diese Politik auf Verderb und Gedeih trotz aller Bedenken mitmachen; denn „wenn das Geld im Kasten enklingt, der Junker selbst durch das Fegefeuer springt". (Heiterkeit.) Auch die Beamten haben Vorteile von dieser Politik durch die Ostmarkenzulage; ferner die Großindustriellen des Westens, denen billige Arbeitskräfte zufließen. Geschädigt werden die deutschen Kaufleute durch den Boykott der Polen. Vier polnische Besitzer werden enteignet und 400 deutsche Kaufleute und Händler werden dadurch ruiniert. Welch grandioser Gewinn für das Deutschtum! Zumal gleichzeitig 10 000 polnische Arbeiter nach den westlichen industriellen Bezirken verschleppt werden. Dort entstehen große polnische Gemeinwesen. In den Regierungsbezirken Arnsberg und Münster gab es 1905 in den Volksschulen 4000 Kinder, die nur polnisch sprechen konnten, 1911 gab es deren schon 20 000. (Hört! hört! Mit einem Fremdwort nennt man das „Germanisierung". (Große Heiterkeit.) Darüber sollte man sich entrüsten, daß hier in rein deutschen Gebieten die Sprache Goethes von der Sprache Korfantys verdrängt wird. Aber die polnischen Arbeiter sind anspruchslos, und in ihrer verdammten Bedürfnislosigkeit den Industriebrüdern als Lohndrücker und gottgewollte Streikbrecher angenehme Gäste. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Eine andere Spielerei der Hakatisten sind die konfiszierten Großgrundbesitzer. Auf der Tribüne hier sagen sie: wir haben zuviel Polen im Lande; aber daheim auf ihrer Klitsche meinen sie, sie haben zu wenig Polen, und ziehen Jahr für Jahr Hunderttausende von polnischen Arbeitern aus Rußland und Galizien herein. Den

Import von billigem Schweinefleisch

verhindern sie mit allen Mitteln, billiges Menschfleisch können sie gar nicht genug importieren. Darüber kann sich nur wundern, wer nicht weiß, daß bei den Hakatisten das Portemonnaie einen sehr großen Teil des Organismus ausmacht. (Große Heiterkeit.)

Die Hakatisten wollen auch das polnische Bürgertum in den Städten ruinieren, indem sie die Städte mit deutschen Dörfern umgeben. Selbst wenn das Erfolg haben könnte, würde man doch nur eine Reihe polnischer Existenzen proletarisieren; man kann ihnen den polnischen Kramladen nehmen, aber nicht ihr polnisches Herz. (Sehr richtig!) Gegen die kaninchenhafte Vermehrung der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130131-19/fragment/page=0009

Polen, über die Fürst Bülow geklagt hat, kommt die Regierung nicht auf, wenn sie nicht alle männlichen Polen in den Zustand versetzen will, der für die männlichen Hoschargen des Sultans als Vorbedingung gilt. (Stürmische Heiterkeit.)

Warum hat die Regierung gerade jetzt das Enteignungsgesetz angewendet, während sie doch in den Tagen internationaler Spannung alle Volksteile verjöhnen müßte. 1866 und 1870 schickte der General von Steinmetz die Regimenter aus Posen unter den Klängen des „Noch ist Polen nicht verloren" ins Feuer, die hakatistische Musik der Enteignung wird weniger anfeuernd wirken. (Sehr richtig!) Aus den großen Umwälzungen im Orient könnte die preußische Regierung lernen, daß auch Urteile des Weltgerichts, das ja die Geschichte bildet, einer Revision unterliegen. Der Hauptfehler der Türken war eine falsche Nationalitätenpolitik, der Versuch der gewaltsamen Osmanisierung. Die Hakatisten jammern, daß die Umwälzung auf dem Balkan die Macht des Slaventums gestärkt und die Polen ermutigt habe. Bismarck hat diese ganze Politik unternommen, um die Gefahr des Panslavismus zu bannen, als Rußland durch den Zusammenschluß mit Frankreich übermächtig zu werden drohte. Der Erfolg der Politik ist Stärkung des Panslavismus.

Fürst Bülow verhieß, die Enteignung solle nur zur Verteidigung des Deutschtums benutzt werden. Was ist denn nun geschehen? Schmieden die Polen hochverräterische Pläne, will Herr Seyda als moderner Thaddaeus Kosciuska seine Scharen gegen die Maschinengewehre führen? (Heiterkeit.) Heinrich Heine sagt: Die Handlungen eines Furchtsamen wie die eines Genies liegen außerhalb jeder Berechnung. Mancher hält den Reichskanzler vielleicht für ein Genie. (Große Heiterkeit.) Wir andern nehmen die andere Erklärung. Nun hat die preußische Regierung sicherlich nicht Furcht vor den Polen, vielleicht aber vor den Polenfressern, zu denen ja die Alldeutschen gehören, denen die Regierung zu weich ist, die es nicht verschmerzen können, daß wir wegen Marokko nicht Krieg mit der halben Welt geführt haben, und die es dem Reichskanzler nachtragen, daß er ihnen hier im November die Maske vom Gesicht gerissen hat. In der „Post" schrieb Frhr. v. Zedlitz, daß das Vertrauen zur Regierung bedenklich erschüttert sei und auf den Nullpunkt sinken müßte, wenn auch der Kurs der Polenpolitik nicht feststehe. Im Herbst darauf wurde die erste Enteignung vorgenommen. Sollte gar kein Zusammenhang bestehen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung ist an die Enteignung wohl nur mit demselben Gefühl gegangen, wie der Teufel ans Weihwasser. Uns Sozialdemokraten klingt das Wort „Enteignung" lieblich ins Ohr. Es ist eines der sympathischsten Worte. Freilich ist diese Enteignung nicht sozialistisch, sondern höchstens anarchistisch. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Denn sie wird gegen eine Nationalität und von einer kleinen Minderheit gegen die Mehrheit vorgenommen. Aber die Konservativen und Nationalliberalen haben damit doch das Prinzip durchbrochen, auf dem ihre Gesellschaft sich aufbaut, das Prinzip von der Unantastbarkeit des Privateigentums. In der Praxis haben die Konservativen ja immer enteignet, ich erinnere nur an die Kötteritze und Ihenplitze, die auf der Landstraße sehr energische Enteignungen vornahmen, und an die Enteignung des bäuerlichen Grundbesitzes. Aber in der Theorie, auf dem Papier, war das Privateigentum immer heilig, und der Jude Schlesinger, der unter dem Namen „Friedrich Julius Stahl" als Vertreter des christlich deutschen Staatsgedankens wirkte (große Heiterkeit), hat das Grundeigentum für das allerheiligste Bollwerk erklärt. All das haben sie (nach rechts) mit der Zustimmung zum Enteignungsgesetz verleugnet. Und Sie haben sich so des moralischen Rechtes beraubt, über die Ziele Ihrer Gegner entrüstet zu sein. Sie haben die Frage der Enteignung aus dem Bereich der Rechtsfragen in das der Machtfragen gerückt. Solange Ihr Eigentum noch von Bajonetten umgittert ist, mag Ihnen das bedeutungslos erscheinen. Aber die Dinge ändern sich und wenn an die große Enteignung gegangen wird, so wird Ihre kleine Enteignung von heute diese rechtfertigen, und manch einer von Ihnen wird sich dann vielleicht im Stillen sagen: Jetzt wird Dir mit demselben Maße gemessen, mit dem Du andere gemessen hast. (Lebhafter anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident **Kaempf** kündigt an, daß die Abstimmung über den Antrag Brandys eine namentliche sein wird.

Abg. Graf **Praschma** (Z.): Es war falsch vom Reichskanzler, daß er sich hinter formale Einwände zurückzog. Die Regierung wird auf diesem Wege nie zum Ziele der Beruhigung der polnischen Bevölkerung kommen. Immer stärker wird die polnische Bewegung nach Oberschlesien und in die Industriegebiete übergreifen. Die Polen werden erbittert und radikalisiert noch dazu in einer Zeit, die eine bodenständige konservative Bevölkerung verlangt. Das Enteignungsgesetz ist ein Spiel mit dem Feuer, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Es gibt unverrückbare Grundsätze, die weder aus Zweckmäßigkeit noch aus Notrehr beseitigt werden dürfen. Wir werden dem Antrag der Polen zustimmen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Schlee** (natl.): Wir weisen die Behauptung zurück, daß das Enteignungsgesetz der Reichsverfassung widerspricht. Der Grundsatz der Enteignung ist nicht neu. Das Königreich Polen hat früher gegenüber Westpreußen nicht anders gehandelt, und wie gehen die Polen jetzt gegen die Ruthenen vor. Die Polen müssen sich daran gewöhnen, nicht Preußen auf Kündigung, sondern auf die Dauer zu sein. Wenn die Deutschen jetzt zum Boykott gegen die Polen greifen, so wenden sie nur ein Mittel an, das die Polen gegen uns schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts angewandt haben. (Widerspruch bei den Polen.) Wir behandeln die Polen mit Gerechtigkeit und werden mit ihnen fertig werden, und auch mit Ihnen, meine Herren Sozialdemokraten. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf **v. Carmer** (k.): Die Regierung ist hier so angegriffen worden, daß man manchmal den Eindruck hatte, nicht im Deutschen Reichstag zu sein, sondern in dem Parlament eines Staates, der der erbittertste Feind Preußens ist. (Sehr gut! rechts.) Die ganze Frage gehört nicht vor den Reichstag; er macht sich heute eines schweren Einbruches in die Rechte der Einzelstaaten schuldig. Die Polenpolitik hat Preußen allein zu verantworten und nicht das Reich. (Bravo! rechts.)

Auf Antrag Sieg (natl.) wird beschlossen, die namentliche Abstimmung über den polnischen Antrag erst morgen vorzunehmen.

Abg. Dr. **Bachnicke** (Vp.): Wir bedauern die Polenpolitik im deutschen Interesse. Die Geschichte hat gesprochen; preußischer Boden ist es, auf dem diese Dinge sich abspielen, und preußischer Boden muß es bleiben. Aber die Enteignung ist nicht das richtige Mittel. Durch diese Erschütterung des Eigentumsbegriffes haben Sie (nach rechts) der Sozialdemokratie die beste Waffe in die Hand gegeben. Wie diese Waffe gegen Sie benutzt werden wird, davon hat die Wendelsche Rede einen Vorgeschmack gegeben. Durch eine vernünftige Schulpolitik und gutes Verwaltungsrecht müßten die Polen zur Annahme deutscher Kultur gewonnen werden. Wir richten unsere Angriffe gegen die preußische Regierung, der polnische Antrag wendet sich gegen den Reichskanzler. Weil wir die Zuständigkeitsverhältnisse respektieren müssen (Hört! hört! rechts), werden wir uns der Abstimmung enthalten. (Lebhaftes Hört! hört! rechts, Gelächter bei den Sozialdemokraten, Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. **Mertin** (Rp.): Nach diesem Meisterstück der Diplomatie (Große Heiterkeit) will ich nur betonen, daß wir die Zuständigkeitsfrage an den Anfang stellen. Herr Wendel hat von der Enteignung gesprochen, nun 1809 wurden die Rittergutsbesitzer gezwungen, die Hälfte ihres bäuerlichen Besitzes zu verschenken. (Hört! hört! rechts.) Die Polen sollten lieber, statt solche Anträge einzubringen, dafür sorgen, daß friedliche Verhältnisse in den Ostmarken geschaffen werden. (Bravo! rechts.)

Abg. **v. Morawski** (Pole): Die Konservativen untergraben mit ihrer Enteignungspolitik den Boden, auf dem sie selber sitzen. Wir bekommen noch einmal den Boden zurück, denn geraubtes Gut bringt dem Räuber keinen Segen. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. **Hansen** (Däne): Die Erfolge der deutschen Politik in den Grenzgebieten gleichen sich überall: die Gegensätze verschärfen sich und das Deutschtum geht zurück.

Abg. **Thumann** (Elsässer) protestiert gegen jedes Ausnahmegesetz und gegen das Enteignungsgesetz.

Abg. **Lebebour** (Soz.):

Die vortrefflichen Ausführungen meines Freundes Wendel hätten es eigentlich überflüssig gemacht, noch einmal unsere Stellung zu präzisieren, wenn nicht einige Vertreter der bürgerlichen Parteien wieder versucht hätten, mit nationalen Gründen, wobei sie sich als Vertreter des deutschen Volkes aufspielten die untauglische Polenpolitik zu verteidigen. Herr Schlee meinte: es stehe in dem Enteignungsgesetz nicht drin, daß das Gesetz gegen die Polen angewandt werden solle; es könne dem Wortlaut nach auch gegen Deutsche angewandt werden. Damit hat er den Schleier gelüftet von dem Zweck, den man bei Abfassung des Gesetzes verfolgte. Man hat ihm geflissentlich eine Form gegeben, so daß es sich nicht nur gegen Polen richtet, in dem Bewußtsein, daß es doch nur gegen die Polen angewandt werden soll. Das ist weiter nichts, als abgrundtiefe Heuchelei.

Präsident **Kaempf**: Ich nehme an, daß Sie mit dem Wort Heuchelei nicht Mitglieder des Hauses gemeint haben.

Abg. **Lebebour** (Soz.):

Ich hatte „abgrundtiefe Heuchelei" gesagt. (Heiterkeit.) Wenn die Anhänger der Enteignung zu tun, als sprächen sie im Namen des deutschen Volkes, so hatte auch der Verlauf der Debatte gezeigt, daß zweifellos die große Majorität dieses Hauses, die das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit vertritt, gegen das Gesetz ist. Ich tue auch den Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei die große Ehre an, daß ich sie zu den ausgesprochenen Gegnern des Enteignungsgesetzes rechne (Heiterkeit), obgleich sie heute durch ihre Haltung eine etwas klägliche Rolle gespielt haben. Bei einem solchen Gesetz heißt es Farbe bekennen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf jeden Fall aber sind hier im Hause etwa 270 Gegner gegenüber nur 125 Anhängern des Enteignungsgesetzes, d. h. mehr als zwei Drittel der Vertreter des deutschen Volkes verurteilen das Gesetz. Hierbei tritt wieder sinnfällig zutage, zu welch tiefgehenden politischen Differenzen die Verschiedenheit des Reichstagswahlrechts und des preußischen Landtagswahlrechts führt. Staatssekretär Delbrück hat neulich bei einer anderen Gelegenheit die Notwendigkeit betont, daß die Politik des Reiches und Preußens nach einheitlichen Gesichtspunkten geleitet werden muß. Dann ist aber die notwendige Voraussetzung, daß die Regierung im Reich und in Preußen von einer Volksvertretung abhängt, die auf Grund desselben Wahlrechts gewählt ist. Deshalb appelliere ich an die Polen und an das Zentrum, sie mögen jede Gelegenheit benutzen, um auch in Preußen für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einzutreten. Ihre Haltung im preußischen Landtag hat leider bisher das Gegenteil bewiesen. Sie können nur dann gegenüber Ausnahmegesetzen gegen die Polen und gegen die Jesuiten wirksam ankämpfen, wenn sie an der Seite der Sozialdemokratie in den großen Wahlrechtskampf in Preußen eintreten. Findet sich in diesem Kampfe eine so starke Phalanx, wie hier im Reichstag zusammen, so würde selbst ein Bethmann Hollweg seinen Widerstand aufgeben müssen. Sie sind schuld daran, daß das Junkertum in Preußen noch eine solche Macht hat, das hier nur in wenigen Exemplaren (Auf: Oertel! Große Heiterkeit) —ich meine natürlich nur zahlenmäßig — existiert. Im übrigen erkenne ich an, daß sehr gewichtige Exemplare, nicht bei Junkertums, sondern seiner Helfershelfer hier sitzen. Die Polen sind von der Schuld nicht freizusprechen, daß sie bei der Finanzreform die kleine Junkerpartei wieder in den Sattel gehoben haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.)

Sie haben damals offenbar auf die Dankbarkeit der Herren gerechnet, aber Sie haben sich gründlich getäuscht, man hat Ihnen noch einen Fußtritt obendrein versetzt. Deshalb sollten Sie künftig wenigstens prinzipiell Opposition machen gegen die Politik der Junker. Wenn Sie diese Konsequenz nicht ziehen, so bin ich doch überzeugt, die polnische Bevölkerung, insbesondere die polnischen Arbeiter, werden diese Konsequenz ziehen, Sie werden nicht länger mehr zusehen, wie Sie eine agrarische Politik treiben. Machen wir doch auch im Westen, wohin polnische Arbeiter so häufig durch die Unternehmer als Lohndrücker herübergeholt werden, die Erfahrung, daß, wenn sie erst die Verhältnisse dort näher kennen gelernt haben, sie es sehr gut verstehen, an der Seite unserer Parteigenossen sich in den Lohnkämpfen tüchtig zu schlagen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Daß Graf Carmer auf die Frage nicht näher eingegangen ist, begreife ich; denn die Junker haben sich verleiten lassen, die Sache mitzumachen, aber es ist ihnen sehr unheimlich dabei. Sie gleichen dem Bären, der dem Honiggeruch nachgeht, aber so viel Honig schleckt, daß er Erbrechen bekommt. (Heiterkeit.) Der süße Honig der kapitalistischen Bereicherung ist Ihnen in die Nase gestiegen, aber sie werden an dem süßen Fraß verrecken. Aus Ihren Reden für das Enteignungsgesetz werden wir Schätze für die Agitation zusammentragen. Wir werden die Politik zum guten Ende führen, die Sie aus kleinlicher Gehässigkeit und Habgier gegen eine nationale Minderheit unternommen haben. Wir werden den Grund und Boden um nutzbender Allgemeinheit expropriieren unter Berufung auf Ihre Worte und Taten. Denn wird es keine unterdrückten Nationalitäten und keine unterdrückenden Völker mehr geben, und das deutsche Volk wird befreit von der Schmach und Schande, die diese hakatistischen Grundbesitzer, Spekulanten und Rechtsverdreher ihm bereitet haben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident **Kaempf** erklärt den Ausdruck „gehässige und habgierige Politik" gegen eine Partei des Hauses für unzulässig.

Abg. **v. Trampczynski** (Pole): Die preußische Regierung gleicht dem Mann, der da sagt: „Ich baue meine Frau beständig, ich baue sie morgens, ich baue sie mittags, ich baue sie abends, und sie läuft doch fort!" (Große Heiterkeit.) Die Ansiedelungskommission treibt geradezu offenen Straßenraub. Wenn die preußische Regierung von dieser Politik abläßt, sind auch wir zum Frieden bereit. (Beifall bei den Polen.)

Abg. **Mumm** (Wirtsch. Vg.): Wir werden uns an die Debatte über diese rein preußische Angelegenheit nicht beteiligen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Bachnicke**: Wir enthalten uns der Abstimmung, weil der Antrag in seiner jetzigen Fassung staatsrechtlich ein Nonsens ist. Für die Handhabung eines preußischen Gesetzes können wir nicht den Reichskanzler, sondern nur das preußische Staatsministerium verantwortlich machen.

Abg. **Lebebour** (Soz.): Jede staatsrechtliche Handlung in einem Einzelstaat kann gegen die Verfassung verstoßen, und dann ist der Reichskanzler berufen, dagegen einzuschreiten. Das Enteignungsgesetz und seine Ausführung verstoßen gegen die Reichsverfassung, und die Abstimmung über den Antrag der Polen bietet die einzige Möglichkeit, eine Verurteilung des untätigen Verhaltens der Reichsregierung gegenüber diesem Verstoß auszusprechen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Besprechung. Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (namentliche Abstimmung über den Antrag Brandys, 2. Lesung des Fleischeinfuhrgesetzes).

Schluß 7¼ Uhr.

Aus der Provinz.

Die Konsumgenossenschaft als Konzessionsträger.

Freistellung von der Konzessionssteuer.

Früher stand das Oberverwaltungsgericht auf dem Standpunkt, daß juristische Persönlichkeiten keine Konzession für Kleinhandel mit Spirituosen und für Schankwirtschaft erlangen könnten. In den Konsumgenossenschaften ließ sich deshalb gewöhnlich der Geschäftsführer die Konzession zum Kleinhandel mit Spirituosen erteilen. So hatte auch im Konsumverein für Wittenberg und Umgegend der Geschäftsführer diese Konzession. Vor einiger Zeit ging dann das Oberverwaltungsgericht von jener Auffassung ab und nahm an, daß auch juristische Persönlichkeiten, u. a. also auch Genossenschaften mit beschränkter Haftung, die Konzession erlangen könnten. Demnächst kam der Konsumverein für Wittenberg und Umgegend um die Konzession für den Kleinhandel mit Spirituosen ein und erhielt sie auch. Der Magistrat zog nunmehr den Konsumverein aber auch zur Konzessionssteuer heran.

Die Genossenschaft klagte auf Freistellung, wurde jedoch vom Bezirksausschuß zu Merseburg mit ihrem Anspruche abgewiesen.

Das Oberverwaltungsgericht hob dies Urteil auf und stellte die Genossenschaft von der Konzessionssteuer frei.

Gründe: Ob die Genossenschaft zur Konzessionssteuer hätte herangezogen werden können, hänge von den Bestimmungen der Steuerordnung ab. Nach ihrem § 1 unterliege die Erlangung der Konzession der Steuer nach den näheren Vorschriften der §§ 2, 3 und 4 der Steuerordnung. Der § 2 sehe den Steuersatz vor für die Erlaubnis zu einer neuen Wirtschaft (einem neuen Kleinhandel), § 3 für den Fall der Uebernahme einer bestehenden Wirtschaft oder eines bestehenden Kleinhandels durch einen andern Gewerbetreibenden, und § 4 für die Erlangung der Erlaubnis zur Erweiterung eines bestehenden Betriebes. Von diesen verschiedenen Fällen könnte hier nur § 3 in Frage kommen, wo die Voraussetzung die Uebernahme eines bestehenden Betriebes durch einen andern Gewerbetreibenden sei. Diese Voraussetzung sei aber hier auch nicht gegeben, denn den Kleinhandel habe auch früher schon der Konsumverein betrieben. Wenn damals der Geschäftsführer die Konzession hatte, dann sei er nur der Träger der Konzession gewesen, während der Unternehmer des konzessionspflichtigen Betriebes schon damals der Konsumverein war. Von einer Uebernahme des bestehenden Kleinhandels durch einen andern Gewerbetreibenden beziehungsweise Unternehmer könne deshalb hier keine Rede sein. Somit fehlten die Voraussetzungen einer Anwendbarkeit der Steuerordnung.

Das ist die zweite Abweisung, die der Magistrat in Wittenberg innerhalb kurzer Zeit von dem Oberverwaltungsgericht erleben mußte.

Neuverpachtung von Domänen in der Provinz Sachsen.

Dem Abgeordnetenhause ist die alljährlich wiederkehrende Uebersicht über die Ergebnisse der anderweitigen Verpachtung pachtfrei gewordener und der im laufenden Jahre pachtfrei werdenden Domänen vorgelegt worden. Danach sind in der Provinz Sachsen im Jahre 1912 fünf Domänen pachtfrei geworden, während bei vier Domänen die Pachtzeit mit dem Ende des Jahres 1913 abläuft.

Von den ersteren bringt Hausgrömingen (513 Hektar) in Zukunft nur 57 460 Mk. gegen 73 269 Mk. Jahrespacht in der Vorperiode, Andersleben (249 Hektar) dagegen ein Mehr von 39 200 Mk. gegen 37 166 Mk., Querfurt mit Weidenbach (583 Hektar) sogar ein solches von 12 046 Mk. (92 980 gegen 80 934 Mk.); Alvensleben mit Klein-Rottmersleben (406 Hektar) sowie Tundersleben (485 Hektar) sind für den Pachtpreis der letzten Pachtperiode (70 330 bezw. 90 461 Mk.) weiterverpachtet worden. In diesem Jahre werden die Domänen Altona (Kr. Wanzleben), Holzzelle (Mansfelder Seekreis), Neubeesen (Saalkreis) und Sittichenbach (Kr. Querfurt) pachtfrei. Bei der Neuverpachtung ist der Pachtzins der Domäne Altona von 56 897 auf 53 500 Mk. zurückgegangen. Dagegen bringt Sittichenbach (474 Hektar) in Zukunft statt 59 389 Mk. 62 952 Mk., Neubeesen statt 52 618 Mk. 55 310 Mk. und Holzzelle statt 21 086 Mk. 22 192 Mk. Jahrespacht.

Die liberale Presse der Provinz macht dem Domänenfiskus bittere Vorwürfe darüber, daß er das Freiwerden so großer Landesflächen nicht benutzt habe, um die innere Kolonisation, d. h. die Ansiedlung kleiner Bauern zu fördern. Nur dadurch, daß den Klein- und Mittelbauern der Landerwerb durch Aufteilung der Domänen ermöglicht würde, könne der Fleischnot gesteuert und praktische Mittelstandspolitik betrieben werden. O diese Leichtgläubigen! Sie merken in ihrer erstaunlichen Naivität gar nicht, daß die Regierung viel eher für eine Stärkung denn eine Schwächung des Großgrundbesitzes zu haben ist. Würde die Regierung sich nicht gar so sehr vor den Krautjunkern fürchten, dann hätte sie schon lange gegen das gerade in der Provinz Sachsen, der Kornkammer Preußens, überhandnehmende Bauernlegen vorgehen müssen.

Merseburg. Vom alten Rathause. Der Betrieb der Ratskellerwirtschaft im alten Rathause ist am Montag eingestellt worden. Auch das Heimatmuseum siedelt anfangs nächsten Monats aus diesem Gebäude nach den neuen Räumen im St. Petrikloster über. Das alte Rathaus wird bekanntlich zur Erweiterung der Straße Oelgrube ein bedeutendes Stück niedergerissen. Der Teil, der stehen bleibt, wird umgebaut.

Mücheln. Das gelbe Fieber tritt in jüngster Zeit auch im schönen Geiseltale auf. Etliche Grubenbeamte haben es sich zur Pflicht gemacht, zu schnüffeln, ob dieser oder jener Kamerad im Verbande ist. Es wird versucht, diese aus der Organisation herauszuziehen, indem man den Kameraden alles mögliche vormacht. Doch gemach, ihr Herren, übertreibt den Sport nicht, denn es hat euch schon mancher Kamerad bedauern müssen wegen eures Verhaltens. Es gibt ja noch einen Teil rechtlich denkender Beamten, aber was bleibt diesen übrig? Sie können ihre Ansicht, ihr Mitgefühl nicht offen aussprechen, wenn sie und ihre Familien nicht der Rache der Grubengewaltigen zum Opfer fallen sollen. Ihr aber, Bergarbeiter des Geiseltales, zerfleischt euch nicht selbst, denkt, was ihr euren Familien, euren Kindern schuldig seid. In dem Augenblick wo sich die Bergarbeiter auseinanderorganisieren lassen durch gelbe oder sonstige Klimbimvereine, da kommen die Unternehmer, kürzen das Gedinge und verlängern die Arbeitszeit. Der betrogene Bergarbeiter kann infolgedessen sich und seine Familie nur noch unterernähren. Es wird dem Bergarbeiter aber auch die Zeit geraubt, sich zu orientieren über seine Lage. Denn die lange, schwere Arbeitszeit gibt den ermatteten Gliedern keine Zeit zu Mußestunden. So versteht es das Kapital, den armen, zeitig dahinsiechenden Bergarbeiter zu hintergehen. Kameraden, ist es nicht eure Pflicht, mitzuhelfen an der Befreiung von diesen Fesseln? Wir wollen was wir verdient haben, und nicht Bettelpfennige für lange und schwere Arbeit!

Delitzsch. Der Steuermann geht um! Nach einer Bekanntmachung des Magistrats wird mit dem Einholen der Steuerbeträge für Januar, Februar und März am Donnerstag den 30. Januar, begonnen. Diejenigen Steuerzahler, die die Beträge an den Einholer nicht abführen, haben dieselben bis spätestens zum 1. März an die Steuereinnahme, Rathaus, Zimmer Nr. 18 in der Zeit von vormittags 10 bis mittags 1 Uhr zu bezahlen. Nach dieser Zeit beginnt das Mahn- und Zwangseintreibungsverfahren.

Eilenburg. Wegen Sittlichkeitsverbrechens stand der 29jährige Holzbildhauer Richard Graupner von hier vor der Torgauer Strafkammer. Graupner hat am 15. Dezember mit dem vorehelichen Kinde seiner Ehefrau unzüchtige Handlungen vorgenommen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Der Angeklagte erhielt neun Monate Gefängnis.

Düben. Bei der Stadtverordneten-Stichwahl der 3. Abteilung erhielten von 164 abgegebenen Stimmen Puschmann 97, Genosse Gustav Riediger 67 Stimmen. Puschmann ist somit gewählt und unser Stadtparlament noch eine Zeit lang „Sozialistenrein".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130131-19/fragment/page=0010

Eisleben. Zeichen der Zeit. Im Gebäude an der Querfurter Straße fanden städtische Arbeiter vor einigen Tagen etwa 9 Zentner altes Eisen. Es soll von dem Abbruch der Ottoschächte stammen. Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß man die Geschirrführer, die das Eisen abgefahren haben, des Diebstahls für verdächtig hält. Ob es zutrifft, wird erst die Untersuchung ergeben.

Wolferode. Unglücksfall. Beim Spielen verunglückte am Dienstag der achtjährige Schulknabe Raase. Der Knabe stürzte hin und brach sich das rechte Bein. Das verunglückte Kind ist ein Neffe des vor einigen Tagen bei dem Blankenheimer Eisenbahnunfall verunglückten Schaffners Raase.

Hettstedt. Sonderbare Bauweise. Eine für die Stadt sehr kostspielige Entdeckung machte man am Montag an dem Neubau der Turnhalle. Das Gebäude, das mit einem Kostenaufwand von 80 000 Mk. bald fertig ist, droht einzustürzen. Das Fundament der beim Frohbergschen Garten befindlichen Mauer hat sich bisher um 8 Zentimeter gesenkt, wodurch an zwei Wänden klaffende Risse entstanden und ein Einsturz der Giebelseite des Gebäudes zu befürchten ist. Vorläufig suchte man der Gefahr durch Anbringen von Holzstützen zu begegnen. Selbst wenn die Senkung des Fundaments nicht fortschreitet, dürfte eine Niederlegung und Neuerrichtung des beschädigten Teiles nicht zu umgehen sein. Der Schaden, den die Stadt zu tragen hat, soll einige Tausend Mark ausmachen. Im Vorjahre ein Ueberschreiten des städtischen Etats von 80 000 Mark und in diesem Jahre, das kaum begonnen hat, der Einsturz der neuerbauten Turnhalle. Und wer weiß, welche Ueberraschungen das Jahr noch bringen wird. Die Bürger werden dem Geldbeutel recht viel entnehmen müssen, um den bestehenden Dalles zu beseitigen. Hat schon die Etatsüberschreitung viel Erregung hervorgerufen, so dürfte der neueste Fall geeignet sein, die bestehende Erregung noch zu steigern. Vielleicht findet sich ein Lokalpatriot, der mit Tausendmarkscheinen die Wunden bedeckt?

Im Hettstedter Wochenblatt erläßt Baumeister Fahro, der Erbauer der Turnhalle, eine „Beschwichtigungsnote", in der von den obigen Behauptungen allerdings so gut wie nichts widerlegt wird. Die einzige tatsächliche Angabe der Berichtigung, die mit der zu berichtigenden Notiz in Widerspruch steht, bezieht sich auf die Höhe des Schadens, der sich auf höchstens 500 bis 850 Mk. belaufen soll. Hoffentlich behält der Mann recht; die Steuerzahler würden sich freuen!

Sangerhausen. Der Kuhhandel zur Landtagswahl wieder perfekt. Von den rechtsstehenden Parteien und den Nationalliberalen sind zur Landtagswahl die bisherigen „bewährten" Abgeordneten, Gutsbesitzer Scherre-Leubingen (der große Schweiger) und Bürgermeister Knobloch-Sangerhausen, als gemeinsame Kandidaten aufgestellt worden. Der Liberale Verein nimmt erst in einer Versammlung Stellung. Sollte in dieser die Stellungnahme einiger Mitglieder des Liberalen Vereins, die den Beschlüssen der obengenannten Parteien zustimmten, gutgeheißen werden, dann wäre die Selbstentmannung des Freisinns auf dem tiefsten Punkte angelangt. Bei der Reichstagswahl verhalf der Freisinn dem nationalliberalen Kandidaten Wamhoff zum Mandat und mußte bald erfahren, daß damit ein waschechter Agrarier in den Reichstag geschickt wurde. Und jetzt müssen die Freisinnigen durch das kaudinische Joch der Nationalliberalen kriechen. Zu verstehen ist auch die aufrichtige Freude, die das Bündlerblatt über die Sammlung aller bürgerlichen Parteien zum Ausdruck bringt. Herr Felz, der vom freigewerkschaftlich organisierten Buchdrucker zum Chefredakteur der Sangerhäuser Zeitung emporgestiegene Wahlstrategeg, nennt das liebliche freisinnig-konservativ-nationalliberale Techtelmechtel „ein Zeichen politischer Reife" der monarchischen Parteien des Wahlkreises, die sich über die Personen der Kandidaten, sowie über deren Parteiangehörigkeit geeinigt haben. Voller Freude konstatiert auch das nationalliberale Blatt, daß dem Wahlkreise daher heftige Wahlkämpfe erspart würden. Uns kommt dieses einmütige Vorgehen der bürgerlichen Parteien nicht überraschend; wußten wir doch längst, daß der „Freisinn" von einem Kampf zur Erringung eines gerechten Wahlrechts zur preußischen Landratskammer nichts wissen will.

Bockwitz. Schon wiederholt sind hier und in der Umgebung Versuche unternommen worden, für den hiesigen Industriebezirk etwas „Gelblich-Nationales" zustandezubringen. Nachdem die bisherigen Versuche immer fehlschlugen, scheint es endlich dem früheren freien Gewerkschaftler, jetzigen christlichen „Arbeitersekretär Jäger aus Eilenburg" gelungen zu sein, etwas „festes und dauerhaftes" für die hiesigen Großkapitalisten zu schaffen. Ob die „rote Flut" sich an diesem christlichen Mäuerlein brechen wird, wird ja die Zukunft lehren. Die „Hausväter" von Bockwitz, die speziell wieder an der Neugründung beteiligt sind, wollen, wie es scheint, sich wieder einmal — unsterblich machen.

Vereine und Versammlungen.

Ermsleben. Frauenversammlung. Die am Sonntag abend stattfindende öffentliche Versammlung muß schon um 7 Uhr beginnen, da die Referentin, Frau Sperling-Halle, wieder zeitig zurück muß. Hoffentlich ist starker Besuch zu verzeichnen.

Grünewalde. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet Sonntag, 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, beim Gastwirt Schiemagk statt. Genosse Naumann-Mühlberg wird den Bericht vom Preußentage geben. Mitgliedsbücher mitbringen.

Kötschau. Eine Volksversammlung findet Sonnabend abend in Wenzels Gasthof in Witzersdorf statt. Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 2 Uhr, in demselben Lokal Mitgliederversammlung. Genosse Drescher-Halle wird den ersten Vortrag über das Parteiprogramm halten.

Nebra. Sonntag 2. Februar, nachmittags 3 Uhr. Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Bericht vom Preußentag und Besprechung über Abhaltung eines Vergnügens.

Aus den Gerichtssälen.

Kriegsgericht der 3. Division.

Mißhandlung eines Untergebenen und Mißbrauch der Dienstgewalt. Unter dieser Anklage hatte sich der Sergeant Gustav Bollmann von der 7. Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 153 in Altenburg zu verantworten. Der Angeklagte ist von Beruf Schriftsetzer, im Jahre 1903 in den Militärdienst getreten und stand auch bei der Schutztruppe. Er hat sich gut geführt, ist aber einige Male gering bestraft. In der Nacht zum 16. Dezember v. J. geriet er als Wachthabender bei dem Rallieren der Schloßwache derartig in Wut, daß er den Musketier Max Kretschmann mit der Faust zweimal derartig ins Gesicht schlug, daß ihm Zähne und Lippen bluteten. Der Angeklagte bestritt, absichtlich geschlagen zu haben; er will den Untergebenen nur ersucht haben, sich an seinen Platz zu scheren, wobei er allerdings dem K. einen Stoß versetzt haben könne, mit dem er möglicherweise die Lippen „gestreift" habe. Er sei manchmal sehr aufgeregt, da er unter dem Tropendienst sehr gelitten habe. Zeuge Kretschmann bekundet aber, daß der Angeklagte ihm zugerufen habe — es war nachts gegen 1/4 4 Uhr —: „Du schläfst wohl noch", und daß er dann ohne begründeten Anlaß zweimal mit der Faust ins Gesicht geschlagen worden sei. Die Lippe war aufgesprungen, blutete und wurde dick; die Zähne waren locker und bluteten gleichfalls. Selbstverständlich habe er Schmerzen verspürt. Der Verhandlungsführer hielt dem Angeklagten vor, daß Zeuge sich sehr glaubwürdig und klar ausgedrückt habe und daß seine Darstellung richtig erscheine. Zeuge erklärte aber dann noch weiter, nach der Meldung der Mißhandlung habe ihn der Sergeant auf seine Stube rufen lassen und ihn gefragt, ob er denn die Meldung nicht zurücknehmen wolle? Zeuge möchte ihn doch nicht ins Unglück stürzen, denn er stehe vor seiner Verheiratung und hätte eine gute Zivilstellung in Aussicht. K. könnte doch den Fall beschönigen und dem Hauptmann sehr wohl sagen, er habe die Meldung aus Aerger erstattet. Tatsächlich hat dann Kretschmann für den Mißhandler bei dem Hauptmann auch um gut Wetter gebeten. Der Hauptmann hat aber entgegnet: „Ach was, was einmal im Gange ist, lasse ich auch weiter gehen." Gegen den Vorwurf des Mißbrauchs seiner Dienstgewalt konnte der Sergeant nicht viel zur Entlastung anführen. Die Mißhandlungen wurden noch von fünf weiteren Musketieren bestätigt. Die Vorgesetzten gaben sowohl dem Sergeanten wie auch dem Mißhandelten gute Leumundszeugnisse. Der Mißhandelte habe nicht den Eindruck gemacht, daß er etwa verhetzt gewesen sei. Im Gegenteil könne man sagen, daß der Altenburger Bevölkerungsschlag etwas phlegmatisch sei. Der Sergeant verlasse seinen Dienst. Er habe viel Eifer an den Tag gelegt, sei aber der schweren Aufgabe des deutschen Unteroffiziers nicht gewachsen gewesen. Seine Nervosität sei auf den Tropendienst zurückzuführen.

Der Ankläger beantragte eine Gesamtstrafe von drei Wochen Mittelarrest. Das Gericht erklärte ihm im vollen Umfange für schuldig und meinte, daß an sich solche Mißhandlungen mit Gefängnis bestraft werden müßten. Da der Angeklagte aber jedenfalls unter dem Tropendienst gelitten und in seiner Aufregung in der betreffenden Nacht alles mit ihm durchgegangen sei, habe das Gericht nur auf eine Strafe von 16 Tagen Mittelarrest erkannt. — Würde man den Untergebenen auch so milde bestraft haben, wenn er den Sergeanten so behandelt hätte?

Allerlei.

Mobilisierungsfreuden.

Unser Reichenberger Parteiblatt, der Vorwärts, veröffentlicht zwei Briefe von Reservisten aus dem Isergebirge, die eingezogen und nach Bosnien transportiert wurden. Der eine schildert die sechstägige Bahn- und Schiffsreise, auf der es nur zweimal zu essen gab. In der Bahn konnte das Volk in Waffen nicht schlafen, weil es stehen mußte, auf dem Schiff nicht, weil es da ein Volk — in Wanzen war. Und übereinstimmend schildern beide, wie sie in den bosnischen Baracken aufeinandergepfercht sind und wie es da nichts gibt als Patriotismus, allerhöchsten Dienst und vor allem — Läuse!

Ein sauberer Mönch.

Große Aufregung hat in Florenz die Verhaftung des dort sehr bekannten Paters Allessio Bellanti vom Heiligen-Geist-Kloster hervorgerufen. Der Verhaftete ist inzwischen überführt worden, zwei Basreliefs, die der Kirche des Klosters gehören, heimlich verkauft zu haben. Es handelt sich um zwei Madonnenbilder, die man anfangs dem Rossellini und Jacopo della Quercia zuschrieb, von denen aber jetzt die Sachverständigen sagen, daß sie nur der Schule dieser beiden Meister entstammen. Demgemäß ist auch der Wert der gestohlenen Kunstwerke, den man erst auf eine halbe Million Lire bezeichnete, ganz wesentlich geringer. Der biedere Mönch verkaufte beide Kunstwerke für zusammen 3000 Lire an einen Tischler, dem er eine Erklärung gab, daß die Objekte sein freies Eigentum seien. Durch dieses Schriftstück wurde seine Schuld außer Zweifel gestellt. Der Tischler soll in gutem Glauben gehandelt haben und ist bereits in Freiheit gesetzt worden. Die Basreliefs hat er für 18 000 Lire einem Antiquar verkauft, in dessen Besitz die eine Madonna beschlagnahmt wurde; die andere will er an einen Fremden verkauft haben.

Die Schmuggler in der Falle.

Eine schweizerische Saccharinschmuggelgesellschaft hat am Hohentwiel bei Singen in Baden Automobil und Schmuggelware im Stich lassen müssen, um nicht in die Hände der Polizei zu fallen. Bei der Zollbehörde in Singen war vom deutschen Konsulat in Zürich die Meldung eingelaufen, daß sich ein Schmugglerautomobil auf dem Wege nach Singen befinde. Infolgedessen ließ die Polizei die Straße, die das Automobil allem Anschein nach zu passieren hatte, mit Wagen und Brettern sperren. Als das Automobil eintraf, mußte es vor den Hindernissen Halt machen, und ein Polizeibeamter sprang in das Automobil. Die drei Insassen ergriffen die Flucht, der Chauffeur dagegen konnte festgehalten werden. Das Automobil im Werte von 8000 Mark und 12 Zentner Saccharin wurden beschlagnahmt. Zur Irreführung der Behörden führte das Automobil mehrere Nummernschilder mit sich.

Die Kälte.

In Berlin sank das Thermometer am Mittwoch abend auf 7 Grad unter Null. In Nordostsee Deutschlands waren gestern früh 14 Grad Kälte zu verzeichnen, und im skandinavischen Norden wurden Temperaturen bis zu 28 Grad unter Null erreicht.

Sieben Brandstifter verhaftet.

Einem großen Feuerversicherungsbetrug zum Schaden der Posener Provinzialfeuersozietät ist man in Mrotschen im Kreise Wirsitz auf die Spur gekommen. Die 2500 Einwohner zählende Stadt Mrotschen wurde innerhalb von sechs Wochen über 20 mal von Bränden heimgesucht, so daß schließlich der Verdacht der Brandstiftung auftauchte. Ein Posener Kriminalbeamter logierte sich unter falschem Namen als Versicherungsagent in Mrotschen ein, und es gelang ihm in kurzer Zeit seine Recherchen soweit zu bringen, daß sieben Einwohner wegen Brandstiftung verhaftet werden konnten. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Kleines Allerlei. Die interparlamentarische Friedensgruppe des schwedischen Reichstags hat beschlossen, dem Nobelkomitee des Storthing den belgischen Senator Lafontaine für den Nobel-Friedenspreis vorzuschlagen. — Explosion in einem Weinkeller. Aus Zelaterinenburg wird gemeldet: Eine folgenschwere Explosion hat sich in einem hiesigen Weinlager ereignet; hierbei wurde eine Person getötet, 15 erlitten Verletzungen. Acht Schwerverletzte dürften kaum mit dem Leben davontommen. Die Explosion hat große Aufregung in der ganzen Stadt hervorgerufen. — Eine Familientragödie hat sich in Neustölln abgespielt. Aus Verzweiflung über den Tod ihres Geliebten suchte sich dort die 28 Jahre alte Schneiderin Martha Kaufmann mit dem 10jährige Sohn des Geliebten durch Leuchtgas zu vergiften. Beide wurden bewußtlos aufgefunden. Nachdem sie von einem Arzt mit Erfolg behandelt worden waren, wurden sie in die Charité gebracht.

Letzte Nachrichten.

Eine Proklamation der Jungtürken.

Konstantinopel, 30. Januar. Das jungtürkische Komitee hat eine Proklamation erlassen, in der die Bildung eines Komitees für die nationale Verteidigung angezeigt wird. In der Proklamation heißt es: Seit 600 Jahren war die Türkei nicht in einer solchen Lage. Das Vaterland ist in Gefahr. Unsere Pflicht ist es, das heilige Erbe unserer Vorfahren, unseren Glauben, unser Vaterland, unsere Nationalität und Ehre bis zum äußersten zu verteidigen. Wenn wir versäumen, diese Pflicht zu erfüllen, werden wir von der Nachwelt und der Geschichte verdammt werden. Wir haben endgültige Beschlüsse getroffen, um die türkische Herrschaft über Adrianopel und die Inseln sicherzustellen und in anderen vom Feinde besetzten Orten unsere nationalen Rechte und Interessen soweit als möglich zu verteidigen. Wir rufen alle Türken zur Hilfe und werden jede Hand ergreifen, die sich zur Rettung des Vaterlandes darbietet.

Paris, 30. Januar. Nach einer Konstantinopeler Meldung des Matin seien bei den im Lager von Tschatalbscha zwischen den Anhängern des ermordeten Kriegsministers Nasim Pascha und den jungtürkischen Offizieren stattgehabten Kämpfen 42 Offiziere getötet oder verwundet worden. An den Kämpfen hätten sich namentlich die tscherkessischen Truppen beteiligt, welche die Ermordung ihres Landsmannes Nasim Pascha hätten rächen wollen.

Zum Abbruch der Friedenskonferenz.

Paris, 30. Januar. Wie aus London gemeldet wird, werden die Delegierten der Balkanstaaten voraussichtlich am Sonnabend oder Sonntag London verlassen. Die meisten werden voraussichtlich einige Tage in Paris bleiben und, falls die Ereignisse eine Wiederaufnahme der Verhandlungen gestatten sollten, nach London zurückkehren.

Briefkasten der Redaktion.

Inserate, Abonnements-Bestellungen sowie alle andern geschäftlichen Angelegenheiten sind nicht an die Redaktion, sondern nur an die Expedition des Volksblattes zu richten. Bestellungen von Drucksachen sind der Halleschen Genossenschafts-Druckerei zuzuweisen.

A. B. 12. Wir sind nicht im Besitze aller Amtsblätter. Im Amtsblatt für Merseburg haben wir nichts gelesen.

P. P. Ehen werden nur geschieden, wenn die Gründe der §§ 1565 bis 1569 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorliegen. Ist das nicht der Fall, so kann die Scheidung nicht vorgenommen werden, auch wenn beide Ehegatten geschieden sein wollen.

A. K. 1003. Zu 1: nein. Zu 2: Richtet sich nicht nach dem Verdienst des Vaters eines unehelichen Kindes, sondern nach der Lebensstellung der Mutter.

Humor und Satire.

Ein Thronkandidat. „Na ja, albanisch kann ich nicht. Aber wozu? Die anderen Fürsten verstehen ja ihre Völker auch nicht."

In einer Garnison kamen des öfteren Erkrankungen vor, weil die Mannschaft die Gewohnheit hatte, ohne weitere Bekleidung frisch vom Bett heraus den Ort aufzusuchen, der etwas abgelegen war. Deshalb erging der Regimentsbefehl: „Wer des Nachts außerhalb des Bettes ohne Mantel betroffen wird, wird mit drei Tagen Mittelarrest bestraft."

Nun ist aber der Mantel fast stets festgerollt auf den Tornister geschnallt, und es kostet nicht wenig Mühe, ihn zu rollen und zu befestigen. Was tat die Mannschaft? Sie ging nun, den Tornister samt gerolltem Mantel auf der Schulter, an den verschwiegenen Ort. (Simpl.)

Ein Haushaltungsgeheimnis.

Es gingen drei Frauen auf den Markt. Die erste sagte: Die Butter ist fündenteuer! Die zweite fügte hinzu: Ein Jammer ist's. Die dritte sagte: Na, es geht an, ich kann nicht klagen.

Da meinten die erste und die zweite, das sei nur Protzerei, selbst sehr Wohlhabende fänden die Butter teuer. Sagte die dritte: Ja, wenn Ihr gewöhnliche Butter kauft! Ich kaufe Aromin, das ist besser als Marktbutter, besser sogar als manche Molkereibutter und um ein Drittel billiger. Aromin ist Butter nach Geschmack, Aroma und Bekömmlichkeit, es ist aber Margarine dem Preise und dem Namen nach, letzteres, weil es nicht ausschließlich aus Milchfett, sondern zum Teil auch aus Pflanzenfett besteht, welches mit fetter, süßer Vollmilch so vollständig verbuttert wird, daß es alle Eigenschaften feinster Molkereibutter annimmt. Auch der Feinschmecker vermag es von solcher nicht zu unterscheiden, weder auf Butterbrot noch in Butterlauce oder Buttergebäck.

Eine Probe beweist es und da in sämtlichen Geschäften, die Wert darauf legen, immer die besten Waren zu führen, Aromin zu haben ist, so ist diese Probe leicht zu machen.

Man kaufe Aromin und bringe es auf den Tisch, niemand wird glauben wollen, daß es etwas anderes ist, als teuerste Molkereibutter.

Führt es ein Geschäft wirklich noch nicht, so lasse man sich nicht irgend eine andere Margarine als „auch recht beliebt" aufreden, sondern man gehe in ein anderes, sonst erlebt man eine Enttäuschung.

Oder man schreibe eine Postkarte an die Aromin-Werke, G. m. b. H., Berlin SW. 68, worauf man sofort ganz kostenlos eine ansehnliche Probe und ein Verzeichnis der hiesigen Verkaufsstellen zugesandt erhält. *2068

95 Pfg.-Tage!

Unsere 95 Pfg.-Tage beginnen am Sonnabend, d. 1. Februar, morgens 8 Uhr.

Beachten Sie unser Inserat in der nächsten Nummer.

5884

Kaufhaus H. Elkan

Leipzigerstrasse 87, Ecke Brauhausstr.

95 Pfg.-Tage!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130131-19/fragment/page=0011

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.
Anfang 8 Uhr. Nur noch Donnerstag und Freitag!
Das tiefergreifende Ausstattungsstück:

Napoleon u. seine Frauen.

In Berlin gleichzeitig an vier Theatern gespielt.

Sonnabend: 1. Debut der Jean-Gilbert-Tournee: **Autoliebchen.**
Vorverkauf täglich 10—1½ und 4—6 Uhr.

Freitag den 7. Februar der unvergleichliche **Walhalla-Maskenball** unter der Devise: Autoliebchen. 5893

Edison-Theater.

Das packendste Drama, was bis jetzt gespielt wurde, ist: 5883

Eine heimliche Heirat.

3 Akte.

Metallarbeiterverband
Verwaltung Halle a. S.

5886 Sonnabend den 1. Februar abends 8¼ Uhr im Glauchaer Schützenhaus:

Branchen-Versammlung der Maschinen-Schlosser.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über den Arbeits-Vertrag. 2. Bericht und Wahl des Branchen-Vertreters. 3. Branchen-Angelegenheiten.

Die Branchen-Kollegen werden um vollzähliges Erscheinen ersucht. **Die Branchen-Leitung.**

Lindenhof, Delitzsch.

Sonntag den 2. Februar:
Grosser öffentlicher *2071

Volks-Maskenball

mit großen Ueberraschungen.
Hierzu laden freundlichst ein **P. Köhler und Frau.**
Zum Ausschank kommt das hochfeine **Sternburg-Bock.**

Osendorf. „Gasthof zum Dreierhaus"

Sonnabend den 1. Februar cr.:

Gr. Schlachtefest,

verbunden mit

Bockbier-Fest.

Früh 10 Uhr **Wellfleisch.** Abends diverse **Wurst und Suppe.**
Bockmützen werden **gratis** verabfolgt. *2075
Es laden ergebenst ein **O. Kitzing u. Frau.**

Ammendorf (Bergschenke)

Freitag und Sonnabend:

Grosses Bockbierfest

mit musikalischer Unterhaltung.
Es laden ein *2076 **H. Rammelt u. Frau.**

Künstliche Zähne, Plompen etc.

jetzt:
F. Kopp, Leipzigerstrasse 93 II
(Konditorei Zorn)
Etabliert 1902. 1943 Telephon 4343.

Michel

Michel—Brikets

anerkannt beste Marke.
Alleinvertreter für Halle und Umgegend
Hallesches Kohlen- und Brikett-Kontor
Halle a. S., Merseburgerstr., Ecke Schmiedstr. Tel. 3939.

Langnese- u. Leibniz-Biskuits empf. stets frisch zu Originalpreisen **Carl Booch,** Brettestraße 1, 5881 Marktplatz, i. Turm, u. Leipzigerstraße 61/62.

Möbel u. Polsterwaren

in reeller Ausführung kaufen Sie preiswert bei 4411
G. Schaible,
Gr. Märkerstraße, n. Ratskeller.

Früher oder später

kommt jeder zu der Ueberzeugung, dass meine abwaschbare

Dauerwäsche

Marke „Z" Qualität extra stark, die beste ist.
C. Klappenbach, Grosse Ulrichstr. 41.
5882 Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Die vom

Total-Verkauf

übernommenen Waren verkauft jetzt weit unter Preis

A. Ohme, Inh. Gustav Grimm,
Steinweg 38. Steinweg 38.
Weiß- u. Wollwaren — Trikotagen — Herrenartikel.
5888 Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

I. Hallesche Rinder-Schlächterei.

— Einziges Spezial-Geschäft am Platze. —
Inhaber: Richard Hummel, *902
nur Magdeburgerstr. 23 (vis-à-vis Walhalla), empfiehlt bestes Rindfleisch ohne Knochen 85—95 Pfg., mit Knochen 75 bis 80 Pfg., Gekochtes 80 Pfg.

Apollo-Theater.

Zum vorletzten Male: Die großen Januarattraktionen mit

Comtesse de Villeneuve.

Ab 1. Februar: Gastspiel des
Theaters am Nollendorfplatz zu Berlin.
In der Orig.-Inszenierung des Münchner Künstlertheaters:

Kismet.

Ein Traum aus 1001 Nacht.
Ausstattungsstück in 1 Vorspiel und 8 Bildern von K. Lindau.
5889 Musik von Gustav Mraczek.
Ueber 100 mitwirkende Personen.

Arbeiter-Sängerchor

(Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes).

Sonnabend den 1. Februar cr. im grossen Saale des
Volksparks:

Gross. Maskenball

mit verschiedenen Ueberraschungen.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 40 Pfg.
5530 Anstössige Masken werden zurückgewiesen.

Karten sind bei allen Sangesbrüdern zu haben.

Inventur-Ausverkauf

Die Preise sind meist bis zur Hälfte ermässigt.
Nur prima reelle Waren, keine zu diesem Zwecke extra eingekaufte Ramschwaren. 5900
Einzelpaare spottbillig.

Moritz Reinicke

Schuhwaren-Haus, Marktplatz 20.

Stadt-Theater

in Halle a. S.
Direktion: Geh. Hofrat M. Richards.
Freitag den 31. Jan. 1913
143. Abonnem.-Vorst. 3. Viertel.
Novität: Novität:
Zum 13. Male:

Der liebe Augustin.

Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 7½ Uhr.
5852 Ende 10¼ Uhr.

Sonnabend den 1. Febr. 1913:
144. Abonnem.-Vorst. 4. Viertel.
Abschieds-Gastspiel des Hofopernsängers Hans Bergmann vom Großherzogl. Hoftheater in Weimar.

Don Juan.

Oper in 2 Akten von W. A. Mozart.

Für Sammler! Echte Briefmarken

aller Länder
in allen Preislagen von 5 Pfennig bis 3 Mark, in verschiedenen Packungen von 25 bis 100 Stück.
Auch einzeln.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/43.

Gute Speise-Kartoffeln à Ztr. 2.65 Mk., 10 Pfd. 28 Pf., frostfrei. 5880
K. Lorbeer, Thomasiusstraße 4.

Nordsee

Grosse Ulrichstr. 58.
Niederlage: Gr. Brunnenstraße 65.

Freitag billiger Seefischtag!

Nur prima lebendfrische Ware.

Seelachs	ohne Kopf Pfund	22 ₰	Kabeljau	ohne Kopf Pfund	25 ₰
Karbonaden	bratfertig Pfund	35 ₰	Angelschellfisch	allerfeinster Pfund	45 ₰
Bratschellfisch	Pfund	28 ₰	Schellfisch	ohne Kopf, dick und fett, Pfund	45 ₰
Stinte	Pfund	25 ₰	Austernfischkoteletten	Pfund	60 ₰
Scholle	mittel Pfund	45 ₰	Flusszander	2-5 pfünd. Pfund	125 ₰
Scholle	groß Pfund	60 ₰	Flusslachs	i. Anschnitt Pfund	120 ₰
Goldbarsch	Pfund	28 ₰	Flusshechte	Pfund	115 ₰
Seezunge	klein Pfd.	125 ₰			
Seezunge	groß Pfd.	210 ₰			

Pfahlmuscheln 100 Stück 85 ₰

Gratis auf jeden Einkauf ein **neues Kochbuch,** enthaltend 116 Rezepte, erschienen im eigenen Verlage
5896 (Ladenpreis 25 Pf.).

Ferner kolossal billig! Diese Woche eingetroffen!

1400 Kisten Sprotten, echte Kieler . . . . . 1½ Pfd.-Kiste nur **88** Pf.

Hochfeine Ostseesprotten, wie Kieler ausfallend 2 Pfd.-Kiste nur **83** Pf. . . . 1¼ Pfd.-Kiste **68** Pf.

Billige Fischkonserven!

Pa. Hering in Gelee 1 Pfund-Dose **32** Pf., 2 Pfund-Dose **55** Pf.
Bismarck-, Bratheringe u. **Rollmops** 2 Pfund (1 Liter)-Dose **65** Pf.

Privatbeamten-Versicherungs-Gesetz

Preis 3.00 Mk.,
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/43.

Günstige Kauf-Gelegenheit.

Um vor Eintreffen meiner Frühjahrsware Platz zu schaffen, verkaufe ab heute zu wirklichen Spottpreisen:

Eleg. Jacket-Anzüge	1- und 2reihig	Mk. 10.00 an
Eleg. Rock-Anzüge	in Kammgarn-Satin	Mk. 18.00 an
Eleg. Knaben-Anzüge	in allen Fassons	Mk. 2.50 an
Eleg. Pelerinen	in verschiedenen Mustern	Mk. 5.00 an
Eleg. Stoffhosen	in schönsten Mustern	Mk. 1.90 an

Grosser Posten Leibhosen, aus gut. Restern, M. 1—

Die großen Restbestände in **eleganten Paletots,** solide, gute Stoffe, **eleganten Ulstern,** in neuest. Mustern, 2reihig, **eleganten Joppen,** mit und ohne Falten, verkaufe zu ganz enorm billigen Preisen.

Gustav Reinsch,

Markt im roten Turm Markt. 5902

Bockwitz. Bockwitz.

Wegen des Todesfalles meines Ehemannes, des Gastwirts **August Kohlsche** in **Bockwitz** und der damit verbundenen Erbschaftsregulierung fordere ich alle diejenigen, die noch Zahlungen an uns zu leisten haben, auf, ihre Verbindlichkeiten **bis zum 20. Februar cr. zu lösen,** widrigenfalls gerichtlicherseits die Einziehung der Beträge erfolgen muß. *2055
Bockwitz, den 27. Januar 1913.
Witwe Kohlsche.

Rattmannsdorf.

Sonnabend d. 1. Febr.:
Bockbier u. Speckkuchen
Freundl. ladet ein *2074
Fr. Hanstein und Frau.

Bruchbänder, Leibbinden, Geradehalter, *1022 nur bestbewährte Modelle, fachmännische, streng sachgemäße Bedienung.
F. Hellwig, Halle a. S., Barfüsserstr. 10.
Fernruf 2620. — Gegr. 1831.
Aeltestes Spezialgeschäft am Platze

Ellenburg.

Deutscher Holzarbeit-Verband
Sonnabend d. 1. Febr. im „Tivoli"
Gr. Kappenabend
Freundl. ladet ein
*2073 Das Komitee.

Nur 16 Mk! Ober-, Unterbett und Kissen, rotes Inlett, zu verk. Albrechtstr. 16, I. l. 5279

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130131-19/fragment/page=0012